

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hartmut Wasser

**Befindlichkeit amerikanischer Politik
im Präsidentschaftswahljahr 1996**

Martin Thunert

Regieren als permanente Kampagne
Stil, Strategien und Inhalte der amerikanischen Innenpolitik
unter Präsident Clinton

Ernst-Otto Czempiel

Rückkehr in die Hegemonie
Zur Weltpolitik der USA unter Präsident Clinton

Stephan Bierling

Die amerikanische Wirtschaft unter Bill Clinton

Michael Minkenberg

Die amerikanische konservative Revolution
Radikale Rechte und Republikanische Partei
am Ende des Jahrhunderts

B 43/96

18. Oktober 1996

Hartmut Wasser, Dr. phil., geb. 1937; seit 1970 Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Weingarten; Lehrbeauftragter für Amerikanistik an der Universität Tübingen.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. u. Bearb.) Thomas Jefferson: Betrachtungen über den Staat Virginia, Zürich 1989; (Hrsg. u. Mitautor) Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität, Paderborn 1995; (Hrsg. u. Mitautor) USA. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik, Opladen 1996³.

Martin Thunert, Dr. phil., geb. 1959; Studium in Frankfurt am Main, Montreal und Augsburg; wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg im Bereich Vergleichende Regierungslehre; 1996/97 John F. Kennedy-Memorial Fellow am Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University in Boston/Cambridge, USA.

Veröffentlichungen u. a.: Grundrechtspatriotismus in Kanada? Zur politischen Funktion der Canadian Charter of Rights and Freedoms, Bochum 1992; Beiträge zur Verfassungspolitik, zur Innenpolitik in Kanada, den USA und Schweden, zu Grund- und Menschenrechten, zur politischen Kultur Nordamerikas sowie zum internationalen Studentenaustausch.

Ernst-Otto Czempel, Dr. phil., geb. 1927; Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.; Professor emeritus für Auswärtige und Internationale Politik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a. M.

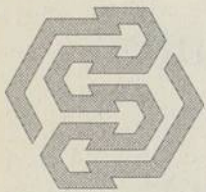
Zahlreiche Veröffentlichungen zu außenpolitischen Fragen. Zuletzt erschien: Die Reform der UNO. Möglichkeiten und Mißverständnisse, München 1994.

Stephan Bierling, Dr. habil., geb. 1962; Privatdozent am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München; 1993 Gastprofessor in den USA.

Veröffentlichungen u. a.: Der Nationale Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten. Anatomie und Hintergründe einer Karriere, Frankfurt u. a. 1990; Partner oder Kontrahenten? Präsident und Kongreß im außenpolitischen Entscheidungsprozeß der USA (1974–1988), Frankfurt a. M. u. a. 1992; Wirtschaftshilfe für Moskau. Motive und Strategien der Bundesrepublik Deutschland und der USA (1990–1995) (i. E.); (zus. mit Dieter Grosser und Beate Neuss) Bundesrepublik und DDR (1969–1990). Deutsche Geschichte in Darstellung und Dokumentation, Stuttgart 1996.

Michael Minkenbergh, Dr. phil., geb. 1959; Studium der Politikwissenschaft in Heidelberg, Bonn und Washington, DC; derzeit wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA, Baden-Baden 1990; (Hrsg. zus. mit Herbert Dittgen) Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Paderborn 1996.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Befindlichkeit amerikanischer Politik im Präsidentschaftswahljahr 1996

In der US-amerikanischen Öffentlichkeit läßt sich eine Vielzahl von diffusen Anti-Haltungen ausmachen, die sich mit dem Schlagwort der Politikverdrossenheit beschreiben lassen und die sich durch ihren Bezug auf die Adressaten dreifach konkretisieren. Die Politikverdrossenheit zielt auf die Politikerklasse, die Amerika recht und schlecht regiert, wenn wir demoskopischen Befunden Glauben schenken wollen; die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten, die ebenso negativ bewertet werden wie die Politiker selbst; das politische System generell, die Mängel der US-Demokratie schlechthin, wobei sich in der Kritik das Personale vom Prozessualen (dem Treiben der Parteien) und beides wiederum vom Institutionellen (dem Wirken oder der Reputation der Herrschaftseinrichtungen) nicht immer säuberlich trennen läßt.

Von diesem dreifachen Bezugssystem der Politikverdrossenheit wird im folgenden zu reden sein.

I. „Decline of Confidence“ als Motor der Politikverdrossenheit

1. Die Politikerklasse

Seit vielen Jahren eskaliert das Unbehagen der Amerikaner an der politischen Klasse ihres Landes. Von deren „Ethikdefizit“ sind sie ebenso überzeugt wie von der „Bürgerferne“ der Regierenden oder der mangelnden Kompetenz von Amts- und Mandatsträgern, die bitter beklagten Krisenerscheinungen im sozio-politischen Raum in den Griff zu bekommen.

Daß man Politikern nicht über den Weg trauen dürfe, weil sie überwiegend egoistischen Bedürfnissen oder „Special Interest“-Gruppen dienen, weil sie alles in allem eben der Korruption verdächtig seien, glauben zwar Amerikaner nicht erst seit den neunziger Jahren; dramatisch jedoch erscheint die Zunahme solcher Denkungsart in der transatlantischen Republik. Während 1992 24 % der Befragten „a high/fairly good opinion“

über die Politikerklasse insgesamt, 39 % über die „U.S. Senators“ und 35 % über die „Members of Congress“ bekundeten, antworteten 1994 auf die Gallup-Frage, ob man deren „honesty and ethical standards“ sehr hoch oder hoch bewerte, mit Blick auf „U.S. Senators“ nur noch 12 % zustimmend; „Congressmen“ schnitten mit 9 % „Ja“-Stimmen am schlechtesten ab – und wenig besser bloß „State office holders“ mit 12 % oder „Local office holders“ mit 18 %. 1995 erbrachte eine Louis-Harris-Befragung ähnlich schockierende Ergebnisse: „Do you have a great deal of confidence in the people running . . .“ bejahten 9 % bezüglich der Exekutive, 10 % bezüglich der Legislative (aber immerhin 32 % mit Blick auf den „Supreme Court“ oder gar 43 % hinsichtlich des Militärs)¹. Und für Februar 1996 hat Louis Harris dieselbe Frage noch einmal – mit fast identischen Ergebnissen – gestellt². Daß sich nach verbreiteter Bürgermeinung über Jahre hinweg die Dinge insgesamt zum Schlechteren entwickelt haben, ist etwa einer Gallup-Umfrage von 1994 zu entnehmen, in der 49 % der Interviewten bündig erklärten, daß „heute der Kongreß korrupter ist als vor zwanzig Jahren“³.

„Bürgerferne“ lautet ein weiterer Vorwurf der Amerikaner an ihre Politikerklasse. Einschlägige Daten für die sechziger, siebziger und frühen achtziger Jahre haben Lipset und Schneider vorgelegt⁴, die den Trend eines zunehmenden Unbehagens am „Raumschiff Washington“ belegen. „Losing touch“-Vorwürfe mehren sich in jüngster Vergangenheit rapide; waren 1964 immerhin 42 % der Befragten der Auffassung, daß beispielsweise die Parlamentarier „den Bürgern, die sie wählen, ein beträchtliches Maß an Aufmerksamkeit widmen, wenn sie politische Entscheidungen treffen“, war dieser Umfragewert auf 12 % im Jahre 1990 gesunken; und seither glauben fast 85 % der Befragten

1 Die aufgeführten Daten finden sich in: The American Enterprise, 6 (1995) 5, S. 104.

2 Vgl. National Journal vom 2. März 1996, S. 502.

3 The American Enterprise, 5 (1995) 4, S. 86.

4 Vgl. Seymour Martin Lipset/William Schneider, The Confidence Gap. Business, Labor, and Government in the Public Mind, New York – London 1983.

relativ konstant, daß die Gewählten „lose touch with the people pretty quickly“⁵.

Schließlich resultiert das Unbehagen an der Politikerklasse aus der Überzeugung, es mangle ihr an der Befähigung zur sachgerechten Amts- oder Mandatsausübung. Als Agenten von Großorganisationen und Sonderinteressen verfehlten die Gewählten ihre eigentliche Aufgabe, dem Gemeinwohl zu dienen (ein Faktum, das hierzulande als „Repräsentationsdefizit“ firmiert); und im übrigen überfordere sie die Komplexität moderner Politik. Daß qualifizierte Kandidaten für das Weiße Haus heute den mit vielfältigen Selbstverleugnungszwängen versehenen Hürdenlauf des Präsidentschaftswahlkampfes scheuen, ist weit verbreitet⁶; und ein Vergleich der „Ratings“, die die amtierenden Präsidenten über die Jahre hinweg erfahren haben, gestattet keine Zweifel an der Kontinuität von – bloß kurzfristig unterbrochenen – Ablehnungstrends. Dasselbe gilt im wesentlichen auch für die „Kings of the Hill“ wie für das Gros der Abgeordneten und Senatoren: Die Zustimmungsraten mögen vorübergehend gewisse Höhen erreichen, fallen dann aber gleich wieder rapide zurück – nicht nur Newt Gingrich, derzeit „Speaker“ des Repräsentantenhauses, hat dies erfahren müssen. Etwas positiver geratene Bewertungen der Mandatseignung nur dort, wo der je eigene Wahlkreisabgeordnete oder Senator des Einzelstaates auf den Prüfstand der Kompetenz gerät: Hier wirkt sich die enge Beziehung zwischen den Repräsentanten und ihrer Klientel noch immer aus, die freilich aufs Ganze gesehen auch in diesem Sonderverhältnis zunehmende Desillusionierungstendenzen nicht mehr verhindern kann.

2. Die amerikanischen Parteien

Von einer „Confidence Gap“ mit Blick auf das amerikanische Parteienwesen ist seit längerem die Rede; die Vertrauenslücke hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt geweitet. Sie dokumentiert sich in mehrfacher Hinsicht. Zum ersten hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Identifikation der Wähler mit einer der beiden Traditionsparteien kontinuierlich abgenommen. Auf die Standardfrage von Gallup – „Betrachten Sie sich als einen Demokraten, Republikaner oder Unabhängigen?“ – taten 1950 44 % der Männer und 47 % der Frauen ihre

Präferenz zugunsten der Demokraten kund; 1995 waren diese Werte auf 25 bzw. 36 % gesunken. Bei den Republikanern fand kein Aderlaß ähnlich fundamentalen Ausmaßes statt, vorwiegend wohl deshalb, weil ihre Identifikationswerte bis vor kurzem weit hinter denen ihres demokratischen* Rivalen lagen. Wo 1950 32 % der Männer und Frauen gleichermaßen sich zur „Grand Old Party“ (GOP) bekannten, lauten die Zahlen für 1995 33 % bzw. 28 %. Wird jedoch Parteizugehörigkeit insgesamt mit dem „Independent“-Bekenntnis im Vergleichszeitraum verglichen, gewinnt das Bild noch schärfere Konturen: Wo sich 1940 77 % aller Befragten den beiden Parteien zugehörig fühlten und bloß 16 % als „unabhängig“ firmierten, ist die Parteienbindung im vergangenen Jahr auf 58 % gesunken, die Zahl der „Independents“ dagegen auf 39 % angewachsen⁷. Auch die Bereitschaft, sich gegebenenfalls mit Drittparteien zu arrangieren, verweist auf den Vertrauensschwund gegenüber den etablierten Demokraten und Republikanern. Auf die Frage, ob sich die Amerikaner „ernsthaft überlegten, für die Kandidaten einer Drittpartei zu stimmen, falls sich eine solche bildete“, antworteten im Oktober 1995 68 % zustimmend; 60 % glaubten an deren Erfolgsaussichten; und 38 % immerhin wollten im Votum für Kandidaten dieser Drittpartei „ein wichtiges Signal für die Notwendigkeit politischer Systemveränderung“ erkennen⁸.

Zum thematisierten Zusammenhang gehört auch der seit Jahrzehnten zu beobachtende Rückgang der Wahlbeteiligung, die zunehmende Zahl der Wechselwähler („Floating Vote“) und die um sich greifende Praxis des „Ticket Splitting“. Bei Präsidentschaftswahlen sind seit den siebziger Jahren selten mehr als 50 % der Amerikaner zum Gang an die Wahlurne zu bewegen gewesen, bei Zwischenwahlen („Midterms“) zum Kongreß kaum noch 35 % der Wahlberechtigten. Unter den am politischen Ausleseprozeß noch Partizipierenden hat in der jüngeren Vergangenheit die Zahl der Wechselwähler und „Ticket Splitters“ zugenommen. Wo etwa im Jahre 1948 noch 62 % der Gesamtwähler auf den verschiedenen Politikebenen ausschließlich für Kandidaten „ihrer“ Partei votierten („Straight Ticket Voting“) und 38 % ihre Stimmen auf Bewerber beider Parteien verteilten,

* *Hinweis der Redaktion:* Die in der Literatur anzutreffende unterschiedliche Schreibweise (Groß- bzw. Kleinschreibung) von „demokratisch“ bzw. „republikanisch“ i. S. von „der Demokratischen bzw. der Republikanischen Partei angehörend oder sie betreffend“ wurde in diesem Heft zugunsten der Kleinschreibung vereinheitlicht.

7 Vgl. The American Enterprise, 6 (1996) 1, S. 90

8 National Journal vom 14. Oktober 1995, S. 2558.

5 The American Enterprise, 3 (1992) 6, S. 83.

6 86 % gaben dies bei einer CBS-Befragung im Spätherbst 1995 zu Protokoll; vgl. National Journal vom 9. Dezember 1995, S. 3060.

hat sich dieses Verhältnis seit den achtziger Jahren ziemlich genau umgekehrt⁹.

Zweifelsohne stehen die erwähnten Phänomene – ebenso wie das forcierte Engagement vieler Bürger in politischen Aktionskomitees, „Single Issue“-Bewegungen und Ad-hoc-Initiativen – in einem spezifischen Zusammenhang mit der Krise des amerikanischen Parteiensystems. Auch kurze Aufschwünge in der Wählergunst lassen den längerfristigen Trend der Parteienverdrossenheit prinzipiell unversehrt. So haben demoskopische Erhebungen von CBS News/The New York Times zur öffentlichen Akzeptanz der beiden Traditionsparteien („In general, is your opinion of the Democratic/Republican Party favorable or not favorable?“) im August 1995 für die Republikaner ein gewisses Hoch erbracht (54 % „favorable“, 37 % „not favorable“, 9 % „don't know“), eine Resonanz auf den kurzzeitigen „neuen Schwung“ des Gingrich-Kongresses nach den „Midterms“ von 1994; im April dieses Jahres hat aber schon wieder die Skepsis gegenüber der „GOP“ dominiert (41 % zu 50 % und 9 %), unter der auch die Demokraten im Vergleichszeitraum anhaltend gelitten haben (im August 47 % „favorable“, 45 % „not favorable“, 8 % „don't know“; im April 1996 ist der Prozentsatz der positiv Gestimmten schon wieder um 1 % gesunken)¹⁰.

3. Politische Institutionenschelte

Zu guter Letzt gerät das „Federal Government“ insgesamt in das Visier der Politikverdrossenheit, in erheblich größerem Umfang jedenfalls als die politischen Institutionen auf Einzelstaats- oder kommunaler Ebene. Viele Motive fließen in der weitverbreiteten Überzeugung zusammen, man tue gut daran, zumindest der Exekutive und Legislative in Washington zu mißtrauen. „The government wastes too much of our money“, glaubten im Sommer 1995 94 % der Befragten; „the government is running for the benefit of special interests, not to benefit most Americans“ meinten zum gleichen Zeitpunkt 70 %; und 66 % bejahten den Standpunkt „Government is doing too many things better left to businesses and individuals¹¹“. Wo 1958 noch 73 % der Überzeugung „You can trust the government in Washington to do what is right most of the time/always“ Ausdruck gaben,

stimmten dieser Aussage 1994 nur noch 22 % der Befragten zu; wo 1965 bloß (oder besser: immerhin schon?) 35 % im „Big Government“ „the biggest threat to the country in the future“ erblicken wollten, kletterte dieser Prozentsatz in den Folgejahren rapide in die Höhe, über 50 % im Jahr 1985 auf 67 % 1994. Im letztgenannten Jahr beklagten 73 % den Umstand, es sei das „Federal Government“ „much too large and has too much power“; und immerhin 60 % noch favorisierten „a smaller government with fewer services“¹².

Daß die politischen Institutionen, jedenfalls auf nationaler Ebene, den zentralen Problemen des Landes – Statusverschlechterung des Mittelstandes, unzulängliche Bildungseinrichtungen, Verbrechensintensität, Haushaltsmisere, soziale Desintegrationstendenzen, zunehmende Rassen- spannungen etc. – mit Inkompetenz begegneten, zieht sich als mehrheitliche Überzeugung wie ein roter Faden durch die demoskopischen Erhebungen des vergangenen Jahrzehnts. Sie gipfelt im Ergebnis einer CBS News/New York Times-Umfrage von 1993: „Do you think that, in general, the federal government creates more problems than it solves, or do you think it solves more problems than it creates?“ 69 % antworteten, das „Federal Government“ schaffe mehr Probleme; bloß 22 % vertraten die gegenteilige Position (bei 9 % Unentschiedenen)¹³.

Welche Auswirkungen und Folgerungen ergeben sich aus dieser weitverzweigten Politikverdrossenheit?

II. Mandatsmüde Parlamentarier und „Term limit“-Forderungen

Seit 1896, so hat der Senatshistoriker Richard A. Baker kürzlich herausgefunden, haben nie mehr so viele Mandatsträger einer Partei vor nationalen Wahlen ihren Rücktritt erklärt wie in diesem Jahr: Acht Demokraten im Senat (neben fünf Republikanern) und mindestens zwanzig ihrer Abgeordneten¹⁴ entflohen dem unwirtlich gewordenen politischen Klima in Amerikas Hauptstadt und wollen sich in den politischen Ruhestand begeben. Die Motive der ausscheidenden Kongreßmitglieder mögen im einzelnen variieren, in ihren Interviews und Verlautbarungen treten aber durchaus ge-

9 Vgl. U. S. Information and Texts, No. 20 vom 23. Mai 1996, S. 8.

10 Vgl. National Journal vom 27. April 1996, S. 942.

11 The American Enterprise, 5 (1995) 6, S. 106. Zum Kontext Haynes Johnson/David S. Broder, The System. The American Way of Politics at the Breaking Point, New York 1996.

12 The American Enterprise, 5 (1995) 2, S. 101.

13 Vgl. ebd., 3 (1993) 4, S. 88.

14 Dies ist der Stand bei Abschluß des Manuskripts.

meinsame Stimmungslagen zutage. Bitterkeit über die Verfestigung jenes oben erwähnten Bildes (oder: Zerrbildes) vom Politiker in der Öffentlichkeit nagt an den Parlamentariern; manch einer ist es leid, in demoskopischen Erhebungen permanent als karriereversessener, selbstüchtiger und machtbesessener „Washingtonian“ zu figurieren. Daß gerade Spitzenpolitiker – der demokratische Senator Sam Nunn aus Georgia oder sein Parteifreund Bill Bradley aus New Jersey, aber auch so angesehene Republikaner wie Nancy Landon Kassebaum aus Kansas oder Mark O. Hatfield aus Oregon – aus ihren Mandatspflichten entlassen werden möchten, muß als Warnzeichen für die Qualität amerikanischer Politik gelten. Er fühle sich zunehmend von der Gesetzgebungsarbeit und den mit der Mandatsausübung verbundenen „politischen Zwängen“ überfordert, hat Sam Nunn kundgetan, womit er vor allem die Dauermühsal des Spendeneintreibens angesprochen hat, um die astronomischen Kosten moderner Wahlkampagnen bestreiten zu können.

Freilich ist die Frustration eines Sam Nunn, eines Paul Simon aus Illinois, eines David Pryor aus Arkansas oder einer Patricia Schroeder (die seit zwölf Legislaturperioden Colorados 1. Wahlkreis im Repräsentantenhaus vertritt) auch aus dem Schock des Machtverlusts der Demokraten in den November-„Midterms“ von 1994 erwachsen, der sie nicht bloß ihrer Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses, sondern damit auch zentraler Schaltstellen parlamentarischer Willensbildung, des Vorsitzes nämlich in sämtlichen Kongreßausschüssen, beraubt hat. Zum Machtverlust hat sich ein wenig erquicklicher Klimawechsel im Parlament gesellt, vorrangig im Repräsentantenhaus, wo „Speaker“ Newt Gingrich und die republikanischen „Freshmen“ die ideologische Konfrontation kräftig schüren, partiell jedenfalls aber auch im Senat, wo parteipolitische Frontenbildung und politischer Dogmatismus nicht mehr in gleichem Maße wie zuvor durch das Prinzip der „Senatorial Courtesy“ und Kompromißbereitschaft unter Kollegen eingedämmt, wo Einfluß und Gewicht der „Zentristen“, die das Geschäft des „Coalition Building“ betreiben, offenkundig reduziert worden sind. Daß beim Rückzug vieler Demokraten aus der Legislative gewiß auch die republikanische Machtambitionen begünstigende Großwetterlage eine Rolle gespielt hat, darf unterstellt werden. Er spielt aber in jedem Falle den Republikanern im Wahljahr 1996 noch zusätzlich in die Hände, weil sich „Herausforderer“ nach wie vor gegen die „Incumbents“ (Amtsinhaber) schwertun. Zwar ist in den neunziger Jahren der traditionelle Stimmen-

vorsprung der Amts- und Mandatsträger gegenüber den Herausforderern kontinuierlich geschrumpft; aber bislang haben noch immer 85–90 % der „Incumbents“ ihre Wiederwahl bewerkstelligen können¹⁵. Die Chancen der Republikaner, zusätzliche Parlamentssitze zu erringen, mindestens aber das Rennen offen gestalten zu können, steigen bei einem überproportionalen Rückzug etablierter Kongreßdemokraten jedenfalls kräftig an; gerade der Verzicht der Parteiprominenz könnte einen Rückkoppelungseffekt auslösen, der reputationsträchtige Demokraten davon abhalten mag, sich etwa um einen Senatssitz zu bewerben.

Konsequenzen aus der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Politikerklasse wollen aber auch die Wähler ziehen – vorrangig durch das Instrument der „Term Limits“¹⁶. Der „Volkszorn“ über die „Washingtonians“ hat die Forderung nach zeitlicher Mandatsbefristung in den USA steppenbrandartig verbreitet; seit 1990 die Staatslegislative von Colorado „Term Limits“ für den Bundeskongreß (vom Jahr 2000 an) beschloß, haben mehr als zwanzig Staaten unter dem Druck der Wähler einschlägige Beschränkungen verfügt. Als die Republikaner im Repräsentantenhaus unter der Federführung ihres Vorsitzenden Newt Gingrich Ende September 1994 der Öffentlichkeit ihren „Contract with America“, ein Zehn-Punkte-Wahlprogramm, vorlegten, fand sich darin auch die Forderung nach einem Verfassungszusatz, der die Amtszeit von Kongreßmitgliedern auf maximal zwölf Jahre begrenzen sollte („Replace career politicians with citizen legislators“). Zwar haben die „Term Limit“-Verfechter im vergangenen Jahr Rückschläge einstecken müssen – bei der Abstimmung im Repräsentantenhaus fehlten 61 Stimmen zur erforderlichen Zweidrittelmehrheit, im Senat wurde der Plan verworfen, und am 22. Mai 1995 hat der Oberste Gerichtshof der USA mit einer 5 : 4-Mehrheit entschieden, daß die Bundesstaaten die Mandatszeiten ihrer Bundesrepräsentanten nicht willkürlich begrenzen dürften, dies vielmehr einem „Amendment“ (Verfassungsänderung bzw. -ergänzung) überlassen bleiben müsse, das gemäß Verfassung vom Kongreß der USA und den einzelstaatlichen Parlamenten zu verabschieden wäre;

15 Vgl. Stephen C. Erickson, *The Entrenching of Incumbency. Reflections in the U. S. House of Representatives, 1790–1994*, in: *Cato Journal*, 14 (1995) 3, S. 397 ff.

16 Pro- und Contra-Argumente zum „Term Limit“-Konzept finden sich bei Gerald Benjamin/Michael J. Malbin (Hrsg.), *Limiting Legislative Terms*, Washington, D.C. 1992; ein engagierter Verfechter des Konzepts ist George F. Will, *Restoration. Congress, Term Limits, and the Recovery of Deliberative Democracy*, New York 1992.

aber Newt Gingrich hat als unmittelbare Reaktion auf die Entscheidung des Supreme Court die neuerliche Einbringung des Projekts in den Gesetzgebungsprozeß der nächsten Legislaturperiode angekündigt und erfährt diesbezüglich im Wahljahr 1996 vielfältige Unterstützung von inzwischen gut dotierten und organisierten „Single Issue“-Bewegungen (wie etwa U. S. Term Limits, Ralph Nader of Public Citizen oder The Coalition to End the Permanent Congress). Wer immer in den nächsten Monaten einen Wahlkreis erobern oder verteidigen will, wird um ein klares Bekenntnis in dieser Herzensangelegenheit vieler Wähler nicht herum kommen; immerhin ist zwischen 1964 und 1992 die Zahl derer, die eine Zwölf-Jahre-Befristung befürworten, von 49 auf 67 % angestiegen, auf 80 % gar dort, wo nach der Notwendigkeit von „Term Limits“ schlechthin gefragt wurde¹⁷; und in den letzten Jahren hat sich diesbezüglich wenig verändert.

III. Realignment-Tendenzen und Drittparteien-Euphorie

Die Unzufriedenheit mit dem (parlamentarischen) Treiben der etablierten Parteien hat in den vergangenen Jahren für das Parteiensystem der USA eine doppelte Tendenz gezeitigt. Zum einen ist eine Wählerwanderung von den Demokraten zu den Republikanern zu beobachten, der auch eine Denkfunktionsfunktion insofern zukommt, als eben die Demokraten, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, seit Franklin Delano Roosevelts Tagen die Kongreßmehrheit quasi in Erbpacht hielten (und demzufolge stärker als „Systempartei“ identifiziert wurden als die jahrzehntelang auf die harten „Oppositionsbänke“ verwiesenen Republikaner). Zum andern gewinnen Überzeugungen an Gewicht, die Revitalisierung des politischen Systems erfordere das Wirken „neuer“, „dritter“ Parteien; die Präsidentschaftswahlen von 1992 haben diesbezüglich ein ebenso deutliches Zeichen gesetzt wie demoskopische Befunde aus jüngster Zeit.

Ob die relativ kontinuierlichen Wahlerfolge der Republikaner bei Präsidentschaftswahlen seit den siebziger Jahren und ihr erdrutschartiger Sieg bei den „Midterms“ von 1994 als veritables „Realignment“, als fundamentale Kräfteverschiebung im etablierten Parteiensystem, gewertet werden kann,

bleibt in den Sozialwissenschaften strittig. Auch weiß niemand genau zu sagen, ob die zu beobachtenden Wandlungen in der Parteiidentifikation von Wählern als dauerhafte Größen gelten müssen. Und gewiß sollte man bei einschlägigen Prognosen Zurückhaltung üben, laufen sie doch oft genug an zu kurz bemessenen Zeiteinheiten bei der Erklärung wählerstruktureller Verschiebungen auf. Solches eingeräumt, lassen sich aber doch wichtige Veränderungen in der politischen Szenerie der transatlantischen Republik diagnostizieren¹⁸.

So identifiziert sich eine wachsende Zahl der befragten Amerikaner seit den siebziger Jahren mit den Republikanern, die den traditionellen Loyalitätsvorsprung der Demokraten immer stärker abbauen können. Die weiße Wählerschaft des Südens hat überkommenen Präferenzen abgeschworen und steht seit geraumer Zeit bei Präsidentschaftswahlen fest im Lager der Republikaner; auch bei einzelstaatlichen und kommunalen Wahlen bricht sich dieser Trend immer stärker Bahn. Die Signale stehen auf Sturm für die Demokraten der dreizehn Südstaaten (elf Staaten der „Konföderation“ plus Oklahoma und Kentucky nach der Definition des „Congressional Quarterly“). Alle vier ihrer Senatoren aus dieser Region, deren Mandat 1996 ausläuft, kandidieren nicht mehr und eröffnen damit gute Chancen für die Republikaner. Diese vier ausgenommen, halten die Demokraten bloß noch sechs der verbleibenden zweiundzwanzig Senatssitze. Die Situation mag sich 1998 noch verschlechtern, wenn erneut drei Demokraten in ihren Siebzigern – Dale Bumpers aus Arkansas, Wendell H. Ford aus Kentucky und Ernest F. Hollings aus South Carolina – mit einiger Wahrscheinlichkeit den Ruhestand anstreben werden. Die Partei tut sich auch schwer, aussichtsreiche Bewerber gegen die acht Senatoren der GOP, die im Herbst zur Wiederwahl anstehen (darunter der 92jährige Strom Thurmond aus South Carolina), ins Feld zu führen. Auch im Repräsentantenhaus sind die Chancen für die Südstaatendemokraten strukturell alles andere als ermutigend. Seit den siebziger Jahren hat sich die Zahl der weißen Abgeordneten aus der Clinton-Partei halbiert (von 88 auf 44!), ein Verlust, der auch durch den Gewinn von 17 Sitzen durch schwarze Repräsentanten dieser Region nicht hat ausgeglichen werden können. Vor allem die Wah-

18 Vgl. Peter Lösche, Die politischen Parteien, in: Manfred Jäger/Wolfgang Welz, Regierungssystem der USA, München 1995, S. 268 ff.; Hartmut Wasser, Wahlen, in: Willi Paul Adams u. a. (Hrsg.), Länderbericht USA, Bd. I, Bonn 1992², S. 460 ff.

17 Vgl. The American Enterprise, 2 (1992) 6, S. 89.

len von 1992 und 1994 bewirkten den Niedergang dieser Regionalgruppierung auf dem Kapitol; und der Verzicht etlicher ihrer „Incumbents“ auf eine neuerliche Kandidatur läßt im Verein mit einer überproportional hohen Zahl „kompetitiver Wahlkreise“ (mit engen Margen zwischen beiden Gruppierungen) die diesbezüglichen Aussichten der Demokraten nicht allzu rosig erscheinen.

Auch in den Rocky Mountain-Staaten, einst eine Hochburg der Demokratischen Partei, haben sich in der jüngeren Vergangenheit ähnliche Veränderungen zugunsten der Republikaner vollzogen. Nimmt man unionsweite Einbrüche der „Grand Old Party“ in die Gruppe der jüngeren Wähler sowie der weißen ethnischen Wählerschichten hinzu, registriert man deren Erfolge bei der Mobilisierung weißer protestantischer Fundamentalisten vor allem auch in den Staaten des Mittleren Westens – alles zusammen deutliche Belege für die Auflösung der alten „New Deal“-Wählerkoalition der Demokraten –, erklären sich die Erfolge der Republikaner in (fast) allen Regionen und auf allen Herrschaftsebenen der USA zunächst einmal als Funktion eines grundlegend gewandelten Wählerverhaltens. Bei den „Midterms“ von 1994 nahmen sie den Demokraten zehn Gouverneurspositionen ab und stellten (vorübergehend) einunddreißig Gouverneure. Ebenso verloren die Demokraten die Kontrolle über fünfzehn Staatslegislativen. Während die Republikaner seither in zwanzig Einzelstaaten beide Parlamentskammern dominieren, gilt dies für Clintons Partei nur noch in siebzehn Fällen – eine veritable Umkehr der Machtverhältnisse, legt man Vergleichszahlen früherer Jahrzehnte zugrunde. Noch 1990 kontrollierten die Demokraten insgesamt 72, die Republikaner hingegen nur 21 Kammern der Einzelstaatslegislativen, beherrschten sie in 32 Staaten beide Häuser, die GOP dagegen nur in sieben von ihnen!

Zum „Realignment“ führt nach Meinung des Sozialwissenschaftlers Burnham auch die Aktualisierung bestimmter politischer Konflikte zugunsten einer sich neu herausbildenden Mehrheitskoalition in einer „Critical Election“¹⁹. Solche politischen Konflikte, welche der amerikanischen Politik seit den späten siebziger Jahren ihren Stempel aufdrückten – Streit um die angemessene Form des Sozialstaates und, damit verbunden, um die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit vor allem der Mittelschichten; Kontroversen um die „Social

Issues“, um Abtreibung, Schulgebet, Revitalisierung traditioneller Familienwerte etc.; Auseinandersetzungen um die Außen- und Militärpolitik nach den Demütigungen in Vietnam, Teheran und jüngst, partiell, in Somalia –, haben wie Katalysatoren auf die oben erwähnten Veränderungen im Wahlverhalten angegebbarer Gruppen zugunsten der Republikaner gewirkt.

Allerdings bleiben wenige Monate vor den Novemberwahlen Prognosen über die anhaltende Wirkung der skizzierten Trends unsicher, ist es fraglich, ob sich inzwischen eine festgefügte neue Wählerkoalition mit eindeutiger Orientierung auf die Republikanische Partei tatsächlich herauskristallisiert hat. Zum einen stellt sich der Anteil der Wechselwähler im historischen Vergleich als relativ hoch dar; daß ihr Abstimmungsverhalten fluktuiert und auch auf den verschiedenen Wahlerebenen (Bund, Einzelstaat, Kommune) unterschiedliche Ergebnisse zeitigen kann, ist durch vereinzelte Neu- und Nachwahlen im November 1995 und Januar 1996 einmal mehr belegt worden. In einer Reihe lokaler und einzelstaatlicher Wahlen hat sich der Siegeszug der konservativen Republikaner vom Jahr 1994 nicht fortgesetzt. Bei den Gouverneurswahlen in Kentucky und Mississippi setzten sich jeweils Kandidaten der zuvor schon regierenden Partei durch, da der Demokrat Patton, dort der Republikaner Fordice; bei Parlamentswahlen in Virginia und Mississippi konnten die Demokraten größere Erfolge der Republikaner verhindern. Und bei der durch den erzwungenen Rücktritt des republikanischen Senators Bob Packwood aus Oregon notwendig gewordenen Nachwahl hat am 30. Januar dieses Jahres ein Demokrat, Ron Wyden, zum erstenmal seit 1962 wieder einen Sieg bei Senatswahlen des Landes verbuchen können, freilich mit einem relativ knappen Vorsprung vor dem republikanischen Konkurrenten.

Mit der Kritik an Newt Gingrichs Kürzungsplänen im Sozial- und Gesundheitswesen, die sich zum Teil drastisch auf die Budgets von Einzelstaaten und Kommunen auswirken würden, ist es den Demokraten vielerorts bei diesen Regionalwahlen (und der Oregonkampagne) gelungen, neuerliche Wählerbewegungen zu den Republikanern zumindest vorübergehend zu stoppen; Rückschlüsse auf bundespolitische Wahlergebnisse im kommenden November lassen sich daraus aber nur mit größter Vorsicht ziehen. Freilich finden sie einen gewissen Nachhall in jüngsten demoskopischen Erhebungen. Das nach kurzem „Zwischenhoch“ seit Sommer 1995 erneut grassierende Unbehagen der Öffentlichkeit am Kongreß weist nicht nur darauf

19 Walter Dean Burnham, *Critical Elections and the Main Springs of American Politics*, New York 1970; ders., *The Current Crisis in American Politics*, New York 1982.

hin, daß vermutlich auch die Bäume der Republikaner nicht in den Himmel wachsen werden²⁰; möglicherweise signalisieren die Daten sogar eine gewisse Trendumkehr. Im März haben NBC News/The Wall Street Journal unter den von ihnen Befragten 50 % angetroffen, „who disagree with most of what the Republicans in Congress are proposing to do“, während lediglich 34 % sich zur Rubrik „agree“ bekannten. Auf die Frage, ob sie bei den Novemberwahlen zum Repräsentantenhaus für den demokratischen oder republikanischen Kandidaten in ihrem Wahlkreis stimmen wollten, votierten 35 % für einen Republikaner, 38 % für einen Demokraten (und waren 26 % noch nicht eindeutig festgelegt)²¹. Vor allem unter Frauen und Wählern aus dem Osten wie dem Mittleren Westen könnten die Demokraten erhebliche Zugewinne verbuchen, wenn sich die demoskopischen Befunde bestätigen sollten²². Offenkundig wirkt sich die neugewonnene Meinungsführerschaft Präsident Clintons in zentralen Fragen der Innen- und Außenpolitik in den genannten Regionen und bei angebbaren Wählergruppen positiv für die Demokratische Partei aus.

Die Frage also, ob sich ein dauerhaftes, republikanisch eingefärbtes „Realignment“ schon eingestellt habe oder bald zu erwarten sei, kann derzeit wohl noch nicht definitiv beantwortet werden. Manche Beobachter der politischen Szenerie wollen angesichts der „Ungebundenheit“ vieler Wähler und dem verbreiteten Hang zum „Ticket Splitting“ eher ein „Dealignment“ ausmachen; und der streitbare Politikwissenschaftler Theodore J. Lowi sieht gar „The End Of The Republican Era“ heraufziehen. Wie er vor einem Vierteljahrhundert „The End of Liberalism“ prognostizierte – jenes „New Liberalism“ der Demokratischen Roosevelt-Ära, der den Staat zur Daseinsvorsorgeanstalt bis an die Grenzen der Beherrschbarkeit ausgeweitet und zum Spielball der „Special Interest Groups“ degradiert habe –, sieht Lowi am Ende der neunziger Jahre Anzeichen für ein Scheitern des Versuchs der Republikanischen Partei, eine nationale Mehrheit dauerhaft hinter der Ideologie des Konservatismus zu scharen. Die Quadratur des Kreises, die Verbindung eines „ökonomischen Konservatismus“ und Yuppitums mit dem „Social Issue Conservatism“ der „religiösen Rechten“, sei einfach nicht zu leisten, um so weniger, als die Fundamentalisten der amerikanischen Demokratie feindselig gegenüberstünden.

Man braucht die pessimistische Bewertung der amerikanischen Gegenwart im Sinne Lowis nicht zu teilen, wenn man eine gewisse „Unübersichtlichkeit“ der parteipolitischen Machtverhältnisse in den USA mit Blick auf die Herbstwahlen konstatiert, die nicht zuletzt aus der unbekanntem Größe „Drittpartei(en)“ resultiert.

Der Schatten des texanischen Milliardärs Ross Perot, der 1992 als unabhängiger Kandidat sensationelle 19 Prozent der Stimmen bekommen und die Wiederwahl des Republikaners George Bush verhindert hat, hängt drohend auch über der Kampagnenszenerie 1996. Seine „United We Stand America“-Organisation freiwilliger Helfer und Sympathisanten ist inzwischen durch die „Reform Party“ ergänzt worden, die zwar keine eigenen Kongreßkandidaten ins Feld schicken, wohl aber den besten Bewerbern gleich welcher Partei zum Einzug in das Repräsentantenhaus oder den Senat verhelfen will. Auf einem zweigeteilten Parteitag, der vor und nach dem Parteitag der Republikaner stattfand, und in einem Umfrageverfahren unter den Mitgliedern der Reformpartei ist Perot inzwischen gegen den Mitbewerber, den früheren Gouverneur von Colorado Richard Lamm, zum Präsidentschaftskandidaten gewählt worden, wobei freilich nicht einmal 5 % der 1,13 Millionen Anhänger der Reformpartei an diesem Abstimmungsverfahren teilnahmen.

Zwar haben dritte Parteien in der amerikanischen Geschichte zumeist eine eher untergeordnete Rolle gespielt; 1996 könnte sich dies freilich ändern, weil viele Wähler – Ausfluß der Politikverdrossenheit – ihre Entschlossenheit signalisieren, gegebenenfalls auch Außenseiter zu unterstützen. In den neunziger Jahren erstreckt sich die Bereitschaft großer Teile der amerikanischen Bürger, „to favor the formation of a third political party“, die auf allen Herrschaftsebenen mit den etablierten Gruppierungen konkurrieren soll²³. ABC-Washington Post ermittelten im Oktober vergangenen Jahres, daß 68 % „ernsthaft erwägen, für die Kandidaten einer Drittpartei zu stimmen, falls eine solche gegründet wird“, und daß immerhin noch 60 % die Meinung mißbilligen, „man werfe seine Stimme weg, wenn man für solche Kandidaten stimme, weil sie ohnehin chancenlos sind“²⁴. Zwei Motive zumindest bestimmen diese Haltung: zum einen die Überzeugung, das etablierte Zweiparteiensystem weise entweder große Mängel auf

20 Vgl. National Journal vom 3. Februar 1996, S. 268.

21 Vgl. ebd. vom 23. März 1996, S. 660.

22 Vgl. ebd. vom 13. April 1996, S. 830.

23 Zwischen 54 % und 63 % der Befragten haben sich zwischen 1993 und 1995 entsprechend geäußert; vgl. The American Enterprise, 6 (1996) 3, S. 105.

24 National Journal vom 14. Oktober 1995, S. 2558.

oder sei gar „seriously broken“²⁵, zum andern die Hoffnung, daß die Wahl von Drittparteikandidaten „sends an important message that the political system needs to change“²⁶.

Was Ross Perots Chancen anbelangt, so hat sich das Lager derer in den ersten Monaten des laufenden Jahres ständig vergrößert – von 37 auf 44 % –, die eine günstige Meinung vom Texaner hegen, 23 % wollen sicher oder mit einiger Wahrscheinlichkeit Ross Perot wählen²⁷. Auch wenn solche Zahlen angesichts unkalkulierbarer Stimmungsschwankungen und möglicher Trendveränderungen bis zum Wahltag mit großer Vorsicht zu bewerten sind, lassen sie dennoch beim Vergleich mit ähnlichen demoskopischen Erhebungen aus früheren Jahren ernsthafte Chancen für neue Gruppierungen erkennen, das Wahlresultat zu beeinflussen; die Wahlforscher tun sich entsprechend schwer, die Ergebnisse der Novemberwahl zu prognostizieren.

IV. Anzeichen politischer Systemreaktion

„Unsere Verfassung, die auf dem Prinzip der Trennung von gesetzgeberischer und vollziehender Gewalt beruht, weist ernsthafte Schwächen auf. Die Präsidentschaftswahlen sind zu oberflächlichen Fernsehshows verkommen, aus denen Kandidaten mit geringer Erfahrung in der Außenpolitik hervorgehen. Das parlamentarische System ist in vieler Hinsicht eine bessere Form von Demokratie. Es kommt ohne unsere Trennung zwischen Exekutive und Legislative aus, die es erschwert, die Verantwortung für die Regierungspolitik und deren Umsetzung zu übernehmen, und die Ausbreitung von Konflikten im gesamten Entscheidungsfindungsprozeß fördert. Unser System ist einmalig ... Es blockiert Entscheidungen und führt zu Pattsituationen ...“²⁸

Der solches schreibt, Senator William Fulbright, einer der erfahrensten Politiker der USA, weiß sich im Einklang mit manchen Kollegen²⁹ und

25 The American Enterprise, 6 (1996) 1, S. 91.

26 Letztere Aussage wird freilich bloß von 38 % der Befragten getroffen; National Journal (Anm. 24).

27 Vgl. National Journal vom 6. und 27. April 1996, S. 790 und S. 956.

28 J. William Fulbright, Wahn der Macht. US-Politik seit 1945, München 1989, S. 67.

29 Scharfe Kritik an der US-Verfassungspolitik jetzt bei Bill Bradley, Time Present. Time Past. A Memoir, New York 1996.

einer wachsenden Schar von Sozialwissenschaftlern, die immer wieder Systemreformen anmahnen, dabei aber am verfassungsrechtlichen „Strukturkonservatismus“ der USA auflaufen³⁰. Vor allem verweisen die eingangs schon erwähnten demoskopischen Erhebungen auf das verbreitete Unbehagen vieler Amerikaner an den politischen Institutionen des Landes, wobei freilich das Paradoxon ins Auge fällt, daß einerseits die Ineffizienz des Regierungssystems beklagt, andererseits immer wieder eine Lanze für das „Divided Government“ gebrochen wird, als Vorkehrung gewissermaßen gegen den Macht- und Interventionstrieb des „Big Government“. Präsidentschaft und Kongreß wurden fast zwanzig Jahre lang im letzten Vierteljahrhundert von verschiedenen Parteien dominiert, „Divided Government“ ist fast zum Normalfall amerikanischer Politik geworden; daß darüber das Regierungshandeln oft genug zum Stillstand gekommen, „Gridlock“, „Politikstau“ zum Schicksal der Supermacht geworden ist, gilt einerseits als weitverbreitete Auffassung, wird andererseits mit ernstzunehmenden Argumenten angezweifelt³¹.

So hat etwa David Mayhew in einer Untersuchung der Nachkriegsgesetzgebung gezeigt, daß „Divided Government“ keinesfalls die einzige Ursache für mangelnden „Output“ des politischen Systems darstellen kann, massive Blockaden vielmehr gerade auch im Zeichen eines „Unified Government“ aufgetreten sind³², ein Sachverhalt, den die zweifelhafte „Erfolgsbilanz“ der Clinton-Administration und des 103. Kongresses – nicht bloß bei der gescheiterten Gesundheitsreform – zu bestätigen scheint. Dem grassierenden „Gridlock“ scheinen also noch andere Ursachen zugrunde zu liegen, verfassungsrechtliche ebenso wie verfassungspolitische. Die personell und existentiell getrennten Gewalten, genauer: die Trennung der Verfassungsorgane (Präsident, Senat, Repräsentantenhaus) bei wechselseitiger Teilhabe an der Ausübung der Gewalten, also der Grundfunktionen der Rechtsetzung, Rechtsausübung und gegebenenfalls sogar der rechtlichen Streitentschei-

30 Die weitreichendsten Vorschläge für Systemreformen bei Donald L. Robinson (Hrsg.), Reforming American Government. The Bicentennial Papers of the Committee on the Constitutional System, Boulder 1985; James L. Sundquist, Constitutional Reform and Effective Government, Washington, D.C. 1986; The Jefferson Foundation (Hrsg.), Rediscovering the Constitution, Washington, D.C. 1987.

31 Vgl. dazu Winand Gellner, Die Blockade der politischen Gewalten in den USA, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8–9/96, S. 3–10.

32 David Mayhew, Divided We Govern. Party Control, Lawmaking, and Investigations, 1946–1990, New Haven 1991.

derung, der Umstand, daß durch zeitlich versetzte Wahlen und Amtsperioden ganz unterschiedliche Wählergruppen die Institutionen stützen, erfordern Transmissionsriemen in Gestalt politischer Parteien. Sie erfüllen aber diese Funktion nicht (mehr) oder nur unvollkommen, auch unter den Bedingungen des „Unified Government“, weil sie durch das System der horizontalen und vertikalen Gewaltentrennung in sich heterogen, dezentralisiert und oft genug gar gespalten sind.

Diese und andere Gründe haben Politikwissenschaftler zu dem (partiell den Sachverhalt treffenden) Bonmot verführt, die Politik der USA werde von 536 auf eigene Rechnung tätigen „Entrepreneuren“ betrieben, 435 kleineren (den Abgeordneten), 100 mittleren (den Senatoren) und einem Großunternehmer (dem Präsidenten). Wo der „Großunternehmer“ trotz präsidentieller Folklore, trotz „institutionalisierter“ und „plebiszitärer“ Präsidentschaft in der Verfassungswirklichkeit oft genug „machtlos“ erscheint, überfordert vom öffentlichen Erwartungsdruck, der mit einem öffentlichen Autoritätsschwund korrespondiert, den Skandalserien von Watergate bis Whitewatergate mit heraufbeschworen haben, wo er im Zeichen fast anarchisch anmutender Machtdiffusion seine politischen Ziele nur noch verwaschen realisieren kann, gilt „Ineffizienz“ auch als Markenzeichen der Legislative. Der Kongreß, „Arbeitsparlament“ par excellence, aufgrund seiner Machtbefugnisse und Arbeitsausstattung als mächtigstes Gesetzgebungsorgan der Welt gehandelt, leistet in Wirklichkeit seit Jahren bloß noch legislatives Stückwerk. Die hochgradige Fragmentierung, Dezentralisierung und Spezialisierung im Kapitol – 535 „Unternehmer“ mit ausgeprägt lokalistisch-provinzialistischen Orientierungen, die Unzahl parlamentarischer Ausschüsse und Unterausschüsse und die vergleichsweise Ohnmacht der Kongreßführung angesichts fehlender Fraktionsdisziplin – verursachen jene „Balkanisierung“ der Legislative, die unabhängig von deren parteipolitischer Komposition den Gesetzgebungsprozeß und die erforderliche Koordination von Kapitol und Weißem Haus massiv erschweren.

Die Institutionenordnung der USA erzeugt heute massive Bürgerfrustrationen. Auch die „konservative Wende“ im Kongreß seit den „Midterms“ von 1994 hat daran auf mittlere Sicht nichts geändert; die Erfüllung der im „Contract with America“ fixierten Wahlversprechen der Republikaner ist zum großen Teil an den Gesetzmäßigkeiten amerikanischer Politik der Gegenwart gescheitert, ebenso wie die wesentlicheren Reformvorhaben

der Clinton-Administration³³. Versuche von Speaker Newt Gingrich, mehr parlamentarische Effizienz und Transparenz durch reformerische Eingriffe in die chaotische Struktur des Repräsentantenhauses zu erreichen, sind zwar ein Stück weit vorangekommen³⁴; und eine alte Forderung der Republikaner, dem Präsidenten zwecks Verringerung des Haushaltsdefizits das Recht einzuräumen, einzelne Posten in Bewilligungs-, neuen Ausgaben- oder Steuergesetzen zu streichen, ist im März realisiert worden³⁵. Aber das Line-Item-Veto (Veto des Präsidenten nicht gegen den gesamten Haushalt, sondern gegen einzelne Teile) ist nicht nur mit Blick auf seine Verfassungsmäßigkeit, sondern auch hinsichtlich seiner haushaltspolitischen Wirksamkeit umstritten (und setzt den Präsidenten überdies der Gefahr aus, mächtige Interessengruppen gegen sich aufzubringen); und die parlamentarischen Organisationsreformen haben bislang auch nicht die erhofften Erfolge gezeitigt. Zu viele Faktoren – etwa Spezifika der Wahlkampfgestaltung, Veränderungen der Medienlandschaft, das wachsende Gewicht der „Special Interest Groups“ und der „Political Action Committees“ etc. – bilden im Verein mit dem fragmentierten Herrschaftssystem Barrieren gegen Effizienz und Transparenzverbesserungen, die durch marginale Strukturreformen nicht gesprengt werden können.

Auch der Versuch der Clinton-Administration, Bürgerunmut über den „Moloch Staat“ durch ihr Programm „Reinventing Government“³⁶ (REGO) zu beschwichtigen, hat zwar einige Erfolge zeitigen können; zum großen „Hit“ hat es aber nicht gereicht. Ob durch REGO I, die 1. Phase des Umstrukturierungsprozesses des gesamten Staatsapparates, die Regierungsarbeit tatsächlich effizienter und kostengünstiger geworden ist, bleibt aufs Ganze gesehen strittig, auch wenn Anfangserfolge nicht zu leugnen sind. Von den Zielen, die Bill Clinton im September 1993 im „National Performance Review“ (NPR)-Vorhaben verkündete, nämlich die bundesstaatliche Regulierungswut drastisch einzudämmen, den öffentlichen Dienst um 12 % zu verkleinern, einzelne Ministerien, Behörden und Agenturen nicht nur zu „ver-

33 Vgl. Congress Report, 1/1996, S. 1 ff.; Congressional Quarterly vom 27. Januar 1996, S. 193 ff.

34 Vgl. Congress Report, 1/1995, S. 1 ff.; auch im Senat sind vorsichtige Reformschritte unternommen worden, vgl. Congressional Quarterly vom 22. Juli 1995, S. 2147.

35 Die Rede ist vom Line-Item-Veto Act (PL 104-130).

36 Hinter dem Programm stehen Anregungen und Überlegungen, die sich u. a. in dem Bestseller von David Osborne/Ted Gaebler, Reinventing Government, New York 1992, finden.

schlanken“, sondern gegebenenfalls abzuschaffen (und sie zu jährlichen Berichten über geplante bzw. realisierte Strukturreformen anzuhalten) – und durch solche Maßnahmen im Verein mit der Streichung einer Vielzahl öffentlicher Programme ca. 130 Mrd. US-Dollar einzusparen –, sind laut Vizepräsident Al Gore, der das „Reinventing Government“-Vorhaben leitet, 90 % verwirklicht worden; die Republikaner freilich sehen dies anders. Immerhin ist der öffentliche Dienst auf Bundesebene seit Clintons Amtsantritt um ca. 100 000 Beschäftigte geschrumpft (bis 1999 sollen insgesamt 252 000 Beamte eingespart werden); hilfreich ist dabei vor allem der im März 1994 vom Kongreß verabschiedete Abfindungsplan gewesen, der einmalige Zahlungen von jeweils bis zu 25 000 US-Dollar für solche Bedienstete vorsieht, die freiwillig den Job vorzeitig quittieren, und die Bundesbehörden verpflichtet, jeweils 9 % des entsprechenden letzten Jahreseinkommens von Früh-pensionären an das Versorgungsamt für Bundesbedienstete („Civil Service Retirement Fund“) zu zahlen. Kritiker von REGO I monieren vor allem Defizite bei Umsetzung des Effizienz- („Performance“-) Aspekts und beklagen das Fehlen expliziter Strategien der Administration für die Abstimmung ihrer einschlägigen Vorhaben mit ähnlich oder unterschiedlich ausgerichteten Kongreßinitiativen.

Als noch problematischer erweist sich bislang „REGO II“, die zweite Phase des staatlichen Umstrukturierungsprogramms, die Al Gore im Dezember 1994 angekündigt hat und die darauf abzielen soll, „daß die Regierung besser arbeitet und *weniger tut*“. Das Zauberwort, von Demokraten kaum je auszusprechen gewagt, lautet „Privatisierung“, die auf vielfältige Weise erfolgen soll und kann und gegebenenfalls von Verkauf bis zur Auftragsvergabe reicht. Es ist noch zu früh, „REGO II“ zu bewerten. Gewiß sind die Aussichten für eine weitreichende Privatisierung derzeit nicht schlecht, wo sowohl die Clinton-Administration sich für „Staatsverschlinkung“ stark macht – und im Haushalt für das Fiskaljahr 1996 wie in ihrem Budgetentwurf für 1997 eine Reihe einschlägiger Maßnahmen propagiert hat – als auch die republikanische Kongreßmehrheit die Reagan-Philosophie wiederbelebt, derzufolge „Privatisierung“ als probates Heilmittel für viele „Krankheiten“ des „Federal Government“ zu gelten hat; aber „Privatisierung“ hat sich stets auch als politisches Minenfeld erwiesen. Die Kongreßparteien tun sich schwer, Regierungsprogramme, von denen ihre jeweilige Wählerklientel profitiert, an die Wechselfälle des Marktes auszuliefern. Die

Legislative hat folgerichtig einer Reihe von Behörden schlichtweg untersagt, die Privatisierung ihres Betriebs auch nur zu prüfen. Öffentliche Programme überleben oft genug einfach deshalb, weil eine (kleine) Gruppe von Befürwortern ihre Abschaffung vereitelt, was das fragmentierte Herrschaftssystem der USA mit seinen vielen Vetopositionen ohne große Mühen ermöglicht.

Bleibt als Fazit die Feststellung, daß das „Reinventing Government“-Vorhaben gewiß zu den erfolgreichereren der innenpolitischen Initiativen der Clinton-Administration gehört, dennoch aufs Ganze gesehen über hoffnungsvolle Ansätze kaum hinausgelangt ist, vor allem auch von der Öffentlichkeit (zu) wenig zur Kenntnis genommen wurde, die sich viel eher von Newt Gingrichs Anfangselan hat beeindruckt lassen, mit dem er einige Kongreßausschüsse aufgelöst und die Mitarbeiterstäbe der Komitees um ein Drittel reduziert hat. Jedenfalls haben „REGO I + II“ nichts an der Überzeugung etwa der Hälfte aller Amerikaner ändern können, das politische System bedürfe eines „major shake-up“; und die andere Hälfte gab sich im Oktober 1995 immerhin überzeugt, es brauche jedenfalls einige Reformen³⁷.

Manche Betrachter der politischen Szenerie in den USA glauben, eine Verstärkung der direktdemokratischen Komponente könnte den Bürgerunmut über das „Raumschiff Washington“ dämpfen und den Bundesinstitutionen neue Legitimität verleihen³⁸. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich just zu dem Zeitpunkt, da Politikverdrossenheit zur grassierenden Seuche eskaliert, der Abstand zwischen Regierenden und Regierten drastisch verringert. Noch nie haben seit den Tagen der antiken Polis so viele Bürger Einfluß auf die politischen Willensbildungsprozesse ihres Landes nehmen können wie die Amerikaner heute. Populistische Aktionen wie die „Term Limit“- und „Balanced Budget“-Initiativen, die wachsende Zahl von Vorwahlen und die vermehrte Anwendung direktdemokratischer Instrumente in Form von Gesetzesinitiativen und Referenden jedenfalls auf Einzelstaatsebene verringern die Entscheidungsgewalt der gewählten Repräsentanten, schwächen die Legislativen, verleihen dem Begriff der Volkssouveränität eine neue Qualität, ermöglichen den Wählern die Nominierung ihrer Präsidentschaftskandidaten und manches andere

37 Die Resultate der von TIMES Mirror Center for The People & The Press durchgeführten Befragung finden sich im National Journal vom 11. November 1995, S. 2830.

38 Dazu Anregungen bei Kevin Philipps, *Arrogant Capital. Washington, Wall Street, and the Frustration of American Politics*, Boston 1994.

mehr. Auch der Bereich des „Federal Government“, bislang als Form halbwegs unverfälschter repräsentativer Herrschaft organisiert, verändert sich im Zeichen der „elektronischen Republik“³⁹ in direktdemokratischer Richtung. Ständige Meinungsumfragen und immer raffiniertere Telekommunikationstechniken lassen die Herrschenden immer unmittelbarer auf den „Volkswillen“ reagieren.

So wie die „öffentliche (Mehrheits-) Meinung“ an Gewicht zunimmt, verlieren die traditionellen „Mittler“ zwischen Staat und Gesellschaft – Parteien, Presseorgane, Eliten etc. – an Bedeutung, werden Institutionen schlichtweg umgangen, die sich zum Zwecke der „Läuterung“ des Politikprozesses und des Minderheitenschutzes nach dem Willen der Bundesverfassung als die Orte präsentieren, in denen und mit denen bindende Herrschaftsentscheidungen getroffen werden. Ob im Zeichen eines ohnehin vorwärts drängenden Populismus Volksbegehren und Volksentscheid auch auf nationaler Ebene hilfreich waren, ist eher zu bezweifeln, allein schon deshalb, weil die Annahme, diese Instrumente könnten den Einfluß der „Special Interest Groups“ auf den Gesetzgebungsprozeß verringern, durch die Empirie keine Bestätigung findet.

³⁹ Lawrence K. Grossman, *The Electronic Dialogue. Reshaping Democracy in the Information Age*, New York 1995.

Möglicherweise liegt der bessere Ansatz zur Bekämpfung der Politikverdrossenheit in viel bescheideneren Reformschritten. Den Kongreß nur noch sechs Monate im Jahr tagen zu lassen, die Mitarbeiterstäbe drastisch zu verringern, das „Filibuster“ abzuschaffen, die „Lobbying“- und Wahlkampffinanzierungsgesetze entschlossener als bislang zu revidieren⁴⁰ – schon solche Maßnahmen könnten, für sich allein genommen, ohne Verfassungsumbau den Gesetzgebungsprozeß effektiver, weil „sparsamer“ und schneller, gemeinwohlorientierter und bürgernäher gestalten. Daß solche Reformschritte von Jahr zu Jahr ernsthafter erwogen werden, schafft Raum für Optimismus; daß sie im Zeichen unaufhaltsamen Umsichgreifens elektronisch-multimedial vermittelter „Demokratisierungs“-Techniken erfolgen müssen, dämpft ihn gleich wieder.

Amerika hat in der Vergangenheit oft die Fähigkeit zur Krisenbewältigung bewiesen. Aber heute und morgen wird das politische System und die Gesellschaft der USA unvergleichlich größere Flexibilität und Reformbereitschaft aufbringen müssen, wenn beide unter dem Banner von Bewahrung und Wandel ihre Identität erhalten wollen.

⁴⁰ Vgl. Robert F. Bauer, *Paying the Political Price. A Practical Guide to Changes in the Federal Lobbying, Ethics and Campaign Laws*, Washington, D. C. 1995.

Regieren als permanente Kampagne

Stil, Strategien und Inhalte der amerikanischen Innenpolitik unter Präsident Clinton

I. Einleitung

Unter weitgehender Ausklammerung der an anderer Stelle ausführlich behandelten Themen der Wirtschafts-, Haushalts-, Steuer-, Sozial- und Gesundheitspolitik¹ analysiert der Beitrag zentrale Fragen des innenpolitischen Geschehens in den USA während der Clinton-Präsidentschaft. Neben der cursorischen Behandlung ausgewählter Einzelthemen gilt die Hauptaufmerksamkeit den politischen Konzeptionen und Strategien, mit denen die innenpolitischen Hauptakteure der vergangenen vier Jahre, Präsident Clinton auf der einen und der von Speaker Newt Gingrich und Senator Bob Dole geführte 104. Kongreß auf der anderen Seite, ihre politischen Vorhaben begründeten bzw. umsetzten. Es folgen eine Erfolgsbilanz präsidentieller wie kongressionaler Politik, ein Ausblick auf die innenpolitischen Prioritäten einer möglichen zweiten Clinton-Amtszeit und ein Deutungsversuch des derzeitigen innenpolitischen Klimas in den USA.

II. Die Philosophie des „New Democrat“

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 1992 trat Bill Clinton mit dem Anspruch auf, als ein „Demokrat neuartigen Typs“ (New Democrat) das Land aus der wirtschaftlich-sozialen Krise zu führen. Mit ihrem in der Schrift *Putting People First*² niedergelegten Wahlprogramm wollten sich der

1 Vgl. Martin Thunert, Die Innenpolitik der USA unter Präsident Clinton zwischen Reform und Gegenreform, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17/95, S. 6–10; Axel Murswiek, Sozialpolitik unter der Clinton-Administration in: ebd., B 8–9, S. 11–21; Martin Seeleib-Kaiser, Sozialpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in: Herbert Dittgen/Michael Minkenberg (Hrsg.), *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn 1996, S. 239–268.

2 Vgl. Bill Clinton/Al Gore, *Putting People First*, New York 1992; im folgenden zitiert nach der deutschen Ausgabe: Weil es um die Menschen geht, Düsseldorf 1993.

langjährige Gouverneur des kleinen Südstaates Arkansas und sein „running mate“ Al Gore, ehemals Senator aus Tennessee, als im Vergleich zur linksliberalen Aktivistenbasis zentristische Demokraten ausweisen, indem sie sich von der Mentalität des „Besteuerns und Ausgebens“ (tax and spend), von Staatsgläubigkeit und dem Hang zur Berücksichtigung minoritärer Sonderinteressen distanzieren³. Clinton und Gore versprachen, die von ihnen geführte Regierung werde sich der Sorgen der Mittelschichten annehmen, ohne den Staatsapparat Washingtons weiter aufzublähen und ohne die Abgabenlast für Normalverdiener zu erhöhen. Hinter dem unverhohlenen Populismus der unzähligen Einzelvorhaben Clintons offenbarte sich ein Reformkonzept, das auf eine neue Partnerschaft zwischen Bürgern und Staat innerhalb einer globalisierten Dienstleistungswirtschaft und einer offenen Gesellschaftswelt im ausgehenden 20. Jahrhundert abzielt. Statt den Bürgern immer umfassenderen, einklagbaren Schutz gegen immer mehr Lebensrisiken zu gewähren, wie es die Theorie des Wohlfahrtsstaates vorsieht, oder gutorganisierten Gruppierungen mit immer weiteren Leistungsangeboten entgegenzukommen, wie es häufig in der Regierungspraxis geschah, sollte sich der moderne Staat auf angebotsseitige Intervention mittels schulischer und beruflicher Bildung, Forschungsförderung und moderater steuerlicher Regulierung zurückziehen.

Diese mit dem Begriff „New Democrat“ umschriebene innerparteiliche Reformphilosophie ist zweifelsohne wahlstrategisch motiviert, besitzt jedoch auch eine programmatische Komponente. Hintergrund der 1985 erfolgten organisatorischen Formierung „Neuer Demokraten“ im Rahmen des *Democratic Leadership Council* (DLC) war die verlorene Präsidentschaftswahl von 1984, als der Traditionsdemokrat Walter Mondale von Präsident Ronald Reagan in 49 von 50 Bundesstaaten geschlagen wurde. Während sich Traditionsdemo-

3 „Unsere politischen Ziele sind weder (sozial)liberal noch konservativ, weder demokratisch noch republikanisch. Sie sind neu. Sie sind anders. Wir sind zuversichtlich, daß sie umsetzbar sind“, ließen sie publikumswirksam verlauten. Ebd., S. 8.

kraten wie Mondale nach wie vor als Vertreter der ärmeren Bevölkerungsschicht, der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft und der Minderheiten (insbesondere der Schwarzen) verstanden und nachhaltig für die Verteidigung der gesetzgebundenen Sozialprogramme (entitlement programs) eintraten, zielten Mondales innerparteilicher Mitbewerber, Ex-Senator Gary Hart, und in dessen Folge die „Neuen Demokraten“ des DLC unverhohlen auf die Wähler der weißen Mittelschicht, indem sie sich von der sozialstaatlichen Regierungspraxis des „big government“ distanzieren. Die erneute Niederlage des demokratischen Kandidaten Michael Dukakis bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 gegen George Bush festigte die empirisch belegbare Überzeugung der DLC-Strategen, daß die Präsidentschaft für konventionelle Demokraten aus den nördlichen Bundesstaaten auf der Grundlage einer traditionsdemokratischen Wahlplattform nicht mehr zu gewinnen war. Sachpolitisch verstehen sich *New Democrats* nicht als konservative Demokraten, die programmatisch auf halbem Weg zwischen linksliberaler und konservativer Orthodoxie angesiedelt sind, sondern als Verfechter eines neuartigen politischen Programmcocktails für das Informationszeitalter des 21. Jahrhunderts in der Tradition des *progressive movement* zur Überwindung des klassischen Rechts-links-Gegensatzes⁴.

Wie zu zeigen sein wird, hat Bill Clinton die USA keineswegs stringent entlang der Prioritätenliste der neodemokratischen Programmatik regiert. Die Gründe dafür liegen in seiner Persönlichkeit und seinem Regierungsstil, in seinem politischen Umfeld sowie in den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen seiner Präsidentschaft. Allein der Erdrutschsieg der Republikaner bei den Zwischenwahlen zwang Clinton zu einer Rückbesinnung auf einen politischen Kurs der Mitte.

III. Amtsführung und Regierungsstil Präsident Clintons

1. Die präsidentielle Persönlichkeit

Als Bill Clinton am 20. Januar 1993 zum 42. Präsidenten der USA vereidigt wurde, besaß niemand höhere Erwartungen an die Möglichkeit der Über-

windung innenpolitischen Stillstands durch präsidentielle Führung als der Amtsinhaber selbst. Clinton, der sich als Politiker der Tradition „aktiver“ Präsidenten vom Schlage Franklin D. Roosevelts, Harry Trumans und John F. Kennedys⁵ verpflichtet fühlt, startete die Verwirklichung seiner ambitionierten innenpolitischen Agenda öffentlichkeitswirksam mit der Veranstaltung einer Wirtschaftskonferenz. Im Beisein des Präsidenten und eines Großteils seines späteren Kabinetts erläuterten in Little Rock, Arkansas, die führenden Köpfe der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaft einer breiten Öffentlichkeit vor laufenden Kameras die komplexen Zusammenhänge zwischen dem Mißverhältnis eines Anstiegs der Staatsausgaben und sinkenden Staatseinnahmen einerseits und mangelnden Investitionsrücklagen, Investitionsmängeln und sinkendem Lebensstandard andererseits⁶. Sein Versprechen, ein Kabinett zu berufen, das die Vielfalt der amerikanischen Gesellschaft widerspiegele, erfüllte Clinton durch die Ernennung einer bunten Mannschaft moderater Demokraten, doch überschattete ungeschicktes Taktieren bei den wenigen kontroversen Ernennungen diesen wichtigen symbolischen Anfangserfolg. Trotz der scheinbar gelungenen Prioritätensetzung holte den Präsidenten eine seit den Gouverneurstagen bekannte Führungsschwäche rasch ein: „overscheduling“, die Tendenz zur Überfrachtung der politischen und legislativen Agenda. Der Gouverneur im Weißen Haus wollte zu viel zur gleichen Zeit. Bei der Planung politischer Programmprioritäten mit integrativer Wirkung verzettelte sich der fachpolitisch überaus kenntnisreiche Clinton in Einzelheiten und ließ es zu, daß eine Reihe von Reizthemen die Frühphase seiner Präsidentschaft definierte: Abtreibung, die Rechte homosexueller Armeeangehöriger, die Ernennung kontroverser Staatssekretäre, ein von Senatsrepublikanern durch Filibuster gestopptes staatliches Investitionsprogramm, das überwiegend aus maßgeschneiderten Geschenken an demokratische Wahlkreise bestand.

Aus seinem fünf Großprojekte umfassenden Prioritätenkatalog⁷ hob der Präsident während des

5 Vgl. James David Barber, *The Presidential Character. Predicting Performance in the White House*, Englewood Cliffs, N. J. 1992⁴, S. 8–11.

6 Die folgende Publikation enthält eine Mitschrift des Tagungsverlaufs: Bill Clinton, *President Clinton's New Beginning. The Complete Text, with Illustrations, of the Historic Clinton – Gore Economic Conference*, Little Rock, Arkansas, December 14–15, 1992, New York 1992.

7 Dabei handelte es sich um: 1. eine Richtungsänderung in der Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitik, 2. die Gesundheitsreform, 3. die Neuordnung des Fürsorgesystems,

ersten Amtsjahres lediglich die Gesundheits- und Haushaltspolitik hervor. Doch auch hier beging er schwerwiegende Fehler: Weder die Vorsitzende der aus mehreren hundert Mitarbeitern bestehenden Gesundheitsreformkommission, First Lady Hillary Rodham Clinton, noch deren Chefberater, Ira Magaziner, besaßen Erfahrung im präsidentiellen Beratungsprozeß. Insbesondere Magaziner, dessen Vorliebe für etatistische Großlösungen bekannt war, empfahl dem Präsidenten eine frühe Festlegung auf das Politikziel „lückenlose Pflichtversicherung“. Mit seinem in der „Ansprache zur Lage der Nation“ 1994 gegebenen Versprechen, jeden Gesetzentwurf unterhalb der umfassenden Pflichtversicherung mit dem Veto zu belegen, beraubte sich Clinton der für die Verhandlungen mit dem Kongreß notwendigen Flexibilität⁸. Unter der fälschlichen Annahme des Weißen Hauses, bei der Verabschiedung seines Wirtschaftsprogramms auf die Zusammenarbeit mit moderaten Kongreßrepublikanern verzichten zu können, reduzierte sich die von Clinton selbst angestoßene breite Diskussion über eine ökonomische Zukunftsvision auf einen monatelangen Streit um haushaltspolitische Einzelfragen.

2. Die öffentliche Präsidentschaft: Regieren im Wahlkampfstil

Clintons Führungsstil war von Anbeginn offen, transparent, öffentlichkeitsorientiert sowie in hohem Maße politisiert⁹. Das Regieren verstanden der Präsident und sein ungewöhnlich junges, hochmotiviertes, aber im Washingtoner Geschäft unerfahrenes Mitarbeiter- und Beraterteam als permanenten Wahlkampf. Ein Blick auf die Reisetätigkeit des Präsidenten während des ersten Amtsjahres veranschaulicht diesen Befund. Früh überreizte er das Potential des „going public“ durch eine unermüdliche Reisetätigkeit sowie durch die permanente Präsenz in alten und neuen Medien. Bereits nach einem Jahr entpuppte sich Bill Clinton als reisefreudigster Präsident aller Zeiten¹⁰. Deutlich wird der Sinn der Clintonschen Öffentlichkeitsstra-

tegie bei der Betrachtung der Zielorte und der Zwecke seiner Auftritte. Die Häufigkeit seiner Reisen in die Regionen des amerikanischen Nordostens und der Großen Seen sowie nach Kalifornien korrespondiert mit der jeweiligen politischen Bedeutung der besuchten Region für die Wiederwahl des Präsidenten. Während seine republikanischen Vorgänger primär zum Zwecke des Spendensammelns oder des Besuchs parteipolitischer Veranstaltungen sowie zur Wahrnehmung außenpolitischer Termine reisten, nutzte Clinton die Mehrzahl seiner Auftritte zur Vermarktung und Diskussion seiner politischen Sachprioritäten Gesundheitsreform und Haushaltspolitik.

3. Das politisch-institutionelle Umfeld

Die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen änderten sich für Bill Clinton zur Mitte seiner Amtszeit dramatisch. Der Erdrutschsieg der Republikanischen Partei bei den *mid-term elections* (zur Halbzeit des Präsidentenzyklus) vom 8. November 1994 stellte die über 40 Jahre gewohnten Mehrheitsverhältnisse in der Legislative der Vereinigten Staaten auf den Kopf und den Zustand der „geteilten Regierung“ (*divided government*¹¹) unter umgekehrten Vorzeichen wieder her¹². Unmittelbar nach seiner Wahl fand der aktivistisch gestimmte Präsident zunächst günstige institutionelle Ausgangsbedingungen vor: Die Demokraten verfügten im 103. Kongreß (1992–1994) über eine komfortable Mehrheit in beiden Häusern und schienen nach zwölf Jahren Republikanerherrschaft im Weißen Haus reformhungrig. Trotz der zwischen 1992 und 1994 anhaltenden Konstellation des „unified government“ standen der konsequenten Umsetzung einer zentristischen Agenda eine Reihe von Hindernissen im Wege: Neben den üblichen Schwierigkeiten, denen sich Versuche präsidentieller Führung in den USA generell gegenübersehen (unabhängig legitimierte Legislative, schwache Parteien, konflikt- und enthüllungsfreudige Presse¹³), kommen im Falle eines in die politi-

4. eine Verbesserung der Ausbildungssituation und 5. eine effektivere Verbrechensbekämpfung.

8 Vgl. Paul J. Quirk/Joseph Hinchcliffe, *Domestic Policy: The Trials of a New Democrat*, in: Colin Campbell/Bert Rockman (Hrsg.), *The Clinton Presidency. First Appraisals*, Chatham, NJ 1996, S. 262–290.

9 Vgl. Anonymous (Joe Klein), *Primary Colors*, New York 1996, dt.: *Mit aller Macht*, München 1996; Bob Woodward, *The Agenda. Inside the Clinton White House*, New York 1994; Elizabeth Drew, *On the Edge. The Clinton Presidency*, New York 1994.

10 Vgl. Charles O. Jones, *Campaigning to Govern: The Clinton Style*, in: C. Campbell/B. Rockman (Anm. 8), S. 30–33.

11 Darunter versteht man die unterschiedliche parteipolitische Kontrolle von Exekutive und Legislative.

12 Nach dem 8. November 1994 lauten die neuen Mehrheitsverhältnisse wie folgt: Im US-Repräsentantenhaus verfügen die Republikaner über 230 Sitze, die Demokraten über 204, 1 Unabhängiger (1992–1994: 178 : 256 : 1). Im Senat sitzen 54 Republikaner 46 Demokraten gegenüber (1992–1994: 44 : 56). Gouverneure: 31 Republikaner zu 18 Demokraten zu einem Unabhängigen (1992–1994: 19 : 29 : 2). Zum Wahlausgang vgl. Everett Carl Ladd, *The 1994 Congressional Elections: The Postindustrial Realignment Continues*, in: *Political Science Quarterly*, 110 (1995) 1, S. 1–23.

13 Vgl. zur Problematik der Gewaltenblockade Winand Gellner, *Die Blockade der politischen Gewalten in den USA*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 8–9/96, S. 3–10.

sche Mitte zielenden Regierungsprogramms folgende Hürden hinzu:

1. Die gesetzgeberische Umsetzung eines Programms der Mitte setzt Abstimmungscoalitionen aus gemäßigten Republikanern und liberal-konservativen Demokraten voraus. Jüngste Veränderungen im Parteiensystem der USA haben den Kongreß jedoch ideologisch weiter polarisiert als in früheren Jahrzehnten. Einer die politische Mitte ansteuernden Gesetzgebung fehlt im heutigen Repräsentantenhaus der gemeinsame Rückhalt gemäßigter Nordstaatenrepublikaner und konservativer Südstaatendemokraten. Seit einigen Jahren sendet der Süden mehrheitlich konservative Republikaner nach Washington und der Norden überwiegend linksliberale Demokraten. Dieser Trend hatte sich bei den Demokraten 1992 zugespitzt. Zum selben Zeitpunkt, als der vorgeblich „zentristische“ Demokrat Clinton ins Weiße Haus einzog, gewannen ausgewiesene linksliberale Parteifreunde – insbesondere mehrere Senatskandidatinnen aus Kalifornien und Illinois – neue Parlamentssitze und entfernten die Kongreßfraktion damit weiter von der Mitte¹⁴. Clinton verzichtete angesichts dieser Machtverhältnisse auf eine Machtprobe mit dem traditionalistischen Flügel der Kongreß-Demokraten und näherte sich während des ersten Amtsjahres dem ideologischen Mainstream der Parteibasis an, indem er z. B. die angekündigte Sozialhilfereform zugunsten der Gesundheitsreform hintanstellte.

2. Mit 43 Prozent der abgegebenen Stimmen besaß Bill Clinton ein vergleichsweise schwaches politisches Mandat.

3. Inhaltlich erfordert ein Regierungsprogramm der Mitte Reformschritte, deren Auswirkung von weiten Teilen der Wählerschaft als ungewiß, wenn nicht sogar bedrohlich eingeschätzt wird. In dem zunehmend medienvermittelten plebiszitären politischen Klima der USA gestaltet sich die Werbung für komplexe, in ihren Wirkungen schwer überschaubare Politikvorhaben schwieriger als die Mobilisierung der Negativkräfte.

IV. Sachpolitische Initiativen, Entscheidungen und Kontroversen

Die Rolle des amerikanischen Präsidenten im Gesetzgebungsprozeß ist beschränkt. Weder ver-

abschiedet der Präsident Gesetze selbst, noch beeinflußt er den Kalender des legislativen Alltagsgeschäfts im Kongreß. Eine Vielzahl amerikanischer Bundesgesetze besitzen eine begrenzte Geltungsdauer und müssen vom Kongreß in regelmäßigen Abständen überprüft und überarbeitet werden (*reauthorization*). Da ferner die Ausgabenhöhe der sog. *discretionary programs* der jährlichen Bewilligung (*appropriation*) durch den Kongreß unterliegt, existiert auf dem Kapitolshügel eine umfangreiche legislative Tagesordnung unabhängig von den politischen Vorhaben des Präsidenten. Die Hauptfunktionen des Präsidenten bestehen somit in der Prioritätensetzung sowie in der Kontrolle kongressionaler Initiativen durch die Inkraftsetzung von Gesetzen oder deren Blockade mittels des präsidentiellen Vetos. Untersucht man wichtige innenpolitische Entwicklungen in den USA seit 1992 aus der Perspektive der Gesetzgebung, sind vier Bereiche hervorzuheben.

1. Abarbeitung legislativen Rückstaus

Bill Clinton, erster Demokrat im Weißen Haus seit 1981, unterstützte eine Reihe verabschiedungsreifer kleinerer sozial- und rechtspolitischer Vorhaben der Kongreß-Demokraten, die sein Vorgänger George Bush mit dem Veto belegt hatte. Die Aufhebung von Abtreibungsrestriktionen, die Unterzeichnung des *Family Leave Act*, der Arbeitnehmern das Recht auf unbezahlten Urlaub im Falle der Krankheit von Familienangehörigen einräumt, eines Gesetzes zur Erleichterung der Wählerregistrierung (*Motor Voter Bill*) und des nach Ronald Reagans attentatsgeschädigtem Pressesprecher benannten „Brady-Gesetzes“ zur Einschränkung des Erwerbs automatischer Schußwaffen sicherten dem neuen Präsidenten nicht nur frühe legislative Erfolge, sondern auch die Wertschätzung gewerkschaftsnaher und linksliberaler Traditionsdemokraten.

2. Großthemen, die von den Ereignisabläufen vorgegeben werden, und Initiativen Präsident Clintons

Zu dieser Kategorie gehörten die Ratifizierung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) 1993 sowie des GATT-Handelsabkommens 1994 – jeweils mit einer Mehrheit der Republikanischen Partei gegen das Mehrheitsvotum der Demokraten.

Zu den erfolgreich verwirklichten Kernvorhaben Präsident Clintons zählten sein am 17. Februar 1993 der Öffentlichkeit vorgestelltes Wirtschaftsprogramm mit dem Schwerpunkt Defizitreduzie-

¹⁴ Vgl. Michael X. Delli Carpini/Ester R. Fuchs, *The Year of the Woman? Candidates, Voters and the 1992 Elections*, in: *Political Science Quarterly*, 108 (1993) 1, S. 29–36.

rung, die Einsetzung einer von Vize-Präsident Al Gore geleiteten Kommission zur Effizienzsteigerung der Bundesbehörden (*reinventing government*), das Verbrechenbekämpfungsgesetz von 1994, die Schaffung des *AmeriCorps* durch das nationale Zivildienstgesetz von 1993 sowie eine Reihe bildungspolitischer Maßnahmen wie z. B. die Teilreform der Studiendarlehen. Das nach langem Tauziehen von einer überparteilichen „Zentrumskoalition“ gegen den starken Widerstand konservativer wie linksliberaler Kräfte in der Schlußphase des 103. Kongresses verabschiedete Gesetzespaket zur Verbrechenbekämpfung sieht verschärfte Strafen (u. a. die Ausweitung der Todesstrafe und die automatische Verhängung einer lebenslangen Freiheitsstrafe für dreimal rückfällige Straftäter, die sog. „*three strikes and you're out*“-Regel), eine Ausweitung vorbeugender Maßnahmen (Ausbildungs- und Sportprogramme wie „*midnight basketball*“ in Kommunen und Stadtbezirken mit hoher Kriminalitätsrate), den Bau weiterer Gefängnisse, die Anstellung von 100 000 neuen Polizeibeamten sowie das Verbot von Angriffswaffen (19 automatische Waffentypen) vor und hat einen Umfang von 30,2 Milliarden US-Dollar¹⁵. Laut Umfragen gingen die Kriminalstatistik und die Bedrohungswahrnehmung der amerikanischen Bevölkerung seit Inkrafttreten des Verbrechengesetzes leicht zurück¹⁶.

Die Einführung eines freiwilligen Sozial- und Gemeinschaftsdienstes (*National Service*) gehörte 1993 zu den Kernstücken der New Democrat-Programmatik Clintons, da der Dienst begrenzte Staatstätigkeit mit den Prinzipien Bürgerrechte und Bürgerverantwortung modellhaft verknüpft. Als Gegenleistung zu freiwilliger Gemeinde- und Sozialarbeit erhalten die Zivildienstleistenden die Teilfinanzierung eines anschließenden oder bereits absolvierten Hochschulstudiums¹⁷. Das Programm passierte den Kongreß nur in erheblich gekürztem Umfang. Unerledigt blieben dagegen die versprochene Reform der Wahlkampffinanzierung und der Lobbytätigkeiten in Washington sowie die Aufwertung der Umweltbehörde (*Environmental Protection Agency*) zu einem Bundesministerium. Aus den gescheiterten Vorhaben mit besonderer Priorität ragt die Gesundheitsreform hervor. Gebrochen hat der Präsident sein Versprechen

einer auf die mittleren Einkommen zugeschnittenen Steuersenkung. Weitere Kernvorhaben Clintons wie die Reform der Sozialfürsorge und die Neuregelung des Telekommunikationswesens konnten vor dem Ende des von Demokraten kontrollierten 103. Kongresses nicht mehr bearbeitet werden, wurden aber von der neuen republikanischen Kongreßmehrheit aufgenommen und in veränderter Handschrift 1996 verabschiedet¹⁸.

3. Initiativen des 104. Kongresses: der *Contract with America*

Seit Januar 1995 muß Präsident Clinton seine politische Führungsfähigkeit unter veränderten Mehrheitsverhältnissen unter Beweis stellen. Dies gestaltete sich zunächst schwierig, da nie zuvor eine Kongreßmehrheit sich gesetzgeberisch aktiver und entschlossener zeigte, den Präsidentenwillen zu ignorieren, als der von Republikanern kontrollierte 104. Kongreß. Die parlamentarische Polarisierung, ausgehend von den 73 republikanischen Kongreßneulingen (*freshmen*) im Repräsentantenhaus, zwang moderate Republikaner und konservative Demokraten zur früher häufig durchbrochenen Fraktionsdisziplin. Während der ersten hundert Tage der neuen Legislaturperiode führte der neue Präsident (*Speaker*) des Repräsentantenhaus, Newt Gingrich, die untere Kammer des Kongresses im Präsidialstil. Im „Vertrag mit Amerika“, einem Zehn-Punkte-Programm, das u. a. vorsah, den Budgetausgleich in der Verfassung zu verankern und eine Reihe von Kongreßreformen in Angriff zu nehmen, sowie Gesetze zur drastischen Reduzierung staatlicher Ausgaben und Steuersenkungen ankündigt¹⁹, verfügte Gingrich über ein Regierungsprogramm und eine Regierungserklärung: Im Stil eines Präsidenten setzt er sich eine Hundert-Tage-Frist und wurde nicht müde, die Einbettung eines jeden einzelnen Programmpunktes in ein ideologisches Langzeitkonzept, die Umgestaltung Amerikas von einer Wohlfahrts- in eine Chancengesellschaft, öffentlich zu erläutern²⁰.

18 Zu Inhalten und Kontroversen der Sozialhilfereform vgl. A. Murswieck und M. Thunert (Anm. 1); zum Telekommunikationsgesetz vgl. Hans-J. Kleinsteuber, Konzentrationsprozesse im Mediensystem der USA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 8-9/96, S. 22-31.

19 Die ausführlichste Version des *Contract with America* in Buchform ist Ed Gillespie/Bob Schellhas (Hrsg.), *Contract With America. The Bold Plan by Rep. Newt Gingrich, Rep. Dick Armey and the House Republicans to Change the Nation*, New York 1994.

20 Vgl. Newt Gingrich, *To Renew America*, New York 1995; Alvin und Heide Toffler, *Creating a New Civilization. The Politics of the Third Wave*, Atlanta 1995. Zum Hinter-

15 Vgl. Congress Report, (1994) 8/9; Congressional Quarterly Weekly Report (CQWR), (1994), S. 2488.

16 Vgl. Time/CNN-Umfrage vom 23./24. August 1995.

17 Vgl. Steven Waldman, *The Bill. How the Adventures of Clinton's National Service Bill Reveal What Is Corrupt, Comic, Cynical - and Noble - About Washington*, New York 1995.

Die Hundert-Tage-Frist beendete Gingrich mit einer Fernsehansprache an die Nation in der Form eines Rechenschaftsberichts. Zwar hatten die „Vertrags-Republikaner“ ihr Versprechen, die Einzelpunkte des *Contract* im Repräsentantenhaus zur Abstimmung zu bringen, fristgerecht eingelöst, doch besaßen wenige Themen die realistische Chance, auf Gesetzgebungsreife heranzuwachsen. Als einziger Programmpunkt war der Vorschlag, die Amtszeiten der Kongreßmitglieder auf zwölf Jahre zu begrenzen (*term limits*), bereits im Repräsentantenhaus gescheitert. Erfolgreicher waren dagegen Initiativen zur Reform des politischen Prozesses: Das Repräsentantenhaus leitete seit langem überfällige Maßnahmen ein, die Transparenz seiner Arbeitsweise zu erhöhen, der Bund nahm unfinanzierte Auflagen an die Einzelstaaten (*unfunded mandates*) zurück und der Präsident erhielt durch das *line item veto*²¹ die verfassungsrechtliche Möglichkeit, gegen einzelne Posten aus Haushaltsbewilligungsgesetzen Einspruch einzulegen. Eine fehlende Stimme im Senat brachte das Kernstück des Vertrags, den Verfassungszusatz zur Vorlage ausgeglichener Bundeshaushalte (*balanced budget amendment*), der einer Zweidrittelmehrheit bedurft hätte, zu Fall. Weitere aus dem „Vertrag mit Amerika“ entnommene Initiativen der Republikaner, die allesamt drastische Einsparungen im Sozialbereich sowie bei der Krankenversicherung für Senioren vorsahen – bei gleichzeitiger Steuererleichterung für mittlere und obere Einkommen –, belegte Präsident Clinton ebenso mit dem Veto wie die Versuche zur Rücknahme der Schußwaffenkontrollgesetze.

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause 1996, dem faktischen Ende der 104. Legislaturperiode, erreichte die gesetzgeberische Arbeit auf dem Kapitolshügel ihren Höhepunkt. Mit breiten überparteilichen Mehrheiten erhöhten die Abgeordneten den gesetzlichen Minimalstundenlohn von 4.25 auf 5.15 US-Dollar, verschärfen ein Trinkwasserreinheitsgesetz und verabschiedeten eine Teilreform des Krankenversicherungswesens. Das parteiübergreifend von Senatorin Nancy Kassebaum (R) und Senator Ted Kennedy (D) konzipierte Gesetz garantiert den Erhalt der (privaten) Krankenversicherung bei Arbeitsplatzwechsel oder -verlust auch im Falle eines bestehenden schweren Krankheitsbilds. Wenngleich die Reich-

grund: Daniel Bell, *The Cultural Contradictions of Newt Gingrich*, in: *New Perspectives Quarterly*, 12 (1995) 2, S. 7–9.
 21 Am 27. März 1996 verabschiedete der Senat das Gesetz mit 69 gegen 31 Stimmen, einen Tag später folgte die Zustimmung des Repräsentantenhauses. Präsident Clinton unterzeichnete die politische Neuerung am 9. April 1996.

weite des Gesetzes weit unterhalb des Anspruchs auf allgemeinen Versicherungsschutz bleibt und die Situation der 43 Millionen nichtversicherten Amerikaner unberührt läßt, weist es einen realistischen Weg zur Reform des Gesundheits- und Krankenversicherungswesens der USA; diese kann angesichts der Komplexität der Materie und der politischen Macht- und Mehrheitsverhältnisse nur schrittweise erfolgen²².

Kontroverser gestaltete sich die Reform der Sozialfürsorge (*welfare reform*). Clinton wie Gingrich standen bei ihren Wählern mit Reformversprechen im Wort, beide konnten ihre eigenen Vorhaben jedoch nicht ohne Abstriche verwirklichen²³. Im Kern folgt das am 22. August 1996 von Clinton in feierlicher Zeremonie unterzeichnete Gesetz dem republikanischen Vorschlag, die meisten der gesetzlich geregelten Geldleistungsprogramme des Bundes als Pauschalzuweisungen (*block grants*) an die Einzelstaaten zu überweisen und die Bundesverantwortung für die Sozialhilfegestaltung auf ein Minimum zu reduzieren. Kein Sozialhilfeempfänger darf aus Bundesmitteln länger als fünf Lebensjahre unterstützt werden, nach zwei Empfängerjahren müssen gesunde Sozialhilfebezieher – je nach der Zahl zu betreuender Kinder – mindestens 20 Wochenstunden arbeiten. Als Zugeständnis an die Demokraten schreibt das Gesetz den Einzelstaaten nicht zwingend vor, minderjährige Eltern oder Kinder von Sozialhilfeempfängern vom Bezug der Hilfsleistungen auszuschließen. Darüber hinaus bleiben ehemalige Sozialhilfeempfänger, die ein geringes Einkommen über dem Sozialhilfesatz beziehen, für ein weiteres Jahr staatlich krankenversichert (*Medicaid*). Ferner erschwert die Reform legalen Einwanderern den Zugang zu staatlichen Leistungen bis zum Zeitpunkt der Einbürgerung²⁴.

Gegner in den eigenen Reihen werfen Clinton vor, im Interesse seiner Wiederwahl die Anliegen der ärmsten und schwächsten Amerikaner, insbesondere der Kinder, zu verraten. Mit der Rückgabe des vom Bund gestalteten und seit 1935 verwalteten Sozialhilfeprogramms AFDC (*Aid to Families with Dependent Children*) in den Verantwortungs-

22 Die Einzelheiten sowie die komplizierte legislative Entstehungsgeschichte des Gesetzes dokumentiert CQWR vom 3. August 1996, S. 2197–2200.

23 Einen umfassenden Überblick über Problemstand, Inhalt und Politikprozeß der jüngsten Welfare-Reform bietet A. Murswieck (Anm. 1), S. 11–21.

24 Details des neuen Sozialhilfegesetzes bzw. der Wortlaut der Pressekonferenz des Präsidenten zum Thema finden sich in: CQWR vom 3. August 1996, S. 2190–2196 und 2216–2217.

bereich der Einzelstaaten entschlossen sich die Reformer für eine sozialpolitische Richtungsänderung ohne Beispiel in Kontinentaleuropa, die auch in der amerikanischen Tradition einen Bruch mit dem Glaubenssatz des *New Deal* bedeutet, nachdem „Washington“ in letzter Instanz für die Benachteiligten und Schwachen eintreten werde. Fest steht ebenfalls, daß eine Dreiviertelmehrheit des Kongresses mit Clintons Zustimmung ein unzureichendes, fehlerhaftes und unpopuläres Sozialhilfesystem gegen ein neues, dezentral administriertes und abgespecktes System einzelstaatlicher Daseinsfürsorge austauscht, dessen Auswirkungen auf die Betroffenen und die Gesellschaft als Ganzes auch von Experten nur schwer vorhersehbar sind.

V. Weitere innenpolitische Streitfragen

1. Das Bildungswesen

Der bildungspolitische Parteienstreit kreist seit einem Jahrzehnt im wesentlichen um zwei Fragen: um die Rolle des Bundes in der Bildungspolitik und um die geeigneten Instrumente zur Verbesserung des maroden öffentlichen Sekundarschulwesens. Die Demokraten wollen an der begrenzten bildungspolitischen Rolle der Bundesregierung festhalten. Zwar beläuft sich das Bildungsbudget Washingtons nur auf zirka sechs Prozent der gesamten Bildungsausgaben der USA, doch erfüllt die Politik des erst 1977 eingerichteten Fachressorts nach Lesart der Demokraten die wichtige Funktion der nationalen Standardsetzung in Bildungsfragen. Das 1993 von Clinton konzipierte und vom Kongreß verabschiedete Bildungsgesetz „Goals 2000“ entspricht dieser Zielsetzung geradezu beispielhaft, indem es – ausgestattet mit einem Finanzvolumen von 400 Millionen US-Dollar – dem Schulwesen der Einzelstaaten und Kommunen finanzielle Anreize bietet, national einheitliche Bildungsstandards in den Kernfächern zu erfüllen und den Kreis der Anspruchsberechtigten des erfolgreichen Programms *Head Start* für unterprivilegierte Vorschüler und Kindergartenkinder erweitert. Dagegen setzte sich in der Republikanischen Partei die Auffassung durch, Bildung und Erziehung seien ausschließliche Angelegenheit der Bundesstaaten und der Kommunen. Konsequenterweise plädiert ein Großteil der republikanischen Bildungspolitiker für die Auflösung des

Bundesbildungsministeriums und für den weitgehenden Rückzug des Bundes aus der Bildungsgesetzgebung. Die vom Bund für Erziehungsfragen ausgegebenen Steuermittel möchten die Republikaner in Form von Bildungsgutscheinen (Vouchern) an die Eltern zurückgeben. Diesen wiederum steht es frei, die individualisierten Steuervoucher an jeder privaten oder öffentlichen Schule ihrer Wahl einzulösen. Dagegen sprechen sich die Demokraten strikt gegen die unter dem Voucher-Modell eintretende Finanzierung privater oder kirchlicher Schulen mit öffentlichen Steuergeldern aus und akzeptieren allenfalls eine steuerfinanzierte Wahlfreiheit der Eltern zwischen Anbietern des öffentlichen Schulwesens²⁵.

2. Mend it, don't end it – Die Kontroverse um affirmative Minderheitenpolitik

Die jüngste Debatte um Zielsetzung, Legitimation und Leistungsfähigkeit der affirmative action-Programme hatte mehrere Auslöser: Seit Jahren mahnt der Supreme Court eine restriktive Praxis der Minderheitenförderung an. Jüngst lehnte das Gericht die Neueinteilung von Wahlkreisen nach Kriterien der Hautfarbe als verfassungswidrig ab. Weitere Einzelurteile zwangen Bundesbehörden, ihre minderheitenfördernden Auflagen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu lockern²⁶. Die Konzile der Staatsuniversitäten von Kalifornien und Georgia beschlossen, bei der Zulassung der Studenten wie bei der Anstellung des wissenschaftlichen Personals alle Förderprogramme bis auf weiteres auszusetzen. Am Tag der Präsidentschaftswahlen 1996 werden die mehr als 20 Millionen wahlberechtigten Kalifornier über die sog. „Bürgerrechtsinitiative“ abstimmen, die – abgefaßt in der Rhetorik moderner Anti-Diskriminierungsrichtlinien – den staatlichen Stellen sämtliche Förderprogramme untersagen will²⁷. Ein Blick auf die Erstsemesterzulassungen am Los Angeles Campus der Universität von Kalifornien illustriert die unterschiedlichen Auswirkungen einer nach Förderungsgesichtspunkten gewichteten Zulassung im Vergleich zu einer an rein akademischen

25 Vgl. John F. Witte/Mark E. Rigdon, Education Choice Reforms: Will They Change American Schools? in: Publius. The Journal of Federalism, 23 (1993), S. 95–114.

26 Unter *affirmative action* versteht man ein seit den frühen siebziger Jahren entwickeltes Maßnahmenbündel zumeist administrativer Verordnungen, die das Ziel verfolgen, Diskriminierung nicht nur zu beseitigen, sondern einige in der Vergangenheit diskriminierte Gruppierungen – insbesondere Afro-Amerikaner und Frauen – bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, beim Zugang zu Universitäten und zum öffentlichen Dienst durch Sonderbehandlung zu fördern.

27 Vgl. Andrew Hacker, Goodbye to Affirmative Action, in: New York Review of Books vom 11. Juli 1996, S. 21.

Tabelle: Erstsemesterzulassungen an der University of California von Los Angeles im Jahr 1994

	Anteil aller 1994 zugelassenen Studenten	Anteil der nach rein akademischen Kriterien zuzulassenden Studenten
Asiaten	42,2 %	51,1 %
Weißer	30,7 %	42,7 %
Hispanics	20,0 %	5,0 %
Schwarze	7,1 %	1,2 %

Quelle: Chronicle of Higher Education, zit. in: A. Hacker (Anm. 27), S. 21.

Kriterien ausgerichteten Zulassungspraxis (vgl. Tabelle).

Obgleich nicht Bestandteil des „Vertrags mit Amerika“, thematisierte die republikanische Kongreßführung das Thema in der Bundespolitik mit dem Ziel, sämtliche existierenden Maßnahmen zur Minderheitenförderung abzuschaffen, da sie gegen das Prinzip der Chancengleichheit verstießen. Präsident Clinton, der die weitestgehenden Initiativen der Republikaner durch seine Vetodrohung blockierte, ordnete 1994 eine Überprüfung aller existierenden Förderungsmaßnahmen auf Bundesebene an. Der Bericht an den Präsidenten gelangte 1995 zu dem Schluß, große Teile der Förderungspraxis seien zwar reparaturbedürftig, aber weiterhin notwendig zur Herstellung „echter Chancengleichheit“.

VI. Clinton und der Kongreß

Die Durchsetzungsfähigkeit eines Präsidenten spiegelt sich nicht zuletzt in dessen Umgang mit dem Kongreß wider. Bill Clintons statistisch ermittelte Erfolgsrate im Umgang mit dem Kongreß sank von Rekordwerten während der beiden ersten Amtsjahre auf den niedrigsten Stand seit Beginn der statistischen Erfassung dieser Meßgröße durch die Zeitschrift *Congressional Quarterly* im Jahr 1953. Nur in 36,2 Prozent aller Abstimmungen im Kongreß vermochte sich 1995 der Standpunkt des Präsidenten durchzusetzen. In den Jahren 1993 und 1994 lag dieser rein quantitative Leistungsindikator bei beachtlichen 86,4 Prozent. Die niedrige Erfolgsquote Clintons nach 1994 spiegelt nicht nur die veränderten Machtverhältnisse in beiden Häusern der gesetzgebenden Gewalt wider, sondern unterstreicht die unvergleichliche Dynamik und Geschlossenheit der neuen Republikaner-Mehrheit. Dem von Newt Gingrich und Bob Dole geführten 104. Kongreß gelang es, das innenpolitische Geschehen in weit- aus höherem Maße an sich zu reißen, als es die von Demokraten kontrollierten Kongresse gegenüber

den Republikanern Reagan und Bush während der achtziger Jahre vermochte hatten²⁸.

In realistischer Einschätzung der Geschlossenheit der neuen republikanischen „Opposition“ veränderte das Weiße Haus seine politische Strategie: der gesetzgeberische Offensiv-Präsident zog sich in die legislative Defensive zurück. Clinton kam den Republikanern dort rhetorisch weit entgegen, wo diese populäre Positionen vertraten (wie in der Frage des Haushaltsausgleichs, der Minderheitenpolitik, der Kriminalitätsbekämpfung oder der Sozialhilfereform), und setzte das Drohpotential des präsidentiellen Vetos dort mit Geschick ein, wo sich die Gesetzesinitiativen der Gingrich-Truppen in der Öffentlichkeit als „extremistisch“ und sozial einseitig darstellen ließen (wie z. B. bei Kürzungen in der Krankenversorgung für Senioren)²⁹. Kann ein Präsident dadurch an Statur und öffentlichem Ansehen gewinnen, daß er die siegreichen Volksvertreter der Gegenpartei am gesetzgeberischen Handeln hindert? Bisher waren die Experten der amerikanischen Politik geneigt, diese Frage zu verneinen – nicht zuletzt durch den Verweis auf den glücklosen innenpolitischen Bremser George Bush. Als Politikverhinderer, so die herrschende Meinung, könne kein Präsident dauerhaft an Profil gewinnen.

Clinton scheint diese Regel zu durchbrechen, denn nach 18 Monaten Kongreßherrschaft der „Opposition“ gelang ihm die Wiederherstellung seines Rufes als zukunftsorientierter Reformpräsident. Um sich erneut als Präsident gemäßigten Wandels zu profilieren, publizierte Clinton pünktlich zum Wahlparteitag der Demokraten seine Rezeptur für ein vitales Amerika zu Beginn des 21. Jahr-

28 Selbst Ex-Präsident George Bush, dem ein glücklicher Umgang mit einem von Demokraten beherrschten Kongreß nicht nachgesagt werden konnte, brachte es in seinem schlechtesten Jahr auf immerhin 43,0 Prozent gewonnener Abstimmungen. Es liegen die Angaben des CQWR vom 27. Januar 1996, S. 193–198 zugrunde.

29 Vgl. Elizabeth Drew, *Showdown: The Struggle between the Gingrich Congress and the Clinton White House*, New York 1996 bietet einen ersten journalistischen Einblick in die Machtprobe zwischen 104. Kongreß und Weißem Haus unter Clinton.

hunderts³⁰. Unter den Leitmotiven „Chancen“ (opportunity), „Verantwortung“ (responsibility) und „Gemeinschaft“ (community) präsentiert sich der Demokrat Clinton als überparteilicher Staatsmann und Common-Sense-Politiker, der nicht davor zurückschreckt, bei Bedarf im populären Politikrepertoire des politischen Gegners zu wildern: Er befürwortet Ausgangssperren für Jugendliche in Großstädten nach 21 Uhr und die Ausstattung nachbarschaftlicher Sicherheitsdienste mit modernster Kommunikationstechnik. Clinton gibt sich als überzeugter Anhänger des sog. „V-Chips“, durch dessen Einsatz Eltern jugendgefährdende Fernsehsendungen verschlüsseln.

Näher an der Gedankenwelt der eigenen Partei steht eine Reihe von Bildungsmaßnahmen, mittels derer sich die Chancen aller Amerikaner, erfolgreich in einer globalisierten Weltwirtschaft bestehen zu können, verbessern sollen. Im Vordergrund steht die Erleichterung des Hochschulzuges für Einkommensschwache durch eine gezielte Ausbildungssteuerabschreibung mit dem Ziel, allen Amerikanern eine mindestens zweijährige Collegeausbildung zu ermöglichen. Flankierend möchte die Administration den flächendeckenden Anschluß aller amerikanischen Bildungseinrichtungen an die Informationsautobahn fortführen. Im Anschluß an die umstrittene Reform der Sozialfürsorge möchte Clinton sicherstellen, daß der konzeptionelle Kern des Gesetzes, Sozialhilfeempfängern den Übergang in die Arbeitswelt zu ermöglichen, nicht hinter dem Ziel finanzieller Einsparungen verlorengelht. Schließlich findet Clintons Vorhaben, Eltern zum Zwecke von Arztbesuchen oder Pflege von Familienangehörigen befristet von der Arbeit freizustellen – bei entsprechender Lohn einbuße –, parteiübergreifende Zustimmung. Abwesend auf der politischen Vorschlagsliste der neuen Bescheidenheit Clintons ist die politische Großidee, wie sie 1992 in Gestalt der Gesundheitsreform oder des Wirtschaftsprogramms die Wahlkampagne bestimmte. Der Haushaltskonsolidierer aus dem Weißen Haus paßte seinen Maßnahmenkatalog geschickt an das Zeitalter der knappen Ressourcen an. Zugespitzt findet sich die „Republikanisierung“ Clintons in seiner Ansprache zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses vom 23. Januar 1996: Der Demokrat Clinton verkündete das Ende der Ära gouvernementaler Politiklösungen, ohne das Zurück in den Nachtwächterstaat anzutreten: „The era of big government is over. But we cannot

go back to the time when our citizens were left to fend for themselves.“³¹

Wie erklärt sich andererseits die mäßige Bilanz des als „konservative Revolution“ überhöhten Wahltriumphs der Republikanischen Kongreßpartei? Drei Gründe spielen hier zusammen. Erstens wurde die Kongreßführung um Gingrich und die Gruppe der konservativ radikalisierten 70 Kongreßneulinge zu Opfern ihres eigenen Unvermögens, ihrer schweren Strategiefehler während des Haushaltsstreits im Winter 1995/96 sowie ihres eigenen unterkomplexen Verständnisses des politischen Prozesses in den USA. Gingrich, der den Staat auf Bundesebene in die Rolle eines Linienrichters im freien Spiel von Wirtschaft und Gesellschaft zurückstufen wollte, glaubte paradoxerweise an die Möglichkeit rascher und nachhaltiger Gesellschaftsveränderung mit den Mitteln staatlicher Politik. Nur wenige *freshmen* vermochten es, die selbstgesetzten hohen ethischen Erwartungen in die Amtsführung eines Kongreßabgeordneten der Mehrheitsfraktion zu erfüllen. Ein Jahr nach der historischen Machtübernahme beherrschten die konservativen Kongreßneulinge die Washingtoner Praxis, den Amtsinhaber- und Mehrheitsstatus zum gemeinsamen Wohle der Lobbyisten und der eigenen Wiederwahl zu nutzen, nicht nur ebensogut wie ihre abgewählten demokratischen Vorgänger, sie entwickelten das System sogar zur Perfektion³².

Zweitens fehlt der Republikanischen Partei eine alle Partei- und Wählerschattierungen integrierende politische Botschaft. Niemand ist heute in der Lage, die Essenz des modernen Republikanismus auf einen Nenner zu bringen. Bei der Republikanischen Partei der neunziger Jahre handelt es sich um eine verworrene Koalition aus Marktliberalen, fundamentalchristlichen Moralisten, Steuerrebelln, Fiskalkonservativen, technokratischen Fortschrittsutopisten sowie kulturpessimistischen Reaktionären und Anti-Modernisten³³. Keine kohärente Weltsicht vereinigt heute die Republikanische Partei. Der von den Sozialkonservativen und *Christian Coalition* initiierte innerparteiliche Dauerstreit über gesellschaftspolitische Reizthemen wie die Abtreibung, das Schulgebet oder Zensurmaßnahmen wirkt spaltend und entfremdet nicht nur tolerante Fiskalkonservative, der virtuelle Cyberspace-Konservatismus Gingrichs und seiner

31 State of the Union-Address vom 24. Januar 1996. Quelle: Fernsehübertragung des Senders CNN.

32 Vgl. Haynes Johnson/David S. Broder, *The System: The American Way of Politics at the Breaking Point*, Boston 1996.

33 Vgl. Alan Greenblatt, *The Struggle for the Soul of a Changing GOP*, in: CQWR vom 6. April 1996, S. 941–948.

30 Vgl. President Bill Clinton, *Between Hope and History. Meeting America's Challenges for the 21st Century*, New York 1996.

Vordenker überfordert das biedere Fußvolk des Bibelgürtels, das forsche Auftreten der Defizitfallen verschreckt die Senioren Floridas. Bei den erfolgreichen Zwischenwahlen von 1994 diente das Feindbild eines unfinanzierbaren, moralisch fragwürdigen Wohlfahrtsstaates als einigendes Moment. Längerfristige Popularität genoß die Revolte gegen den Staat in der Vergangenheit jedoch nur dann, wenn sie sich wie unter Präsident Reagan im Gewand einer populistischen Steuerrebellion präsentierte. Stellt sie jedoch, wie im Vertrag mit Amerika geschehen, den Haushaltsausgleich durch Ausgabenkürzungen bei vielgenutzten Sozialprogrammen in den Vordergrund, verliert die Anti-Staats-Revolte rasch an Unterstützung.

Schließlich und drittens besitzen die ambivalenten Erfolgskonten des Präsidenten und der republikanischen Kongreßmehrheit eine Gemeinsamkeit: Sie sind sowohl Opfer als auch Begünstigte der veränderten Rahmenbedingungen moderner amerikanischer Politik: Im Zeitalter des televisionären „*advocacy advertising*“³⁴ (Tendenzwerbung), angesichts des abnehmenden Vertrauens breiter Bürgerschichten in staatliche Institutionen und staatlich administrierte politische Lösungen ist es um ein Vielfaches leichter, hochkomplexe Reforminitiativen wie die Reform des Gesundheitswesens (Demokraten) oder die Konsolidierung der Rentenfinanzen (Republikaner) erfolgreich zu attackieren, als ihre langfristigen Vorzüge zu erläutern und zu verteidigen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die zur Debatte stehenden Reformen von schlagkräftigen Interessengruppen wie Ärztenverbänden und Pharmazeuten oder von machtbewußten Wählerschichten wie den Senioren als Eingriff in ihre Besitzstände gedeutet werden. Das offene und fragmentierte Regierungssystem der USA in Verbindung mit der Wahlenthaltung einer Bevölkerungshälfte gewährt gutorganisierten Verbänden und selbstbewußten Teilwählerschaften einen überproportionalen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß.

VII. Zum gegenwärtigen innenpolitischen Klima der USA

Hatte es zu Beginn der Clinton-Präsidentschaft den Anschein, als stünden die USA unter der Führung des Clinton-Teams vor einer „Europäisie-

34 Vgl. Darrell M. West/Richard Francis, *Electronic Advocacy: Interest Groups and Public Policy Making*, in: *Political Science and Politics*, 29 (1996) 1, S. 25–29.

rung“ ihrer sozial- und ordnungspolitischen Lösungsansätze³⁵, so erweist sich diese These rückblickend eher als Wunschdenken transatlantisch gesinnter Europäer denn als realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Situation der USA in den neunziger Jahren. Bei der Steuerung des Marktes wird sich Amerika auf absehbare Zeit nicht an kontinental-europäischen Modellen orientieren. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht weder die Übernahme eines Krankenversicherungssystems nach deutschem Vorbild noch die Einführung einer germanisierten Berufsausbildung auf der politischen Tagesordnung Amerikas³⁶. Hat sich mit Clintons Schwenk in die politische Mitte die Ideenwelt Ronald Reagans in den USA endgültig gegen die politischen Vorstellungen der Demokraten durchgesetzt? Einiges spricht für diese Deutung. Nach anderthalb Jahrzehnten republikanischer Anti-Defizit-Rhetorik ist eine breite Bevölkerungsmehrheit von der schädlichen Wirkung staatlicher Haushaltsdefizite überzeugt. Nach dem Scheitern des letzten demokratischen Großprojekts, der Gesundheitsreform, wird eine Ausweitung staatlicher Tätigkeit in den USA weder haushaltspolitisch noch konzeptionell ernsthaft diskutiert. Dennoch verkörpern die Grundideen der Republikaner (noch) kein hegemoniales Projekt für das frühe 21. Jahrhundert. Obgleich Teile der republikanischen Programmatik populär und mehrheitsfähig bleiben, besitzt Amerika in den neunziger Jahren keine dominierende Partei³⁷.

Die Demokraten haben ihre jahrzehntelange Vorherrschaft eingebüßt, die Republikaner haben landesweit gleichgezogen, ohne bereits eine neue Phase der parteipolitischen Vorherrschaft (*realignment*) begonnen zu haben. In der amerikanischen Bevölkerung herrscht zweifellos ein reduzierteres Verständnis staatlicher Verantwortung als auf dem europäischen Kontinent. Gleichwohl wäre es falsch und verkürzt, die Mehrheit der politisch aktiven Amerikaner pauschal als antistaatlich und sozialstaatsfeindlich einzuschätzen. Die umfassendsten und kostenintensivsten bundesstaatlichen Sozialprogramme, die staatliche Rentenversicherung (*social security*) und die staatliche

35 Dies ist die Kernaussage des Buches von Stephan-Götz Richter, *Clinton, Was Amerika und Europa erwartet*, Bonn 1992, S. 15 f.

36 Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung bezüglich der Sozialpolitik gelangt A. Murswieck (Anm. 1), S. 21.

37 Konkurrierende Deutungen der republikanischen Wahlerfolge von 1994 erläutern knapp und verständlich Alfred J. Tuchfarber/Stephen E. Bennett/Andrew E. Smith/Eric W. Rademacher, *The Republican Tidal Wave of 1994: Testing Hypotheses About Realignment, Restructuring, and Rebellion*, in: *Political Science and Politics*, 28 (1995) 4, S. 689–696.

Krankenversicherung für Senioren (*Medicare*) erfreuen sich bei abhängig Beschäftigten, bei Frauen und älteren Bürgern größter Beliebtheit³⁸. Clintons Aussichten auf die Verteidigung seines Amtes stiegen nicht zufällig in dem Moment, als es ihm während des letzten Haushaltsstreits mit der Kongreßführung meisterhaft gelang, die Republikaner in den Augen der Öffentlichkeit als Gegner dieser Programme und damit als Totengräber der Rentenversicherung und der Gesundheitsfürsorge der Senioren zu demaskieren. Die Mehrheit der Amerikaner wünscht einen reformierten, keinen finanziell strangulierten Staat und unterstützt die Anpassung staatlicher Programme an veränderte Rahmenbedingungen, nicht aber deren ersatzlose Streichung. Auch im Land des blühendsten „Dritten Sektors“ der Welt kann die Privatinitiative nicht über Nacht alle Aufgaben übernehmen, derer sich die öffentliche Hand entledigt. Jenseits der parteipolitischen Polarisierung schimmern die Konturen eines nachwohlfahrtsstaatlichen Politikensenses, der sich jedoch institutionell schwer organisieren läßt. Der Konsens umfaßt folgende Punkte:

1. die Akzeptanz der Notwendigkeit eines ausgeglicheneren Staatshaushalts,
2. den weitgehenden Verzicht, gegen die Marktlogik eines globalisierten Kapitalismus anzuregieren,
3. das Zurückschrauben bundesstaatlicher Tätigkeit auf die Standardsetzung bei gleichzeitiger Delegation der Politikausführung an Einzelstaaten, Kommunen und semi-private Träger und
4. das Zurückfahren der universellen Anspruchsrechte des Bürgers auf staatliche Solidarleistungen.

Die Gewährung solidarischer Leistungen wird an strenge Bedingungen geknüpft. Sie wird bei arbeitsfähigen Erwachsenen als Investitionsleistung verstanden, die zeitlich befristet mit starker Eigenbeteiligung gewährt wird. Angestrebt wird nicht länger die staatliche Rundumversorgung, sondern die Ermächtigung (*empowerment*) der Bürger zu eigenverantwortlichem Handeln.

Auf nationaler Ebene verlangen diese Kriterien nach einer politischen Führungskraft, die die

38 Die Unterstützung für unterschiedliche Varianten des amerikanischen Sozialstaats dokumentiert die Studie von Fay Lomax Cook/Edith J. Barrett, *Support for the American Welfare State. The Views of Congress and the Public*, New York 1992.

Fähigkeit zu richtungweisenden und prinzipiengeleiteten Visionen, zur strategischen Finesse und zum legislativen Management in sich vereinigt. Ex-Präsident Bush besaß diese Fähigkeiten nur in bezug auf die Außenpolitik und wurde abgewählt. Bob Dole, Präsidentschaftskandidat der Republikaner, erwarb sich in 35 Kongreßjahren den Ruf eines gesetzgeberischen Virtuosen und überlegenen Strategen, dem es jedoch an Visionen mangelt. Ob es ausreicht, den eigenen Perspektivenmangel durch die Auswahl des visionsreicheren Vizepräsidentschaftskandidaten Jack Kemp zu kompensieren, darf bezweifelt werden. Als „Dauerwahlkämpfer“ mangelt es Präsident Clinton nicht an der Fähigkeit, politische Zielvorstellungen nachvollziehbar und wirkungsvoll zu verbreiten. Seine anfänglichen Schwächen lagen auf dem Gebiet des Managements und der Strategie. Korrigiert der Präsident – wie bereits geschehen – seinen gouverneurhaften Regierungsstil, verkörpert Bill Clinton aus heutiger Sicht als einziger Spitzenpolitiker auf Bundesebene sämtliche drei genannten Qualifikationen.

Bill Clintons Politik zeigt darüber hinaus Ausstrahlungswirkung in die übrige westliche Welt. Insbesondere eröffnet die neodemokratische Strategie der Bejahung des globalen Marktes und des Freihandels, sein Eintreten für traditionelle Werte, Härte bei der Verbrechensbekämpfung und der illegalen Einwanderung und eine auf Selbstverantwortung aufbauende Sozialpolitik den Mitte-links-Parteien westlicher Industrieländer eine Machtperspektive. Unter ihrem Vorsitzenden Tony Blair begibt sich die oppositionelle britische „New“ Labour Party bereits seit zwei Jahren auf den Clinton-Kurs – mit beachtlichem Erfolg in den Meinungsumfragen³⁹. Dort, wo Parteien der linken Mitte heute in der Regierungsverantwortung stehen, in Schweden, Kanada und Italien, beziehen sie gegenüber einem ausufernden Sozialstaat, gegenüber Haushaltsdefiziten und Steuerlast sowie in einer Konfliktvermeidungsstrategie mit den Finanzmärkten die wesentlichen Positionen des Clintonismus. Aus europäisch-deutscher Sicht muß daher die Frage, ob der amerikanische Weg, innenpolitische Herausforderungen anzunehmen und zu lösen, für Europa eine Brücke in die Vergangenheit oder eine Brücke in die Zukunft darstellt, in letztere Richtung beantwortet werden.

39 Zur Programmatik von New Labour vgl. Peter Mandelson/Roger Liddle, *The Blair Revolution. Can New Labour Deliver?*, London 1996.

Rückkehr in die Hegemonie

Zur Weltpolitik der USA unter Präsident Clinton

Über einen Mangel an Führungsbereitschaft der USA können sich die Europäer nicht mehr beklagen. Die Amerikaner haben sich seit 1994 in einer derartigen Weise profiliert, daß sie zur Führungsmacht der Welt geworden sind. Sie haben mit ihrem Entschluß, die NATO doch nach Osten zu erweitern, den Rahmen für die politische Neuordnung Europas abgesteckt. Die USA haben die Bürgerkriegsparteien in Bosnien-Herzegowina zum Friedensschluß von Dayton bewogen, haben anschließend die NATO zu dessen Durchsetzung in Marsch gesetzt. Sie haben mit dem Neuen Welt-handelsabkommen der Weltwirtschaft die Richtung gewiesen und Beschlüsse ihrer Partner, die sie als Umwege ansehen, durch einsame, alleinige Beschlüsse wieder korrigiert. Sie sind so weit gegangen, zugunsten der Bekämpfung des Terrorismus von ihren Alliierten unbedingte Gefolgschaft zu verlangen und jeder Verweigerung wirtschaftliche Sanktionen anzudrohen. Wenn es Kriterien für hegemoniale Führung gibt, dann haben die USA sie in den vergangenen beiden Jahren mehr als erfüllt.

An den verärgerten Trotzreaktionen ihrer europäischen Verbündeten gegen die ihnen angedrohten Sekundärboykotte kann man ablesen, daß sie diese Art von Führung nicht im Sinne hatten, als sie immer wieder in Washington darum baten. Sie wollten den großzügigen und gutmütigen Schutzpatron des Kalten Krieges wiederhaben, nicht den Hegemon, der Protektion nur gegen Gehorsam gewährt. Sie haben übersehen, daß das Ende des Ost-West-Konflikts auch die Interessenlage und Position der USA verändert hat. Der Wandel zeichnete sich nicht unmittelbar nach 1990, noch nicht einmal unter der Bush-Administration ab. Es war die einer anderen Generation angehörende Clinton-Administration, die den Wandel reflektierte, allerdings auf doppelte Weise.

zeit begonnen mit der festen Absicht, nach den vier Jahrzehnten des Konflikts mit der Sowjetunion das politische Augenmerk nach innen zu richten, die Schäden zu heilen, die der Konflikt auch in den USA hinterlassen hatte, und den Lebensstandard der Amerikaner zu heben. Das Haushaltsdefizit mußte abgebaut, die Arbeitslosigkeit vermindert, Drogenhandel und Verbrechen mußten bekämpft werden. Vierzig Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung, das Verhältnis von Leistung zu Aufwand bei der Sozialpolitik ist miserabel. Auf der anderen Seite war das Verteidigungsbudget viel zu hoch: Eine Umverteilung von der Außenpolitik zur Innen- und Sozialpolitik war also erforderlich¹.

Mit diesem Programm konnte sich die Clinton-Administration im Kongreß nicht durchsetzen, es gab selbst Widerstand bei der Fraktion der Demokraten. Ein Konjunkturprogramm wurde praktisch abgelehnt, das Sanierungskonzept für den Haushalt kam nur mühsam und beschädigt über die Runden. Die Opposition der Republikaner nutzte jede Gelegenheit, um dem Präsidenten die Initiative aus der Hand zu nehmen und die „soziale Revolution“ fortzusetzen, die Präsident Ronald Reagan begonnen, aber nur halb vollendet hinterlassen hatte².

In dieser Situation warf Präsident Clinton im Sommer 1994 das Ruder in Richtung einer energischen außenpolitischen Führungspolitik herum. Er erinnerte sich daran, daß alle seine Vorgänger ihr politisches Heil in einer aktiven Außenpolitik gesucht hatten, weil sie es in der von den „vested interests“ festgezurrtten Innenpolitik nicht finden konnten. Er entdeckte, daß er in der Außenpolitik einen Handlungsspielraum besaß, der ihm in der Innen-

1 Zu den Anfängen der Clinton-Administration vgl. Ernst-Otto Czempiel/Kerstin Dahmer/Mathias Dembinski/Kinka Gehrke, Die Weltpolitik der USA unter Clinton. Eine Bilanz des ersten Jahres, HSFK-Report 1-2/1994, Frankfurt 1994. Eine ausführliche Darstellung der folgenden beiden Jahre, bis Anfang 1996, habe ich unter dem Titel: „Rückkehr in die Führung: Amerikas Weltpolitik im Zeichen der konservativen Revolution“ als HSFK-Report 4/1996, Frankfurt 1996, veröffentlicht.

2 Zur Außen- und Innenpolitik der Reagan-Administration vgl. Ernst-Otto Czempiel, Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion, München 1989.

I. Clintons Richtungswechsel

Bill Clinton und sein Vizepräsident Albert Gore hatten ihre Kandidatur bestritten und ihre Amts-

politik fehlte. Dieser war um so größer, als die Reduzierung des amerikanischen Führungsaufwandes sowohl in Asien als auch in Europa bedauert und sogar kritisiert worden war. Die Rückkehr in die weltpolitische Führungsposition wurde Bill Clinton also geradezu aufgenötigt.

Freilich widersprach sie dem politischen Programm, mit dem er gewählt worden und angetreten war. Da aber zu dessen Ausführung eine Machtposition gehörte, die ihm innenpolitisch streitig gemacht wurde, blieb Bill Clinton keine andere Wahl, als mit Hilfe einer aktiven Außenpolitik zu versuchen, seinen innenpolitischen Zielen zum Erfolg zu verhelfen.

Die veränderte Politik machte sich im zweiten Halbjahr 1994 bereits deutlich bemerkbar. Die Osterweiterung der NATO, der die Clinton-Administration bislang äußerst reserviert gegenüberstanden hatte, avancierte jetzt zum Hauptinstrument ihrer Europa-Politik. Daß sie eine erneute politische Teilung Europas herbeiführen konnte, wog in Washington inzwischen weniger stark als die Perspektive, daß sich mit der Militärallianz der amerikanischen Führungseinfluß in Europa wieder erweitern würde. Er war immer über die NATO instrumentiert worden, deren Ausweitung kommt ihm unmittelbar zugute.

Gleichzeitig nahm Clinton mit diesem Positionswechsel den Republikanern ein Argument aus der Hand. Die Irritationen mit Rußland, das nun im Dezember 1994 zögerte, seine Unterschrift unter den von ihm eigentlich schon akzeptierten Vertrag über die Partnerschaft für den Frieden zu setzen, wogen jetzt weniger schwer. Freilich legte die Clinton-Administration die konkreten Pläne zur NATO-Osterweiterung politisch auf Eis, jedenfalls bis zur Präsidentschaftswahl in Rußland im Juni 1996 und bis zu den Präsidentschaftswahlen in den USA im November³.

Clinton aktivierte aber auch die Weltpolitik der USA. Er verstärkte im Juli 1994 die Militärpräsenz vor der Küste Haitis und entschloß sich im September zu dem heiklen Schritt, amerikanische Truppen auf die Insel zu entsenden. Vorausgegangen waren Vermittlungsversuche des früheren Präsidenten Jimmy Carter und eine entsprechende Resolution des Sicherheitsrates. Am 15. Oktober 1994 konnte Clinton Erfolg melden: Der frühere Präsident Aristide kehrte nach Haiti zurück. Der Truppeneinsatz hatte sich gelohnt. Nur wenig spä-

³ Vgl. Berthold Meyer/Harald Müller/Hans-Joachim Schmidt, NATO '96: Bündnis im Widerspruch, HSFK-Report 3/1996, Frankfurt 1996.

ter, im September 1994, einigten sich die USA mit Fidel Castro über die Eindämmung des Flüchtlingsstroms von Kuba nach Florida. Ein weiteres soziales und politisches Problem, das unkontrollierbar zu werden drohte, war damit aus der Welt geschafft.

Im Spätsommer 1994 gelang es Clinton, Nordkorea zum Abbau seiner Kernenergieanlagen und zur Einhaltung des Nichtweiterverbreitungsvertrages der Atomwaffen zu überreden; am 21. Oktober 1994 wurde der entsprechende Vertrag geschlossen. Als Saddam Hussein im Oktober 1994 wieder mit dem Säbel zu rasseln begann, verlegte er amerikanische Kampftruppen in die Region und beseitigte damit auch diese Krise.

In der zweiten Jahreshälfte 1994 hatte also Präsident Clinton schon ein sehr viel deutlicheres außenpolitisches Profil gezeigt. Sein Ansehen in der amerikanischen Öffentlichkeit verbesserte sich zunehmend. Freilich hatte er auch Konzessionen an den politischen Zeitgeist gemacht. Er schwächte den „assertive multilateralism“ seiner Anfangszeit, mit dem er die Vereinten Nationen zum Kernstück einer liberal-internationalistischen Außenpolitik gemacht hatte, merklich ab. Im Mai 1994 stellte er sieben Bedingungen auf, die die amerikanische Beteiligung an UN-Friedenssicherungsaktionen anleiten sollten. Das war sicher eine Erfahrung aus dem Einsatz in Somalia, der in einer Katastrophe geendet hatte. Es war aber auch eine Konzession an die republikanische Position, für die jede Einschränkung amerikanischer Souveränität zugunsten der Autorität der Vereinten Nationen ein Greuel war⁴.

II. Der Befreiungsschlag

Die Kurskorrektur Clintons im Sommer 1994 hatte nicht ausgereicht, um im November den Wahlsieg der Republikaner in beiden Häusern des Kongresses zu verhindern. Das „gridlock“, die wechselseitige Behinderung von Exekutive und Legislative, kehrte nach Washington zurück. Clinton hatte es jetzt nicht mehr mit einem eher passiven, in der Routine der Herrschaftsausübung fast schon erstarrten Kongreß zu tun, sondern mit einer überaus lebendigen, aktivistischen, aber eben antagonistischen Legislative, die ihm sogar die Regierungsgeschäfte aus der Hand zu nehmen drohte. Ihr

⁴ Vgl. Richard N. Haass, Paradigm Lost, in: Foreign Affairs, 74 (1995) 1, S. 53.

außenpolitisches Programm war klar. Sie wollte das Rüstungsbudget, das unter Clinton verringert worden war, wieder erhöhen und das Raketenabwehrprogramm im Weltraum nicht nur weiterentwickeln, sondern auch stationieren. Sie wollte die Muslime in Bosnien-Herzegowina bewaffnen, das von den Vereinten Nationen verhängte Waffenembargo also einseitig aufkündigen.

Auf diesem Gebiet drohte die größte Gefahr. Einerseits verbot der Kongreß dem Präsidenten, amerikanische Soldaten nach Bosnien-Herzegowina zu entsenden. Andererseits warf er ihm angesichts des Bürgerkriegs und der Massaker Tatenlosigkeit vor. Präsident Clinton sah sich in eine Zange genommen, der kaum zu entrinnen war. Wie sollte er in Bosnien-Herzegowina eingreifen, wenn ihm das einzige Mittel dazu, der Einsatz des amerikanischen Militärs, versagt wurde?

Bill Clinton gelang eine Meisterleistung. Er ordnete im Juni 1995 an, den Konflikt in Bosnien-Herzegowina vor den Präsidentschaftswahlen 1996 zu Ende zu bringen, sozusagen um jeden Preis⁵. Die Aufgabe wurde dem im Jahr zuvor neu ernannten Assistant Secretary of State for Europe Richard C. Holbrooke aufgetragen, der schon die Wende in der NATO-Ost-Erweiterung zustande gebracht hatte. Nachdem die NATO mit ihrer Luftoperation „deliberate force“ den Kroaten und Muslimen Gelegenheit verschafft hatte, die Serben aus vielen der von ihnen eroberten Gebiete wieder zurückzudrängen, kam es zu einem Waffenstillstand und zu den langwierigen Verhandlungen von Dayton, Ohio, die am 21. November 1995 mit einem Friedensabkommen beendet wurden⁶.

Der Friedensschluß war dem energischen Willen der Clinton-Administration und dem Verhandlungsgeschick Holbrookes zu verdanken, nicht zuletzt aber auch einem substantiellen Entgegenkommen gegenüber den Serben. Sie behielten zwar nicht die 73 Prozent des Landes, die sie einst erobert, dann aber wieder verloren hatten, bekamen aber mit 49 Prozent immerhin die Hälfte von Bosnien und sogar das Recht, sich an Restjugoslawien anzuschließen. Was die Vermittler der Europäischen Union und der UN immer vermieden hatten, die Perspektive einer Teilung Bosnien-Herzegowinas zwischen den Serben einerseits, den

Muslimen und Kroaten andererseits, wurde von den USA in Dayton offen angeboten. Hatten sie einen früheren Einigungsvorschlag der europäischen Vermittler zurückgewiesen, weil sie den Muslimen mehr entgegenkommen wollten, so nahmen sie jetzt auf deren Interessen keinerlei Rücksicht mehr. Der Befreiungsschlag gegenüber dem Kongreß war Clinton wichtiger, als das Konzept eines Staates aufrechtzuerhalten, den es in der Geschichte noch nicht gegeben hatte.

Im Abkommen von Dayton wurde auch beschlossen, daß die UN-Friedenssicherungstruppe UNPROFOR abgelöst und durch eine von der NATO geleitete und bestimmte Militäraktion, an der neben den Bündnismitgliedern noch andere europäische Staaten, inklusive Rußland, teilnehmen konnten, ersetzt wurde. Das stärkte die NATO, schwächte aber zusätzlich die Vereinten Nationen. Ihnen hatte man die undankbare, weil unlösbare Aufgabe zugewiesen, einen Krieg mit den beschränkten Mitteln der Friedenssicherung einzudämmen, wenn möglich sogar zu beenden. Die sehr viel leichtere Aufgabe, einen von den Konfliktpartnern beschlossenen Frieden nur noch abzusichern, wurde hingegen der schwerbewaffneten NATO anvertraut, deren politische und instrumentelle Bedeutung dadurch eine erneute Aufwertung erfuhr.

Diese günstige Ausgangslage nutzte der Präsident, um den Spieß, den ihm die Republikaner entgegengehalten hatten, umzudrehen. Hatten sie ihm verboten, amerikanische Kampftruppen nach Bosnien-Herzegowina zu schicken, so mußten sie ihm zähneknirschend zugestehen, für die Interventionstruppe IFOR 20 000 amerikanische Soldaten zu stellen. Die Republikaner versuchten zwar, ihre Niederlage zu bemänteln, indem sie in den Zustimmungsschließungen der beiden Kammern nur die amerikanischen Soldaten priesen und den Präsidenten kritisierten⁷. Sie konnten aber dadurch den bedeutenden innenpolitischen Sieg des Präsidenten nicht schmälern. Er hatte sich aus einer als aussichtslos geltenden Zwangslage befreit, mit dem Frieden von Dayton einen als unlösbar geltenden Konflikt beendet und mit der Entsendung amerikanischer Soldaten zur IFOR dafür gesorgt, daß die USA auch bei der Ausführung des Dayton-Abkommens den entscheidenden Einfluß behielten.

Mehr konnten selbst die konservativsten Republikaner nicht verlangen. Clinton nahm ihnen den letzten Windhauch aus den Segeln, als er im

⁵ Siehe dazu die ausführliche Darstellung von Thomas W. Lippman/Ann Devroy, How Clinton Decided That U. S. Had to Lead in the Balkans, in: International Herald Tribune vom 12. September 1995.

⁶ Vgl. Marie-Janine Calic, Das Abkommen von Dayton. Chancen und Risiken des Friedensprozesses im ehemaligen Jugoslawien, SWP-AP 2948, Ebenhausen 1996.

⁷ Vgl. Congress Report, 12/1995, S. 1.

Abkommen von Dayton auch die Wiederaufrüstung der Muslime vorsah. Präsident Clinton hatte mehr erreicht, als die Opposition erwartet hatte, und zwar zu Bedingungen, die sehr viel besser waren, als die Opposition es sich je hätte wünschen können.

Damit war ihre Stärke gebrochen. Ihre Versuche, mit der Verweigerung eines Haushaltsgesetzes den Präsidenten zu sozial- und fiskalpolitischen Kürzungen zu zwingen, mißlang. Die zweimalige Schließung von Teilen der amerikanischen Bundesbehörden im Winter 1995/96 wurde von der amerikanischen Öffentlichkeit den Republikanern zur Last gelegt, nicht dem Präsidenten⁸. Vom „Contract with America“ war fortan nicht mehr die Rede; auf dem Parteitag der Republikaner im August 1996 in San Diego, wurde er nicht einmal erwähnt. Sein Autor, der Speaker des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, wohl der radikalste Gegner der Demokraten und Präsident Clintons im Kongreß, fand sich im politischen Hintergrund wieder. Mit dem Griff nach der Führungspolitik in der Welt hatte Präsident Clinton auch die Führung in der amerikanischen Innenpolitik zurückgewonnen und seine Ausgangsposition für die Wiederbewerbung um das Weiße Haus erheblich verbessert.

III. Erfolg in Nahost

Der Friedensschluß von Dayton, Ohio, war gewiß der spektakulärste Ausdruck der neuen Weltführungspolitik der Clinton-Administration, vielleicht auch der größte. Als weltpolitisch wichtiger aber sollte sich die Nahost-Politik Clintons erweisen, auch wenn deren Erfolge nicht nur amerikanischen Initiativen zu verdanken waren. Die wechselseitige Anerkennung zwischen Israel und der PLO, die am 13. September 1993 im Beisein Präsident Clintons vor dem Weißen Haus mit der Unterzeichnung des Ersten Teilautonomie-Abkommens feierlich vollzogen wurde⁹, war nicht von Washington, sondern von Oslo herbeigeführt worden. Dennoch war es nicht unverdient, daß das Abkommen im Rosengarten des Weißen Hauses unterschrieben wurde. Alle amerikanischen Außenminister hatten eine rege „shuttle diplo-

macy“ im Nahen Osten unterhalten¹⁰, Clintons Vorgänger hatte mit der Friedenskonferenz von Madrid zum ersten Mal die Multilateralisierung des Friedensprozesses erreicht¹¹. Dessen Fortsetzung betrieb Clinton äußerst aktiv. Die „Washingtoner Erklärung“ vom 25. Juli 1994, die am 26. Oktober 1994 in den Friedensvertrag zwischen Jordanien und Israel mündete, war von Clinton mitvorbereitet worden.

Danach bemühte sich der Präsident verstärkt darum, den Libanon und vor allem Syrien in den Friedensprozeß miteinzubeziehen. Im Dezember 1995 nahmen Israel und Syrien ihre bilateralen Verhandlungen wieder auf, ein Rückzug der israelischen Truppen von den Golan-Höhen rückte in die Reichweite des Möglichen. Sie wurde allerdings im Frühjahr und im Sommer 1996 rapide zunichte gemacht. Den Selbstmordanschlägen des militärischen Flügels der Hamas, Ende Februar/Anfang März, folgte die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin durch einen jüdischen Rechtsextremisten. Seinem Nachfolger Peres gelang es nicht mehr, die Wogen zu glätten. Die Wahlen in Israel vom 29. Mai 1996 brachten, wenn auch mit kleinster Marge, Benjamin Netanyahu an die Regierung, mit ihm die politischen Vorstellungen des Likud. Er zögerte den israelischen Truppenrückzug hinaus und nahm die verstärkte Siedlungspolitik im Westjordanland und im Gaza-Streifen wieder auf. Infolgedessen war es im Spätsommer 1996 völlig offen, welche weitere Entwicklung der Friedensprozeß nehmen würde.

Amerikas Politik im Nahen Osten wurde durch die sich vermehrenden Attentate gegen amerikanische Soldaten in Saudi-Arabien weiter erschwert. Am 13. November 1995 waren fünf, am 25. Juni 1996 neunzehn Amerikaner bei solchen Attentaten getötet worden. Die USA mußten sich daraufhin entschließen, ihre in Saudi-Arabien stationierten 5 000 Soldaten in die in der Wüste gelegene Prince Sultan-Luftwaffenbasis zu verlegen. Amerikas Hoffnung, der Schutz Saudi-Arabiens gegen den Irak und gegen den Iran im Golfkrieg würde die Präsenz amerikanischer Truppen in den arabischen Staaten akzeptabel machen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Es sind nicht allein, wie sich zeigt, arabische Extremisten, die ihre – meist in Afghanistan gewonnenen – militärischen Erfahrungen dazu benutzen, Attentate gegen amerikanische Soldaten zu verüben. Es sind auch Geschäftsleute in Saudi-

10 Vgl. Helmut Hubel, Das Ende des Kalten Krieges im Orient, München 1995.

11 Vgl. die Analyse von Kerstin Dahmer, Der Friedensprozeß im Nahen Osten. Ein historischer Anfang, HSKF-Standpunkt, 1 (1994).

8 Vgl. ebd., S. 6.

9 Vgl. die Dokumentation in: U.S. Information and Texts, Nr. 93 vom 14. September 1993, S. 3–20.

Arabien und in den Emiraten, die den antiwestlichen Terrorismus finanzieren und dadurch dokumentieren, daß die Regierungspolitik dieser Staaten keinen soliden Rückhalt in der arabischen Gesellschaft mehr hat.

Damit fällt auch ein neues Licht auf den internationalen Terrorismus insgesamt und die Möglichkeiten seiner Bekämpfung. Die Clinton-Administration hatte ihr eine besondere Priorität zugemessen. Sie hatte eine Hauptquelle des internationalen Terrorismus im Iran gesehen, deswegen der amerikanischen Wirtschaft den Handel mit diesem Lande untersagt und die Alliierten, insbesondere die Bundesrepublik, aufgefordert, den gleichen Schritt zu tun. Im Sommer 1996 haben Repräsentantenhaus und Senat dieser Politik Gesetzeskraft verliehen. Ausländische Firmen, die im Iran oder in Libyen investieren, müssen mit amerikanischen Boykottmaßnahmen rechnen¹². Der Kampf gegen den Terrorismus wiegt in Washington so schwer, daß ihm auch die Solidarität und Freundschaft mit den europäischen Partnern untergeordnet werden. Stellt sich jetzt aber heraus, daß der Terrorismus im Nahen Osten kein internationales, etwa dem Gegensatz zwischen Israel und dem Iran entspringendes Phänomen, sondern das Resultat innerarabischer, gegen die Politik der arabischen Regierungen gerichteter Verwerfungen ist, müßte die gesamte gegen den Terrorismus gerichtete Strategie neu überdacht werden. Schon der Anti-Terrorismuskongress, den die USA und Israel am 13. März 1996 in Sharm ash-Sheikh am Roten Meer einberufen hatten, wurde von den arabischen Regierungen umfunktioniert in ein Gipfelgespräch über die politischen Ursachen der Gewaltanwendung im Nahen Osten. Die internen Spannungen in den arabischen Ländern werden in Washington inzwischen höher veranschlagt als die vom Iran oder selbst vom Irak ausgehenden Gefahren¹³. Der Iran erscheint dann nicht notwendigerweise in einem freundlicheren, aber doch politisch in einem anderen Licht¹⁴. Die offene Desavouierung der amerikanischen Boykottandrohung durch die Türkei, die unter Führung des islamischen Ministerpräsidenten Erbakan im August 1996 ein Ölgeschäft mit dem Iran vereinbarte, müßte dann anders bewertet werden. Der Clinton-Administration stellt sich eine ebenso schwierige wie heikle Aufgabe.

12 Vgl. Congress Report, 6/1996, S. 2; Congress Report, 7/1996, S. 1 ff.

13 Vgl. International Herald Tribune vom 15. August 1996.

14 Vgl. Johannes Reissner, Der Iran auf dem Weg zu einer Regionalmacht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/96, S. 32 ff.

IV. Probleme in Asien und im Pazifik

Im asiatisch-pazifischen Raum war die Clinton-Politik mit einer ebenso flexiblen wie entschiedenen Politik erfolgreich. Ihr Zentrum wird nach wie vor von den Verteidigungs- und Freundschaftsverträgen mit Japan, Thailand, Südkorea, den Philippinen und vor allem Australien gebildet; darüber erhebt sich das Netz der politischen Beziehungen zu den Staaten der Region. Clinton hat auch die Abneigung seiner Vorgänger gegen den regionalen Multilateralismus übernommen. Zwar haben die USA inzwischen das Protokoll des Vertrages von Rarotonga unterschrieben; aber dem am 15. Dezember 1995 unterzeichneten Vertrag, mit dem Burma, Kambodscha und Laos zusammen mit den ASEAN-Staaten Südostasiens zur nuklearwaffenfreien Zone erklärten, stimmte die Clinton-Administration nur sehr bedingt zu. Sie bewertete die darin liegenden möglichen Beschränkungen ihrer militärischen Bewegungsfreiheit höher als die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, der dieser Vertrag zweifellos dient. Auch die Einrichtung des Asian Regional Forum (ARF), mit dem die ASEAN-Staaten ihren Zusammenschluß zum Kern einer 1996 einundzwanzig Mitglieder – darunter auch die Europäische Union – umfassenden Organisation erweitert haben, wurde von den USA nur sehr zögerlich begrüßt. Ihre Reserve verstärkte sich noch, als die Außenminister auf dem dritten Treffen dieser 1994 gegründeten Organisation, im Juli 1996 in Jakarta, die Zulassung Burmas als Beobachter – und damit perspektivisch als Vollmitglied – beschlossen hatten und sich dabei über amerikanische Einwände hinwegsetzten. Washington wollte die Isolierung des Landes wegen seiner Menschenrechtsverletzungen fortgesetzt sehen.

In der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) arbeitet die Clinton-Administration weiterhin aktiv mit. Über ihrem zunehmenden Interesse an den wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Region mit ihren *Big Emerging Markets* (BEM) vernachlässigte sie dabei nicht die sicherheitspolitische Bedeutung der Region. Grundlage dafür bildet das im Februar 1995 vom Pentagon veröffentlichte Dokument über die „United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region“¹⁵. Es betonte die Kontinuität der militärischen Präsenz der USA im Pazifik, schrieb die Anzahl der dort

15 Chalmers Johnson/E. B. Keehn, The Pentagon's Ossified Strategy, in: Foreign Affairs, 74 (1995) 4, S. 103 ff.

stationierten amerikanischen Soldaten mit 100 000 erneut fest. Damit sollten die Furcht vor einem möglichen amerikanischen Rückzug und die darauf basierende enorme Aufrüstung der Region eingedämmt werden.

V. Die Japan-Politik

Als Präsident Clinton im April 1996 seinen eigentlich für den November 1995 vorgesehenen, dann abrupt verschobenen Staatsbesuch in Tokio absolvierte, beschlossen die USA und Japan, die Richtlinien für die Verteidigungskooperation von 1978 zu revidieren. Japan sagte zu, künftig eine aktivere Rolle über die Verteidigung hinaus zu spielen, nicht nur die Logistik der amerikanischen Truppen in Friedenszeiten zu sichern, sondern auch mit ihnen zu kooperieren, sollte es in der Region zum Krieg kommen.

Die gemeinsame Erklärung von Präsident Clinton und Ministerpräsident Hashimoto sprach offen, wenn auch in allgemeinen Wendungen, von der erweiterten Rolle, die Japan innerhalb des amerikanisch-japanischen Bündnisvertrages spielen sollte¹⁶. Diese neue Verabredung wird nur sehr langsam und in einem großen Zeitraum umgesetzt werden, um die anderen asiatischen Staaten nicht zu beunruhigen. Japans Imperialismus ist dort noch in unguter Erinnerung. In Japan aber hat diese Erklärung offensichtlich das politische Tabu durchbrochen, das eine Diskussion über eine größere sicherheitspolitische Rolle Japans bisher verhindert hat.

Erleichtert wurde der Durchbruch vom unruhigen Verhalten Nordkoreas, das im April 1996 sogar das Waffenstillstandsabkommen mit Südkorea aufkündigen wollte und offen von militärischen Aktionen sprach. Von größerem Einfluß auf die innerjapanische Entwicklung war zweifellos der Blick nach China sowie dessen zunehmende wirtschaftliche Stärke und Aufrüstung.

Für die USA kam hinzu, daß ihre militärische Präsenz auf Okinawa, ihrem bedeutendsten Stützpunkt in der Region, nicht mehr unangefochten ist. Australien bereitet sich schon darauf vor, bestimmte Funktionen von Okinawa zu übernehmen. Um so wichtiger muß es Washington erscheinen, daß Japans eigene sicherheitspolitische Leistung zunimmt.

16 Vgl. International Herald Tribune vom 18. April 1996 und 14. Mai 1996.

Washington bemühte sich, sowohl die Lage auf der koreanischen Halbinsel als auch die zwischen China und Taiwan zu entschärfen. Als Nordkorea im Frühjahr 1993 angekündigt hatte, den Nichtverbreitungsvertrag für Nuklearwaffen zu verlassen, reagierte Washington sehr geschmeidig mit einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie und nicht mit der von den „Falken“ immer wieder geforderten gewaltsamen Counterproliferation. So konnte am 21. Oktober 1994 in Genf das „Agreed Framework“ zwischen den USA und der Demokratischen Volksrepublik Korea abgeschlossen werden¹⁷. Darin erklärte sich Nordkorea bereit, seine Verpflichtungen aus dem Atomsperrvertrag zu erfüllen. Um zu verhindern, daß das von Armut geschüttelte Land – dessen langjähriger Staatspräsident Kim Il-Sung am 8. Juli 1994 gestorben war, woraufhin die innenpolitische Lage sich zusätzlich destabilisierte – sich aus lauter Verzweiflung in einen Krieg gegen Südkorea stürzte, wandte Washington eine assoziative Strategie an. Es offerierte im Juni 1996 eine Lebensmittelhilfe in Höhe von 6,2 Mio. US-Dollar und eröffnete den politischen Dialog mit Nordkorea, um das Land aus seiner Isolation und damit auch aus seiner feindseligen Haltung zu locken.

VI. China und Taiwan

Eine ähnlich geschmeidige Politik verfolgte die Clinton-Administration gegenüber China. Zwar sieht sie im Aufstieg dieses Landes zu einer wirtschaftlichen und militärischen Vormacht in Asien die eigentliche Gefährdung der Region; China gilt mittel- und langfristig als der entscheidende Bezugspunkt der amerikanischen Asien-Politik. Die dahinter stehenden Sorgen Washingtons werden von vielen asiatischen Staaten geteilt, zumal Beijing in der Auseinandersetzung um die Spratly-Inseln die Oberhoheit über die gesamte Südchinesische See zu reklamieren versucht. Nicht zuletzt um diesen Anspruch zu konterkarieren, hat Indonesien im September 1996 Militärmanöver in diesem Gebiet abgehalten.

Ebenso besorgniserregend entwickeln sich die chinesisches-taiwanesischen Beziehungen. 1995 und 1996 eskalierten die wechselseitigen Provokationen und Drohgebärden zwischen den beiden Ländern derart, daß ein Krieg nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Im Zusammenhang mit den

17 Text in: U.S. Information and Texts, Nr. 102 vom 24. Oktober 1994, S. 9 f.

taiwanesischen Präsidentschaftswahlen zog China im Januar 1996 Truppen an der Gegenküste Taiwans zusammen und veranstaltete bedrohliche Marinemanöver. Die USA reagierten darauf angemessen und traditionell mit der Entsendung der siebenten amerikanischen Flotte. Sie fuhr zwar nicht in die Straße von Taiwan ein, kam ihr aber nahe genug, um auf Beijing abschreckend und auf Taipeh beruhigend zu wirken.

Obwohl sich das amerikanisch-chinesische Verhältnis im Sommer 1996 wieder zu verschlechtern begann, weil die USA erneut einem hochrangigen taiwanesischen Politiker ein Visum für die USA erteilt und Taiwan die Lieferung von Flugabwehrraketen in Aussicht gestellt hatten, bemühte sich die Clinton-Administration um gute und kooperative Beziehungen zur Volksrepublik. Sie gab die lange verfolgte Strategie auf, die Menschenrechte in China dadurch zu fördern, daß von ihrer Einhaltung die Meistbegünstigung abhängig gemacht wurde. Clinton trat für eine Trennung der beiden Bereiche ein und setzte sie gegenüber dem republikanisch beherrschten Kongreß, der jetzt die früher von den Demokraten vertretenen Positionen verfocht, auch durch. Am 27. Juni 1996 scheiterte der diesjährige Versuch der Republikaner, die vom Weißen Haus beschlossene Verlängerung der Meistbegünstigung zu Fall zu bringen¹⁸. Zuvor hatte China mit dem erneuten Versprechen, gegen die illegale Produktion von CDs und den Diebstahl geistigen Eigentums der Amerikaner nunmehr endgültig und erfolgreich vorzugehen¹⁹, die unendlich scheinende Abfolge amerikanischer Sanktionsandrohungen und ihrer Zurücknahme in letzter Minute beendet.

Clintons Sicherheitsberater, W. Anthony Lake, reiste im Juli 1996 nach Beijing; es war, wie man dort befriedigt feststellte, der erste Besuch eines so hochrangigen Politikers seit 1989. Die Clinton-Administration entschloß sich zur assoziativen Strategie eines „konstruktiven Dialogs“, weil das dissoziative Gegenstück, die Erzwingung, sein Ziel ganz offensichtlich verfehlt hatte. Mit diesem Strategiewandel erkannte Washington nicht nur die bedeutende politische Rolle an, die China in Asien gegenüber Nordkorea, in der Welt im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, bei der Nichtverbreitung der Nuklearwaffen durch seine Zustimmung zum umfassenden Teststoppvertrag in Genf gespielt hatte. Washington reagierte auch auf die Kritik, die seine indirekte Unterstützung der

Ansprüche Taiwans und Tibets auf Selbständigkeit bei den asiatischen Verbündeten erfahren hatte. Selbst Australien, die Philippinen und Singapur machten deutlich, daß diese Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten Chinas von ihnen nicht unterstützt werden würden.

Vor allem aber reflektierte der Wandel der amerikanischen Politik die Einsicht, daß Kooperation und kritischer Dialog sehr viel besser als äußerer Zwang geeignet sein könnten, die Lage der Menschenrechte in China zu verbessern. Diese Aufgabe wird von den Vereinigten Staaten außerordentlich ernst genommen. Sie setzten aber im Sommer 1996 auf eine langfristige Zusammenarbeit als einzig erfolgversprechende Strategie. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung, so lautete die These, wird sich auch das Niveau der politischen Freiheit heben.

Die Richtigkeit dieser Annahme konnten die USA im Sommer 1996 in Indonesien überprüfen. Dort hatte die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Demokratisierungsbestrebungen ausgelöst, deren Erfüllung entwicklungspolitisch notwendig war, aber auf den Widerstand des herrschenden Präsidenten Sukarno stieß. In Südkorea, Taiwan und Singapur zeigte sich ebenfalls, daß der Zusammenhang zwar richtig, seine Umsetzung in politische Evolution jedoch schwierig ist.

Der konzeptuell richtige Wandel der amerikanischen China-Politik ist um so höher zu bewerten, als er im Jahr eines Präsidentschaftswahlkampfes stattfand. In der Regel haben die Präsidenten ihre Wiederwahlchancen durch Verschärfung der außenpolitischen Konfliktlagen zu fördern versucht. Präsident Clinton tat das Gegenteil, sorgte sich um die Beruhigung auswärtiger Konfliktlagen, verwandte assoziative, nicht konfrontative Strategien. Ihr Stellenwert in der amerikanischen Asien-Politik wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen.

In den Augen Beijings hat sie schon jetzt eine Kehrseite, nämlich die neuerlichen Verabredungen zu verstärkter militärischer Zusammenarbeit mit Australien und Japan. Canberra hat sich nach dem Wahlsieg einer konservativen Koalition im März 1996 einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit mit den USA bereitwillig geöffnet und damit die Konfiguration der Macht im Pazifik verändert. Die lange Jahre herrschende Labour-Regierung, vor allem ihr Außenminister Evans, hatte sich dagegen eher für Kooperation und Entspannung, für wirtschaftliche Zusammenarbeit eingesetzt. Premierminister John Howard hingegen schickte einen australischen Minister zu einem „inoffiziellen“ Besuch nach Taiwan. In China wird jedenfalls offen

18 Vgl. Congress Report, 7/1996, S. 6.

19 Vgl. den Inhalt des amerikanisch-chinesischen Abkommens in: International Herald Tribune vom 19. Juni 1996.

von einer Einkreisungspolitik, von einer Politik des Containment durch Washington gesprochen.

Die Frage, welche langfristigen Ziele die amerikanische Weltpolitik verfolgt, kann nicht durch eine Addition ihrer konkreten Politiken in den Regionen und gegenüber den einzelnen Staaten beantwortet werden. Aufschluß darüber ergeben auch nicht unbedingt die programmatischen Äußerungen der politischen Führung, weil sie unverkennbar der Selbstdarstellung dienen, Bilder erzeugen, deren Verbreitung erwünscht ist. Verlässlicher ist der Blick auf die Mittel und Instrumente, die sich ein Land zur Ausführung seiner Außenpolitik verschafft. Wie die amerikanische Weltpolitik aussieht, welche Ziele sie verfolgt, muß daher auch – wenn nicht sogar vor allem – am Rüstungshaushalt abgelesen werden.

VII. Rüstung zwecks Weltführung?

Wenn es auch immer mit den Notwendigkeiten der Verteidigung begründet wird, so geht es doch unverkennbar weit über deren Größenordnungen hinaus. Wenn das Verteidigungsbudget der USA auf einer Höhe gehalten wird, die sogar die übersteigt, die während der Hochzeit des Kalten Krieges eingehalten wurde, dann dient dies nicht der Verteidigung, sondern soll die Politik einer Weltführungsmacht instrumentieren. Die USA bestreiten fast 40 Prozent der Verteidigungsausgaben der ganzen Welt, sie geben dafür mehr aus als alle Staaten außerhalb der NATO. Obwohl keine militärische Bedrohung ihrer Sicherheit erkennbar ist, orientierte sich die Überprüfung ihrer militärischen Kapazitäten in der „bottom-up review“ von 1993 an der Fähigkeit, zwei große regionale Kriege gleichzeitig führen zu können. Daß die Eintrittswahrscheinlichkeit einer solchen Notwendigkeit sehr gering ist, deutet erneut darauf hin, daß mit der überstarken militärischen Potenz der USA auch andere Ziele verfolgt werden als die der Landesverteidigung, auch der Verteidigung ihrer Interessen.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde das Verteidigungsbudget natürlich gekürzt. Es sank, in konstanten US-Dollar berechnet, von 1985 bis 1995 um 35 Prozent²⁰. Der Anteil des Verteidigungsbudgets am Bruttoinlandsprodukt lag 1996

bei vier Prozent. Die Zahl der aktiven Soldaten wurde ebenfalls um ein Drittel verringert, von 2,2 Millionen auf 1,45 Millionen 1996. Die Ausgaben für die Erforschung und Entwicklung sowie für die Beschaffung neuer Waffen wurden noch drastischer gekürzt, nämlich um rund 57 Prozent.

Die von Präsident Clinton für das Haushaltsjahr 1996 verlangten 235 Mrd. US-Dollar – die das Repräsentantenhaus noch um elf Mrd. US-Dollar erhöhen wollte – sind aber selbst für die genannten Zwecke zu hoch. Der Verteidigungshaushaltsexperte Lawrence Korb hielt sogar 220 Mrd. US-Dollar für übertrieben²¹. Für das Haushaltsjahr 1997 hat Präsident Clinton 256,3 Mrd. US-Dollar angefordert, die vom Senat nochmals um 11,3 Mrd. aufgestockt werden sollen. Es müssen also andere Gründe gesucht werden, die die exorbitante Höhe der Verteidigungsaufwendungen auch der Clinton-Administration rechtfertigen.

Neben der Bereitstellung der notwendigen Verteidigungspotentiale dient das Verteidigungsbudget auch der Arbeitsbeschaffung. In den Augen der Republikaner hat es seit Ronald Reagans Zeiten die Aufgabe, verstärkt Budgetmittel zu absorbieren, die der Sozialpolitik gedient haben und jetzt der Weltführungspolitik der USA zugeführt werden sollen. Statt das Verteidigungsbudget bei den rund 173 Mrd. US-Dollar (in konstanten US-Dollar von 1987) zu belassen, die es 1976 umfaßt hatte, war es unter Ronald Reagan fast verdoppelt worden. 1,84 Bill. US-Dollar haben die amerikanischen Steuerzahler umsonst bezahlen müssen, wie ein Kritiker berechnet hat²². Sie dienten jedenfalls nicht in erster Linie der Abwehr der sowjetischen Bedrohung, sondern der Instrumentierung amerikanischer Macht und ihrer globalen Einsetzbarkeit. Nachdem sich die USA 1945 entschlossen hatten, die bis 1939 geltende Isolation umzuwandeln in eine Weltführungsposition, hatten die Streitkräfte auch immer die Funktion, diesen Anspruch auszudrücken und notfalls umzusetzen.

So wird man, ohne die Funktion der Arbeitsbeschaffung allzu gering achten zu wollen, die Beibehaltung eines übergroßen Rüstungshaushalts deuten müssen. Er dient der Verwirklichung eines Weltführungsanspruches, der es auch gebietet, das Aufkommen einer rivalisierenden Großmacht global zu verhindern. Unter den fünf vitalen nationalen Interessen der USA, die eine überparteiliche „Kommission für die nationalen Interessen Ameri-

20 Vgl. Stephan Daggett, Appropriations for Fiscal Year 1996: Defense, Washington, Congressional Research Service, Oktober 1995, S. 4 ff.

21 Vgl. Lawrence J. Korb, Our Overstuffed Armed Forces, in: Foreign Affairs, 74 (1995) 6, S. 23.

22 Vgl. Sell Mead, The Two Trillion Dollar Mistake, in: Worth, Februar 1996, S. 78–83, 128 f.

kas“ im Sommer 1996 festlegte, rangiert gleich nach der Verhinderung und Abschreckung eines Angriffs auf die USA die Verhinderung des Aufstiegs einer rivalisierenden Hegemonialmacht in Europa und Asien²³.

Jede Hegemonialmacht muß naturgemäß feindlich sein, weil sie den amerikanischen Führungsanspruch schmälert, nach klassischer realpolitischer Anschauung einen Hegemonialkonflikt beginnen wird. In Washington wird dabei natürlich in erster Linie an China, in zweiter an Rußland gedacht; im Pentagon wurden in einer früheren Studie auch Deutschland und Japan erwähnt. Der Historiker Melvyn Leffler nannte als Leitbegriff der amerikanischen Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, daß es weder einem integrierten Europa noch einem vereinigten Deutschland, noch einem unabhängigen Japan erlaubt sein dürfte, sich zur dritten Kraft zu entwickeln²⁴.

In diesen, aus einer vordemokratischen Epoche stammenden, mit dem außenpolitischen Selbstverständnis einer entwickelten Demokratie kaum zu

23 Zitiert nach Klaus-Dieter Frankenberger, Was sind die nationalen Interessen? Ein Versuch, die amerikanische Außenpolitik neu zu formulieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. August 1996, S. 10.

24 Zitiert nach Benjamin Schwarz, Why America Thinks It Has to Run the World, in: The Atlantic Monthly, Juni 1996, S. 101.

vereinbarenden Auffassungen von der Notwendigkeit globaler Hegemonie ist der dritte Grund zu finden, der den Wandel in der Außenpolitik Clintons erklärt. Er ergab sich aus der innenpolitischen Konstellation heraus und wurde von den europäischen Alliierten eingefordert. Er wurde aber ganz offensichtlich auch von den in der politischen Klasse und der politischen Bürokratie der USA inkorporierten, in vierzigjähriger Praxis erprobten Anschauungen erzwungen, denen sich zwar noch der Kandidat, aber nicht mehr der Präsident Bill Clinton entziehen konnte.

Sein Amt lehrte ihn, daß eine Großmacht sich durch die Macht nach außen definiert und nicht durch gesellschaftliche Stärke im Inneren. Das war das Gegenteil dessen, was der Präsidentschaftskandidat Bill Clinton – zu Recht – als die eigentliche politische Herausforderung einer großen Demokratie angesehen hatte: die Existenzentfaltung ihrer Bürger und die Ausstrahlung solcher Leistungen in die internationale Umwelt. Residuale Reste davon sind in der Weltpolitik Clintons noch immer zu erkennen. Im Kontrast zu den außenpolitischen Programmen der Republikanischen Partei, wie sie sowohl im Kongreß wie auf dem Wahlparteitag in San Diego im August 1996 verkündet worden sind, erscheinen diese Reste größer und glanzvoller, als sie es wahrscheinlich noch sind.

Die amerikanische Wirtschaft unter Bill Clinton

I. Die Ausgangslage

George Bush verlor 1992 die Präsidentschaftswahlen, weil die Mehrheit der Wähler mit der Wirtschaftsentwicklung unzufrieden war. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Ronald Reagan, der in seiner ersten Amtszeit ebenfalls eine schwere Rezession durchzustehen hatte, gelang es Bush nicht, seine Landsleute davon zu überzeugen, daß er über die geeigneten Rezepte zur Überwindung der Krise verfüge¹. Der Wahlerfolg Bill Clintons beruhte aber nicht nur auf der Unfähigkeit der amtierenden Administration, den Wählern in schwierigen Zeiten eine Perspektive zu bieten. Der demokratische Herausforderer verstand es auch geschickt, die wirtschaftlichen Sorgen der amerikanischen Mittelklasse zum zentralen Thema seiner Kampagne zu machen. In praktisch jeder Wahlkampfrede betonte Clinton, die achtziger Jahre seien eine Dekade des Niedergangs gewesen, ausgelöst durch die verfehlte Wirtschaftspolitik seiner beiden republikanischen Vorgänger². Er versprach, sich wie ein „Laserstrahl“ auf die ökonomischen Probleme des Landes zu konzentrieren und Amerika zurück auf den Wachstumskurs zu führen. Dies verhalf ihm mehr als alles andere zum Wahlsieg von 1992.

Vier Jahre später brüstet sich die Clinton-Regierung, die Vereinigten Staaten seien wirtschaftlich in einem besseren Zustand als zu jedem anderen Zeitpunkt der vergangenen zwanzig Jahre. In der Tat ist der *Misery-Index*, die Kombination aus Arbeitslosen- und Inflationsrate, auf dem niedrigsten Stand seit dem letzten Amtsjahr des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson. Trotzdem erklärten 46 Prozent der Amerikaner im März 1996, das Land befinde sich in einem langfristigen ökonomischen Abstieg. 57 Prozent stimmten der Aussage zu, die Wirt-

schaftslage verschlechtere sich³. Der Präsident selbst schien diesen Zukunftsängsten Ausdruck zu verleihen, als er im September 1995 – zum Entsetzen seiner Berater – erklärte, Amerika sei in einem Zustand des „funk“ (Verdrossenheit).

Dieser Beitrag verfolgt drei Ziele: Erstens soll überprüft werden, ob die makroökonomische Entwicklung in den letzten vier Jahren tatsächlich so positiv verlief, wie von der Clinton-Administration behauptet. Zweitens wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Politik der amtierenden Regierung für die derzeitige wirtschaftliche Situation der USA verantwortlich ist. Drittens wird versucht zu erklären, warum sich die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht positiver auf die Stimmungslage der amerikanischen Wähler auswirkt. Ein Blick auf die Bedeutung ökonomischer Themen im Präsidentschaftswahlkampf 1996 schließt die Überlegungen ab.

II. Die makroökonomische Entwicklung in der Amtszeit Clintons

Betrachtet man die zentralen Wirtschaftsdaten der USA in den letzten vier Jahren, so fällt die Bilanz positiv aus. In fast allen Bereichen ist eine Verbesserung gegenüber den Zahlen (Tabelle 1) der Vorgängeradministration festzustellen⁴. Das Bruttoinlandsprodukt stieg von 1993 bis 1996 durchschnittlich um real 2,6 Prozent pro Jahr. Die Wachstumsrate war damit deutlich höher als unter der Bush-Regierung (1,6 Prozent), lag aber etwas unter den Werten der Präsidenten Carter und Reagan (je 3,1 Prozent). Die US-Wirtschaft befindet sich im September 1996 im 66. Monat der laufenden Expansionsphase. Nur zwei der zehn Konjunkturaufschwünge nach dem Zweiten Weltkrieg

Ich danke Viola Schenz M. A. für ihre zahlreichen stilistischen und inhaltlichen Anregungen.

1 Vgl. Stephan Bierling, Zur Lage der US-Wirtschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/1992, S. 35–42.

2 Zur Berechtigung der Vorwürfe Clintons vgl. Stephan Bierling, Das Vermächtnis der Reaganomics, in: Uwe Andersen/Stephan Bierling/Beate Neuss, *Politik und Wirtschaft am Ende des 20. Jahrhunderts*. Festschrift für Dieter Grosser, Opladen 1995, S. 119–134.

3 Laut einer ABC News/The Washington Post-Umfrage; in: *National Journal* (NJ) vom 8. Juni 1996, S. 1280.

4 Die folgenden Zahlen basieren auf dem *Economic Report of the President/The Annual Report of the Council of Economic Advisers*, Washington, D. C. Februar 1996 sowie den Schätzungen des *Office of Management and Budget* vom Juli 1996. Vgl. *Verhaltens Preisentwicklung in den USA*, in: *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) vom 17. Juli 1996, S. 10.

Tabelle 1: Die Entwicklung der US-Wirtschaft seit 1981 (Angaben in Prozent)

Zeitraum bzw. Jahr	1981/88 Reagan	1989/92 Bush	1993/96* Clinton	1993	1994	1995	1996*
Bruttoinlandsprodukt (BIP) (reales Wachstum)	3,1	1,6	2,6	2,2	3,5	2,0	2,6
Preissteigerung	4,7	4,4	2,9	3,0	2,6	2,8	3,1
Arbeitslosenquote	7,5	6,2	6,0	6,8	6,1	5,6	5,4
Haushaltsdefizit (Anteil am BIP)	4,4	4,1	2,8	4,1	3,1	2,3	1,6
Handelsbilanzdefizit (Anteil am gesamten Warenaus- tausch)	17,0	11,0	12,3	12,7	14,2	12,0	10,5

Quelle: Economic Report of the President, Washington, D. C. Feb. 1996; eigene Berechnungen; * = Schätzungen.

– die Booms der sechziger Jahre und der Reagan-Ära – hielten länger an, der Durchschnitt betrug 50 Monate. Auch stieg das Bruttoinlandsprodukt in Amerika seit 1993 schneller als im Durchschnitt der OECD-Länder.

Die Inflationsrate lag unter Clinton trotz der guten Wachstumszahlen mit 2,6 Prozent so niedrig wie seit den sechziger Jahren nicht mehr. Selbst während der Amtszeit von Bush, die von einer hartnäckigen Rezession gekennzeichnet war, stiegen die Preise im Durchschnitt noch mit 3,8 Prozent.

Das Haushaltsdefizit ging nominal von 290 Mrd. US-Dollar im Jahr 1992 auf 116 Mrd. US-Dollar 1996 zurück⁵. Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt fiel die Neuverschuldung noch signifikanter, nämlich von 4,9 Prozent auf 1,6 Prozent. Damit weisen die USA das niedrigste Budgetdefizit der sieben großen Industriestaaten (G7) auf. Als einzigem Präsidenten der Nachkriegszeit ist es Clinton gelungen, das Minus im Staatshaushalt in vier aufeinanderfolgenden Jahren zu verringern. Das erste Mal seit 1981 reduzierte sich 1996 die gesamte Staatsschuld als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, und zwar von 70,3 Prozent auf unter 70 Prozent.

Auch die Arbeitslosenzahlen entwickelten sich positiv. Im Durchschnitt der letzten vier Jahre waren sechs Prozent der US-Bürger ohne Beschäftigung. Der Trend ist noch beeindruckender: Während in Kontinentaleuropa und Japan die Erwerbslosigkeit in den letzten vier Jahren anstieg, fiel sie in den USA von 7,4 Prozent im Jahr 1992 auf 5,4 Prozent 1996. Im August 1996 erreichte sie sogar ein Sieben-Jahres-Tief. Seit Clintons Amtsan-

tritt wurden netto fast elf Mio. neue Stellen geschaffen. Langzeitarbeitslosigkeit spielt in den Vereinigten Staaten anders als in Europa keine große Rolle: Lediglich 1,8 Prozent der Erwerbstätigen suchten länger als 15 Wochen nach einer neuen Stelle. Für weiße Frauen und Männer im Alter von über 20 Jahren lag die Arbeitslosenquote 1995 bei 4,3 Prozent, bei ihren schwarzen Alterskollegen bei knapp neun Prozent. Allerdings sind schwarze Teenager zu fast 35 Prozent ohne Beschäftigung.

Den einzigen Schatten auf die fast makellose makroökonomische Bilanz der Clinton-Administration wirft das Defizit in der Handelsbilanz. Es stieg von 96 Mrd. US-Dollar 1992 auf 160 Mrd. US-Dollar 1995 an. Am größten war das Minus im Warenaustausch dabei 1995 mit Japan (59,3 Mrd. US-Dollar), China (33,8 Mrd. US-Dollar), Kanada (18,2 Mrd. US-Dollar) und Mexiko (15,5 Mrd. US-Dollar)⁶. Der Anstieg des Defizits seit 1992 wurde allerdings vor allem dadurch verursacht, daß die Wirtschaft der USA in den letzten vier Jahren deutlich schneller wuchs als die ihrer wichtigsten Handelspartner Kanada, Japan, Mexiko und der Europäischen Union (EU). Dies führte zu einer raschen Steigerung der Importe aus diesen Ländern, während die Exporte dorthin stagnierten oder nur langsam wuchsen. Als Anteil am gesamten amerikanischen Außenhandel ist das Defizit im gegenwärtigen Konjunkturzyklus aber deutlich niedriger als im vergangenen. Hatte es auf dem Höhepunkt des letzten Wirtschaftsaufschwungs 1987 noch 24,2 Prozent betragen, so lag es 1995

5 Vgl. Eric Pianin, Report Shows Deficit Diving to \$ 116 Billion, in: Washington Post vom 16. August 1996, S. D1/D8.

6 Während das Defizit mit Japan jedoch tendenziell abnimmt, steigt dasjenige mit China rasch an. Im Juni 1996 war das amerikanische Handelsbilanzminus mit China erstmals größer als das mit Japan. Vgl. Robert Hershey, China Has Become Chief Contributor to U.S. Trade Gap, in: New York Times/National Edition vom 21. August 1996, S. 1/C4.

nur noch bei 12 Prozent. Auch nominal geht das Defizit zurück: In den ersten sechs Monaten des Jahres 1996 lag es um 14,2 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres⁷.

III. Clintons Wirtschaftspolitik

Amerika scheint sich vor den Präsidentschaftswahlen 1996 also in der besten aller ökonomischen Welten zu befinden: stetiges Wachstum bei geringem Inflationsdruck, annähernde Vollbeschäftigung, niedrige Neuverschuldung und ein tendenziell fallendes Außenhandelsdefizit. Schwieriger zu beantworten als die Frage nach dem Zustand der US-Wirtschaft ist jedoch die Frage, inwieweit die Politik der amtierenden Administration für diese positive Bilanz verantwortlich zeichnet. Dazu sollen zunächst die Inhalte und die Implementierung von Clintons Wirtschaftspolitik analysiert werden.

1. Das Programm der „Clintonomics“

Obwohl Clintons Wahlkampfschrift von 1992 *Putting People First*⁸ ein Sammelsurium von unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Ideen bildete, gelang es dem Kandidaten damals, alles in den Kontext seiner zentralen ökonomischen Botschaft zu stellen: Der Staat kann eine wichtige Rolle bei der Genesung der US-Wirtschaft spielen und dadurch die Position Amerikas im internationalen Wettbewerb stärken. Diese Vorstellungen leiteten Clinton auch bis zu den Kongreßwahlen von 1994. Der Präsident und seine engsten Wirtschaftsberater zeigten sich skeptischer als ihre Vorgänger gegenüber den Selbstheilungskräften des Marktes und betrachteten es als ihre Aufgabe, in das Marktgeschehen einzugreifen und Marktergebnisse zu korrigieren⁹. Die OECD stellte Ende 1993 so auch fest, die Regierung Clinton beabsichtige, „aktiv auf die Verwirklichung solcher Ziele hinzuwirken, wie Beseitigung der sich tendenziell vergrößernden Einkommensunterschiede, beschleunigte Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Steigerung der materiellen und immateriellen Investitionen zur Verbesserung der Produktivitäts-

ergebnisse und zur Förderung des Realeinkommenswachstums“¹⁰.

Der neue Präsident versuchte, diese Ziele durch höhere Staatsinvestitionen in die Infrastruktur und die Erziehung, die Förderung von Hochtechnologieprojekten und eine Reduzierung der Neuverschuldung zu erreichen. Auf dem Papier bildete dies ein schlüssiges Konzept. In der Realität erwies es sich aber aus zwei Gründen als problematisch: Erstens basierte es auf einer falschen, da politisch motivierten Einschätzung der Wurzeln der amerikanischen Wirtschaftsprobleme; die Rezepte gingen deshalb an den wirklichen Schwierigkeiten vorbei. So hat das Forschungsinstitut der Unternehmensberatungsfirma McKinsey nachgewiesen, daß weder technologische Rückständigkeit und mangelnde Ausbildung der Arbeiterschaft noch zu geringe Investitionen die Hauptursachen dafür sind, daß die USA in einigen Industriesektoren weniger produktiv sind als ihre Mitbewerber. Das habe vielmehr mit der Organisation der Arbeitsabläufe zu tun¹¹. Zweitens zeigte sich, daß ein solches Programm, selbst wenn Clintons Ursachenanalyse zutreffend gewesen wäre, wegen der angespannten Haushaltslage und der Dominanz politisch-opportunistischer über wirtschaftlich-rationale Überlegungen im Kongreß kaum konsistent durchsetzbar war. Das Schicksal, das seine wichtigsten ökonomischen Initiativen in seinen ersten beiden Amtsjahren erlitten, untermauert diese skeptische Sichtweise.

2. Phase aktiven Regierens (1993/94)

So scheiterte Clinton mit seinem Versuch, die Staatsausgaben weg vom konsumtiven hin zum investiven Bereich zu verlagern. Im April 1993 fiel sein Stimuluspaket im Umfang von 16 Mrd. US-Dollar einem republikanischen Filibuster im Senat zum Opfer. Im Sommer strich der Kongreß im Zuge der Defizitreduzierung die vom Präsidenten im Budgetentwurf für das Fiskaljahr 1994 vorgesehenen 140 Mrd. US-Dollar für neue Investitionen auf 11,5 Mrd. US-Dollar zusammen¹². In seinem Haushaltsplan für 1995 unternahm Clinton erneut den Versuch, die Investitionsausgaben zu erhöhen,

10 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), OECD Wirtschaftsberichte, 1992–1993: Vereinigte Staaten, Paris 1993, S. 138.

11 Vgl. Sylvia Nasar, Some New Readings On Competitive Edge, in: International Herald Tribune (IHT) vom 22. Oktober 1993, S. 1/4; Jonathan Rauch, The Visible Hand, in: NJ vom 9. Juli 1994, S. 1612–1617.

12 Für eine detaillierte Schilderung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse in der Administration und im Kongreß im Jahr 1993 siehe Bob Woodward, The Agenda, New York 1994.

7 Vgl. ebd.

8 Bill Clinton/Al Gore, Putting People First: How We Can All Change America, New York 1992.

9 Besonders deutlich tritt diese Einstellung zutage im Jahresbericht des Council of Economic Advisers vom Februar 1994. Vgl. Economic Report of the President/The Annual Report of the Council of Economic Advisers, Washington, D. C. February 1994. Vgl. dazu Temperamentvolle Absage an die Reaganomics, in: NZZ vom 17. Februar 1994, S. 11.

insbesondere für Erziehung, Fortbildung, Infrastruktur- und Energieprojekte, Arbeitsbeschaffungsprogramme und eine landesweite „Informationsschnellstraße“. Da die Einnahmen jedoch nicht dramatisch anstiegen, hätte Clinton gemäß den 1993 bestärkten Haushaltsobergrenzen für ungebundene Ausgaben Programme vieler Abgeordneter zusammenstreichen müssen, um seine Vorschläge zu finanzieren. Darunter befanden sich Posten wie Subventionen für den Massentransport, Heizungszuschüsse für Wenigverdienende, Bundeshilfen für Stadtentwicklung und der soziale Wohnungsbau¹³. Angesichts der Tatsache, daß der Präsident 1993 nicht einmal sein Wahlkampfversprechen einer Abschaffung der Staatszuschüsse für Imker durch den Kongreß bringen konnte, verwunderte es nicht, daß seinem Vorhaben, 115 Programme ersatzlos zu streichen und weitere 200 zu kürzen, nur geringer Erfolg beschieden war¹⁴.

Die Förderung der Hochtechnologie erlitt ein ähnliches Schicksal. Ausgehend von der Prämisse, daß die USA in vielen Bereichen der Hochtechnologie nicht mehr wettbewerbsfähig sind, wollte Clinton verstärkt in Zivil- und Mehrzweck-Technologieprojekte investieren. Unter dem Diktat leerer Kassen fielen die tatsächlich zur Verfügung gestellten Beträge jedoch bescheiden aus. Zudem belegen Statistiken die im Vergleich zu privatwirtschaftlichen Maßnahmen geringeren Produktivitätsgewinne öffentlich finanzierter Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (F & E). Dies hängt nicht nur mit dem hohen Anteil an den F & E-Subventionen zusammen, die in den Militärsektor gehen, sondern ist auch Folge des starken Einflusses des Kongresses auf die Mittelzuweisungen für zivile Forschung¹⁵. Insgesamt ist die Bürokratie bisher den Nachweis schuldig geblieben, daß sie die Wachstumssektoren besser identifizieren kann als die Privatwirtschaft¹⁶. Clintons Hoffnung, die amerikanische Hochtechnologie durch staatliche Gelder leistungsfähiger zu machen, scheint deshalb auf Sand gebaut.

Auf den ersten Blick erfolgreich war Clinton dagegen bei einem Problem, dem er in seinem Präsi-

dentschaftswahlkampf wenig Aufmerksamkeit gewidmet hatte: der Reduzierung des Budgetdefizits. Erst unter öffentlichem Druck, ausgelöst vor allem durch den unabhängigen Kandidaten Ross Perot, wandte sich Clinton dieser Frage zu. Sein Plan, das Defizit in seiner Amtszeit um insgesamt 500 Mrd. US-Dollar abzubauen, fand in beiden Häusern des Kongresses eine knappe Mehrheit¹⁷. Die Zahl überzeichnet jedoch die tatsächliche Konsolidierung, da das Referenzniveau recht willkürlich gewählt war. Wie Reagan und Bush vor ihm entschied sich auch der neue Präsident, den einfachen Weg einzuschlagen: Weder kam es zu wesentlichen Einschnitten bei den Ausgaben noch zu substantiellen Einnahmeerhöhungen. Seine mit vielen Vorschuß-Lorbeeren bedachte Energiesteuer ließ er fallen, als sie im Kongreß auf Widerstand stieß. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes von 33 auf 40 Prozent stellte mehr ein politisches Symbol dar, als daß sie zu einer bedeutenden Einnahmesteigerung führte. Die Privilegien der Mittelklasse blieben weitgehend unangetastet.

Insgesamt war der Umfang von Clintons Haushaltssanierungspaket von 1993 (Omnibus Budget Reconciliation Act) vom Umfang her vergleichbar mit dem seines Vorgängers aus dem Jahr 1990 (Budget Enforcement Act). Daß das Defizit als Anteil am Bruttoinlandsprodukt dennoch von 4,9 Prozent 1992 auf 2,9 Prozent 1994 zurückging, lag vor allem an den sinkenden Zinsaufwendungen für die Bundesschuld, den geringer als erwartet ausfallenden Kosten für insolvente Sparkassen und die Arbeitslosenhilfe sowie an Mehreinnahmen im Zuge der Konjunkturerholung. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen erklärte Clinton in seiner ersten Ansprache zur Lage der Nation Ende Januar 1994 die Budgetkonsolidierung schon wieder für beendet¹⁸. Seine ein Jahr später vorgelegte mittelfristige Finanzplanung sah denn auch jährliche Defizite von 200 Mrd. US-Dollar bis zum Jahr 2002 vor¹⁹. Nicht einmal rhetorisch zollte der Präsident dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts Tribut.

3. Zeit des reaktiven Regierens (1995/96)

Die Machtübernahme der Republikaner im Kongreß im Januar 1995 läutete das Ende der sowieso

13 Vgl. Viveca Novak, *The Long Brawl*, in: NJ vom 8. Januar 1994, S. 58–62, hier S. 59. Unter den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes von 1993 sind die ungebundenen Bundesaussgaben auf 540 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 1998 begrenzt; selbst ein Inflationsausgleich ist nicht vorgesehen. Annähernd die Hälfte dieser Summe geht an das Pentagon.

14 Vgl. Viveca Novak, *A Budget That Has a Familiar Ring*, in: NJ vom 12. Februar 1994, S. 368 ff.

15 Vgl. OECD (Anm. 10), S. 109.

16 Vgl. Brink Lindsey, *The Has-Been Pundit and the Brand New President*, in: *Wall Street Journal* vom 25. Februar 1993, S. A12.

17 Die Abstimmung über die endgültige Version fand in beiden Häusern des Kongresses nur die Mehrheit von einer Stimme, wobei Vizepräsident Gore im Senat durch sein Votum sogar ein Patt überwinden mußte.

18 Vgl. Ruf Clintons nach einem Ausbau des Sozialstaats, in: NZZ vom 28. Januar 1994, S. 15.

19 Vgl. Schluß mit der US-Haushaltskonsolidierung, in: NZZ vom 8. Februar 1995, S. 11.

nur ansatzweise umgesetzten „Clintonomics“ ein. Die neuen Herren auf Capitol Hill stellten den Haushaltsausgleich in den Mittelpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Agenda. Dazu kamen die Zurückdrängung des Wohlfahrtsstaates und Steuerkürzungen. Auch wenn sich der Eifer, mit dem die Republikaner diese Ziele verfolgten, aus heutiger Sicht politisch nicht ausgezahlt hat, so gelang es der parlamentarischen Mehrheit doch in frappierender Weise, die innenpolitische Debatte zu bestimmen. Zunächst schlossen sich die Demokraten im Senat den Forderungen der Republikaner nach einem ausgeglichenen Budget an. Im Frühjahr wies die Kammer Clintons Haushaltsentwurf für das Fiskaljahr 1995/96, der eine Neuverschuldung von 200 Mrd. Dollar vorsah, mit 99 : 0 Stimmen zurück. Unter dem Druck von Vizepräsident Al Gore und Chefberater Dick Morris schwenkte der Präsident daraufhin auf den republikanischen Kurs ein und wartete am 13. Juni 1995 mit einem neuen Plan auf, der einen Budgetausgleich innerhalb von zehn Jahren vorsah²⁰. Außerdem versprach er Steuererleichterungen für die Mittelklasse, wenn auch in geringerem Umfang als von den Republikanern gefordert. Allerdings versuchte Clinton, wenigstens einige seiner Investitions-, Umwelt- und Ausbildungsprogramme zu retten.

Der Kongreßführung gingen diese Vorschläge jedoch nicht weit genug. Sie forderte tiefere Einschnitte in den Haushalt, um ihre versprochenen Steuererleichterungen zu finanzieren. Aber auch die Republikaner waren nicht dazu bereit, Subventionen und Steuervergünstigungen für die Unternehmen und die Mittelklasse einzuschränken oder die Renten- und Pensionszahlungen anzutasten. Der Löwenanteil der nötigen Einsparungen sollte deshalb nach den Vorstellungen der republikanischen Mehrheit bei den Sozialausgaben erfolgen. Damit bot sich Clinton allerdings eine offene Flanke, seine Widersacher auf Capitol Hill für die angebliche Härte ihrer Vorschläge zu attackieren und sich als Bewahrer sozialer Errungenschaften darzustellen. Es zeigte sich nämlich, daß eine große Mehrheit der Wähler zwar einen ausgeglichenen Haushalt wünschte, schmerzvolle Einschnitte in liebgewonnene Subventionen oder als unsozial empfundene Kürzungen aber nicht akzeptierte. So erachteten 67 Prozent der Amerikaner die Erhaltung des Medicare-Programms und 70 Prozent die Sicherung der staatlichen Altersfürsorge für wichtiger als einen Ausgleich des Staats-

haushalts²¹. Eine überwiegende Mehrheit sprach sich ebenfalls gegen eine Einstellung der öffentlichen Schulspeisung aus.

Durch die Überschätzung ihres Mandats und taktische Fehler eröffneten die Republikaner Clinton die Möglichkeit, sich als Politiker der Mitte zu präsentieren, der ihre zentralen Themen aufnahm, aber bei der Umsetzung weniger radikal vorging. Der Präsident, der den größten Teil des Jahres 1995 wirtschaftspolitisch wenig präsent gewesen war, etablierte sich nun zusehends wieder als eigenständige Kraft. Zu spät bemerkten der Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, und seine wichtigsten Parteifreunde, daß ihr Versuch, Clinton durch die Androhung einer Nicht-Erhöhung der Verschuldungsobergrenze und die Schließung der Regierung zum Einlenken zu zwingen, für sie zu einem politischen Fiasko geriet. Im April 1996 attestierte eine Mehrheit der Wähler dem Präsidenten, sich im Haushaltsstreit verantwortungsbewußter verhalten zu haben als der Kongreß²². Die republikanische Revolution endete im *gridlock*, im Politikstau. Wieder einmal hatte es sich gezeigt, daß das amerikanische System auf Machtkontrolle und Kompromißfindung ausgelegt ist und sich allzu radikalen Kurswechseln verschließt.

4. Die „Clintonomics“ und die Entwicklung der US-Wirtschaft

Insgesamt war Clinton seit 1995 also wesentlich erfolgreicher, die Wirtschaftspläne der Republikaner zu durchkreuzen, als darin, seine eigene Agenda durchzusetzen. Da er auch in seinen ersten beiden Amtsjahren mit seinen wichtigsten Initiativen scheiterte, ist die Frage, inwieweit die „Clintonomics“ für die positive makroökonomische Bilanz der letzten vier Jahre verantwortlich sind, irrelevant. Dies unterscheidet das Wirtschaftsprogramm dieses Präsidenten aber nicht wesentlich von denen seiner Vorgänger. Die Sieben-Billionen-Dollar-Volkswirtschaft der USA ist einfach zu groß, als daß man sie in einer oder zwei Amtszeiten auch nur einigermaßen beeinflussen könnte, zumal in einer Zeit knapper Haushaltsmittel keine Ressourcen für große neue Programme zur Verfügung stehen. Es bedarf schon außergewöhnlicher Entwicklungen – Kriege, einschneidender demographischer Veränderungen, einer dramatischen Ausweitung der Staatsaktivität –, um

21 Vgl. Deutlich tieferes Budgetdefizit in den USA, in: NZZ vom 27. Oktober 1995, S. 9.

22 Vgl. William Schneider, Backlash Boosts Clinton's Prospects, in: NJ vom 20. April 1996, S. 910.

20 Vgl. Bob Woodward, *The Choice*, New York 1996, S. 207 ff.

die Eckdaten einer Volkswirtschaft nachhaltig zu verändern. In normalen Zeiten gilt für die Wirtschaft die Erkenntnis „Politics doesn't matter that much“.

IV. Zukunftsangst trotz Wirtschaftsboom

Auch wenn die Behauptung der Clinton-Administration, sie zeichne für die positive Wirtschaftsentwicklung seit 1993 zu einem guten Teil verantwortlich, einer genauen Überprüfung nicht standhält, so bleibt doch festzustellen, daß die USA sich Mitte der neunziger Jahre in einer glänzenden makroökonomischen Lage befinden und ihre Spitzenstellung in der Weltwirtschaft zurückgewonnen haben. So ermittelte das *Internationale Institut für Managemententwicklung*, wie aus Tabelle 2 ersichtlich, Mitte 1996 die Vereinigten Staaten zum dritten Mal hintereinander als das Land mit der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaft der Erde²³. Studien des *McKinsey Global Institute* gelangen zu dem Schluß, daß die USA nach wie vor die höchste Produktivität beim Einsatz von Kapital und Arbeit vorweisen und den Abstand zu den wichtigsten Mitbewerbern in den letzten Jahren sogar vergrößern konnten²⁴. Trotzdem werden weite Teile der Bevölkerung – insbesondere die untere Mittelschicht – von Zukunftsängsten geplagt. Dies ist vor allem auf drei Ursachen zurückzuführen.

1. Stagnation der Familieneinkommen

Den wichtigsten Grund für die Frustrationen vieler Amerikaner hat Arbeitsminister Robert Reich prägnant formuliert: „In macroeconomic terms, the nation is prospering. But Americans do not live by macroeconomics. They live by home economics. They don't live by official statistics. They live by the number that matters most: the figure on their family paycheck.“²⁵ In der Tat sind die Realeinkommen vieler amerikanischer Familien seit

23 Vgl. Reforms Keep U.S. At Top of League, in: Financial Times vom 28. Mai 1996, S. 5.

24 Vgl. International Institute for Management Development, World Competitiveness Yearbook, Lausanne 1996; International Institute for Management Development/World Economic Forum, World Competitiveness Report, Lausanne 1995; McKinsey Global Institute, Manufacturing Productivity, Washington, D.C. Oktober 1993; dass., Capital Productivity, Washington, D.C. 1996.

25 Robert B. Reich, Frayed-Collar Workers in Gold-Plated Times: The State of the American Workforce 1995, Washington, D.C./Department of Labor, 31. August 1995.

Tabelle 2: Die wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften

Plazierung 1996	Platz 1995
1 USA	1
2 Singapur	2
3 Hong Kong	3
4 Japan	4
5 Dänemark	7
6 Norwegen	10
7 Niederlande	8
8 Luxemburg	17
9 Schweiz	5
10 Deutschland	6
11 Neuseeland	9
12 Kanada	13
13 Chile	20
14 Schweden	12
15 Finnland	18

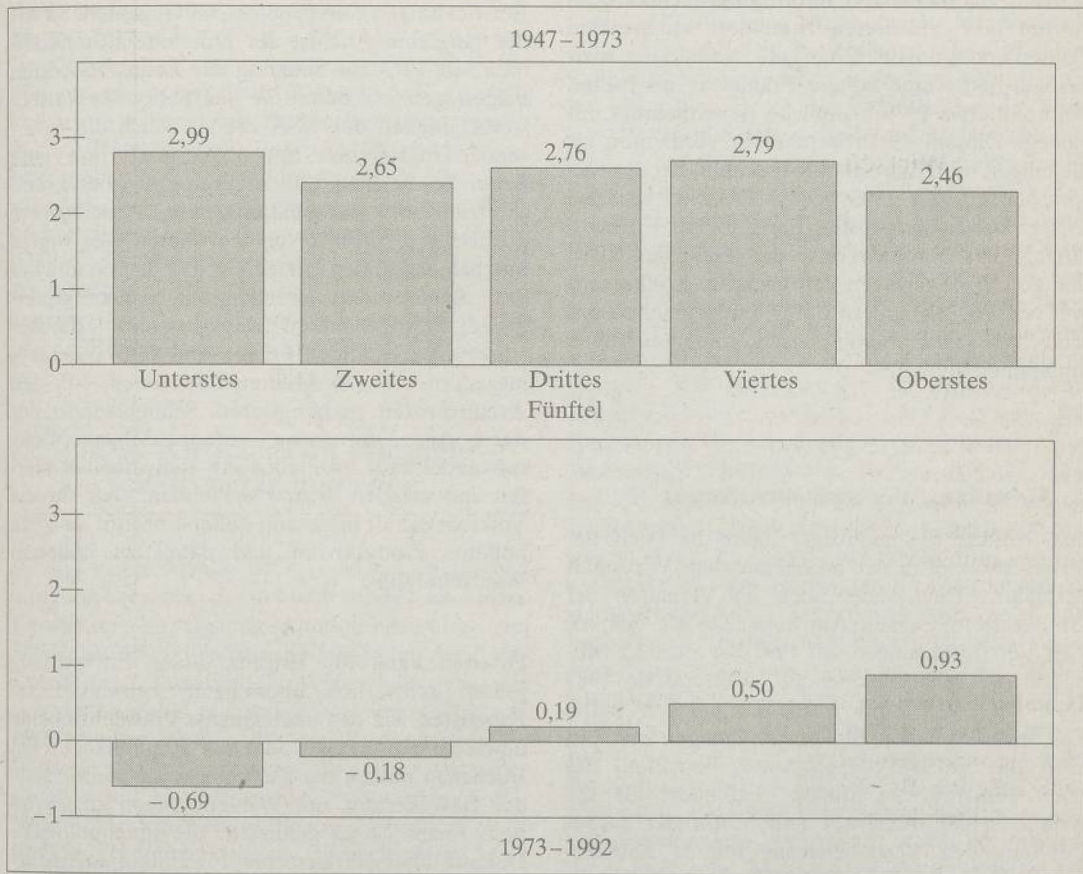
Quelle: International Institute for Management Development, World Competitiveness Yearbook 1996, Lausanne 1996.

1973 nicht oder nur wenig gestiegen. Dies zeigt sich, wenn die gesamte Gesellschaft in Quintile unterschiedlicher Einkommensklassen (Tabelle 3) mit je der gleichen Zahl von Haushalten eingeteilt und die Einkommensentwicklung jedes Quintils untersucht wird. Bis 1973 hatten alle Einkommensgruppen in etwa gleichem Maße an den damals kräftigen Zuwächsen partizipiert, nach 1973 hingegen profitierten nur mehr die oberen beiden Quintile. Die Einkommen des mittleren Fünftels stiegen nur leicht an, die der beiden unteren Fünftel gingen sogar zurück²⁶. Das erste Mal seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 1929 erlebt Amerika ein Sinken der Realeinkommen für große Teile der Erwerbstätigen bei gleichzeitigem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf²⁷. Auch unter Clinton hat sich an dieser Entwicklung nichts Grundsätzliches geändert. 1993 und 1994 fielen die durchschnittlichen Familieneinkommen weiter, um sich in den letzten beiden Jahren wieder etwas zu

26 Vgl. Economic Report of the President, February 1994, Washington, D.C. 1994, S. 117.

27 Vgl. Lester Thurow, Why Their World Might Crumble. How Much Inequality Can a Democracy Take?, in: The New York Times Magazine vom 19. November 1995, S. 78 f.

Tabelle 3: Durchschnittliches jährliches Wachstum des mittleren Familieneinkommens nach Einkommensquintil (in Prozent)



Quelle: Economic Report of the President, Washington, D. C. February 1994, S. 117.

erholen. Ob diese Entspannung – ebenso wie die verbesserte Qualität der seit 1994 neu geschaffenen Arbeitsplätze²⁸ – nur ein vorübergehendes Phänomen darstellt oder eine Trendwende einleitet, ist noch nicht zu beurteilen. Auch müssen die Einkommen über längere Zeit steigen, um die Verluste der letzten zwanzig Jahre auszugleichen und die Stimmungslage der Amerikaner zu beeinflussen. Im Juni 1996 gaben auf jeden Fall nur einmal gerade zehn Prozent der Befragten an, ihr Familieneinkommen steige schneller als die Inflationsrate. 51 Prozent sahen eine Verschlechterung ihrer Position²⁹.

28 Ein Bericht der Clinton-Administration zeigte im Frühjahr 1996, daß in zwei Dritteln der vom Februar 1994 bis zum Februar 1996 neu geschaffenen Arbeitsplätze mehr als der Durchschnittslohn bezahlt wurde. Vgl. Report by the Council of Economic Advisers/U. S. Department of Labor, Job Creation and Employment Opportunities: The United States Labor Market, 1993-1996, Washington, D. C. 23. April 1996, S. 5.

2. Wachsende Ungleichheit

Die unterschiedliche Einkommensentwicklung der einzelnen Quintile führte zu einer wachsenden Ungleichheit. 1973 lag das Einkommen des obersten Quintils 7,5 mal über dem des untersten. 1996 war es 11 mal höher. Und der Prozentsatz der Familien, die mehr als 60 000 US-Dollar im Jahr verdienen, stieg in den Jahren 1970 bis 1993 von 20,6 auf 25,2 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm aber auch der Anteil der Familien mit weniger als 20 000 US-Dollar zu, und zwar von 20,3 auf 24,5 Prozent³⁰. Der Hauptgrund für diese stärkere Einkommensspreizung liegt darin, daß die Anforderungen in der heutigen Wirtschaft durch den tech-

29 Laut einer NBC News/Wall Street Journal-Umfrage; in: NJ vom 8. Juni 1996, S. 1280.

30 Vgl. George Church, Are We Better Off?, in: Time vom 29. Januar 1996, S. 37-40. Das Basisjahr für die Dollaranlagen ist 1993.

nologischen Wandel gestiegen sind³¹. So hatten von den 1993 neugeschaffenen 1,7 Mio. Arbeitsplätzen 60 Prozent mit Informationstechnologien zu tun und erforderten zumindest rudimentäre Computerkenntnisse. Eine gute Ausbildung wirft deshalb heute eine höhere Prämie ab als früher. Während etwa 1979 männliche Arbeitnehmer mit College-Diplom 49 Prozent mehr verdienten als diejenigen mit High-School-Abschluß, lag der entsprechende Wert 1993 bei 89 Prozent³². Zudem sorgten der rasche Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen, der Einflußverlust der Gewerkschaften und zu einem geringen Teil auch die Konkurrenz von Niedriglohnländern dafür, daß Personen mit schlechter Qualifikation Einkommenseinbußen hinnehmen mußten³³.

3. „Downsizing“ der Großunternehmen

Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich der Strukturwandel in der amerikanischen Wirtschaft verschärft. Dies findet auch im Verhalten der Großkonzerne seinen Ausdruck. So hat sich die Zahl der Entlassungen seit 1991 bei etwa 3,2 Millionen pro Jahr eingependelt, während sie 1989 noch bei etwa zwei Millionen gelegen hatte. Zudem ist von den Stellenstreichungen erstmals auch das mittlere Management betroffen, das seine Frustrationen stärker artikuliert als die Arbeiterschaft. Ausdruck und Motor der daraus resultierenden Verunsicherung breiter Bevölkerungskreise sind Bestseller wie Jeremy Rifkins „The End of Work“, in dem der Autor argumentiert, der Verlust von Arbeitsplätzen schreite wegen der technologischen Entwicklung stetig voran und sei unaufhaltsam³⁴. Erst kürzlich schürte die *New York Times* in einer siebenteiligen, jeweils mehrere Seiten umfassenden Serie in der das „Downsizing“ der Großkonzerne angeprangert wird, diese Zukunftsängste nach Kräften³⁵.

31 Vgl. Paul Starobin, *Unequal Shares*, in: NJ vom 11. September 1993, S. 2176–2179.

32 Vgl. *Politics into Economics Won't Go*, in: *The Economist* vom 11. Mai 1996, S. 53 f.

33 Allerdings muß festgehalten werden, daß es keinen Konsens in der Wissenschaft über die Gründe für die zunehmende Lohnspreizung gibt. Vgl. John Cassidy, *Who Killed the Middle Class?*, in: *The New Yorker* vom 16. Oktober 1995, S. 83–124, hier S. 122.

34 Vgl. Jeremy Rifkin, *The End of Work*, New York 1995.

35 Vgl. Louis Uchitelle/N. R. Kleinfield, *The Downsizing of America: Paying the Price in People*, in: IHT vom 6. März 1996, S. 1, 6. Die „Downsizing“-Serie war die umfangreichste Berichterstattung über ein Thema seit der Veröffentlichung der Pentagon-Papers Anfang der siebziger Jahre.

4. Konsequenzen

Gesamtwirtschaftlich sind die drei geschilderten Entwicklungen kein Problem, im Gegenteil. So hat der langsame Anstieg der Durchschnittseinkommen seit 1973 zur Senkung der Lohnstückkosten beigetragen und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der USA erhöht. Auch die wachsende Ungleichheit hat ökonomisch ihre gute Seite. So belegen Ländervergleiche, daß Lohnspreizung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze positiv korrelieren³⁶. Nur über diesen Weg war es möglich, die in den letzten zwanzig Jahren neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Nachkriegsjahrgänge, die sogenannten „Baby-Boomers“, die verstärkt erwerbstätigen Frauen und Einwanderer – insgesamt etwa 25 Millionen Personen – in den Arbeitsprozeß zu integrieren. Schließlich ist der durch das „Downsizing“ vorangetriebene Strukturwandel zwar zweifellos mit individuellen Härten und sozialen Kosten verbunden, aber für die Volkswirtschaft insgesamt äußerst positiv, da er zu höherer Produktivität und damit zu höherem Wohlstand führt³⁷.

Politisch kann die Brisanz dieser Entwicklung jedoch schwerlich überschätzt werden. Denn Populisten wie der unabhängige Präsidentschaftsbewerber Ross Perot oder der Republikaner Pat Buchanan nutzen die Zukunftsängste weiter Teile der Bevölkerung, um Wählerstimmen zu gewinnen. Ihnen ist es gelungen, die innenpolitische Debatte über die Ursachen für Einkommensstagnation, wachsende Ungleichheit und Massenentlassungen mit ihren Argumenten zu dominieren. Demnach sind diese Entwicklungen Folge unfairer Praktiken der Handelspartner, der Konkurrenz der Niedriglohnländer, der zunehmenden Zahl von Immigranten sowie des Desinteresses des wirtschaftlichen und politischen Establishments am Schicksal der unteren Mittelklasse³⁸. Im Vorwahlkampf der Republikaner um die Präsidentschaftsnominierung 1996 war Buchanan mit seinen Angriffen auf die „unsoziale“ Politik des Big Business derart erfolgreich, daß sich selbst sein gemä-

36 Vgl. Elaine Buckberg/Alun Thomas, *Lohndifferenzen und Beschäftigungswachstum in den Vereinigten Staaten*, in: *Finanzierung & Entwicklung*, Juni 1995, S. 16–19.

37 Für eine nüchterne, ökonomisch überzeugende Diskussion der Arbeitsmarktentwicklung siehe *Erhöhte Zukunftsangst der Amerikaner*, in: NZZ vom 9./10. März 1996, S. 15; *A World Without Jobs?*, in: *The Economist* vom 11. Februar 1995, S. 21 ff.; Thomas Crampton, *The End of Jobs? Labor Analysts Claim the Doomsayers Are Wrong*, in: IHT vom 8. Mai 1995, S. 9.

38 Vgl. Robert Wright, *Who's Really to Blame?*, in: *Time* vom 6. November 1995, S. 33–37.

Bigter Mitbewerber Bob Dole genötigt sah, ähnliche Töne anzuschlagen.

Auch im Präsidentschaftswahlkampf wagt es keiner der beiden Kandidaten, den Argumenten der Populisten mutig entgegenzutreten. Wer im Zweiparteiensystem mehrheitsfähig sein will, kann es sich nämlich kaum leisten, die Erklärungsmuster dieser Wählergruppe für ihre wirtschaftlichen Nöte unberücksichtigt zu lassen, selbst wenn dies die Aufgabe bisheriger programmatischer Eckpfeiler bedeutet. So laufen die Abkehr vom Freihandel, die Reduzierung der Auslandshilfe, die Beschränkung der Einwanderung den Inhalten zuwider, für die die Demokraten seit Roosevelt und die Republikaner seit Eisenhower standen.

V. Die Wirtschaft im Präsidentschaftswahlkampf 1996

Positive Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Situation bei verbreiteten Frustrationen wegen der Entwicklung der eigenen ökonomischen Lage – so läßt sich schlagzeilenartig die Stimmung der Amerikaner im Wahlkampfsjahr 1996 wiedergeben. Es verwundert dabei nicht, daß eine überwältigende Mehrheit der Wähler, die den Zustand der US-Wirtschaft positiv beurteilen, für den Amtsinhaber stimmen will. Es überrascht jedoch, daß auch diejenigen, die mit Bangen in die Zukunft blicken, Clinton gegenüber seinem Herausforderer Dole bevorzugen. Der Grund: Mit ihrem Versuch, die staatlichen Sozialleistungen einzuschränken, haben die Republikaner nach ihrer Machtübernahme im Kongreß 1995 die wirtschaftlich verunsicherten Wähler in die Arme der Demokraten getrieben³⁹. Clinton verstand es darüber hinaus geschickt, seine politischen Gegner als ideologische Eiferer hinzustellen und sich selbst als Beschützer der Interessen der Mittelschicht zu präsentieren.

Die Debatte um die Erhöhung des Mindestlohnes pro Arbeitsstunde von 4,35 auf 5,15 US-Dollar verdeutlicht diese Strategie. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Ökonomen einen solchen Schritt als arbeitsplatzvernichtende Sondersteuer auf Unternehmen ablehnte, unterstützte der Präsi-

dent entsprechende gesetzliche Maßnahmen. Getragen wurde dieser Akt ökonomischen Populismus von Umfragen, die zeigten, daß fast 80 Prozent der Wähler eine Erhöhung des Mindestlohns befürworteten⁴⁰. Die Republikaner, die sich einem solchen Schritt lange Zeit widersetzt hatten, mußten unter dem Druck der Öffentlichkeit im Sommer 1996 schließlich einlenken. Durch solche und ähnliche Aktionen gelang es den Demokraten seit dem Frühjahr 1996, jene Wähler wieder stärker an sich zu binden, die traditionell bei dieser Partei wirtschaftlichen Schutz suchen.

Die Erfahrung zeigt, daß ein amtierender Präsident nur dann nicht wiedergewählt wird, wenn sein Herausforderer in ökonomisch schwierigen Zeiten überzeugendere wirtschaftspolitische Rezepte anzubieten vermag. Dies taten alle drei Kandidaten, die seit dem Ersten Weltkrieg einen Amtsinhaber entthronten: Roosevelt 1932, Reagan 1980 und Clinton 1992⁴¹. Clinton ist sich dieses Umstandes natürlich bewußt und agiert entsprechend. Der wichtigste Schachzug war, seinen Gegenkandidaten Dole durch die Übernahme der „republikanischen“ Forderungen nach einem ausgeglichenen Haushalt und Steuerkürzungen seiner zugkräftigsten Themen zu berauben⁴². Dessen Kampagne leidet seitdem darunter, daß er einen Präsidenten, der sich wirtschaftspolitisch in der Mitte des Spektrums bewegt, nur von der Flanke her attackieren kann. Um überhaupt die ökonomische Karte spielen zu können, mußte Dole zu aufsehenerregenden Vorschlägen Zuflucht nehmen, die jedoch vom „Mainstream“ der Volkswirte kritisch kommentiert werden. Auch die Mehrheit der Wähler scheint an einem grundlegenden Wandel der Wirtschaftspolitik wenig interessiert. So hat Doles Versprechen, unter seiner Präsidentschaft die Steuern um 548 Mrd. US-Dollar zu kürzen, bisher nicht dazu beigetragen, den Abstand zu Clinton in den Meinungsumfragen zu verringern. Es scheint, als ob George Stephanopoulos, ein enger Vertrauter des Präsidenten, mit seiner Feststellung Recht behalten sollte: „Very few things can derail a president when the economy is strong.“⁴³

40 Laut einer NBC News/Wall Street Journal-Umfrage, in: NJ vom 8. Juni 1996, S. 1280.

41 Der Wahlsieg Carters 1976 ist hier nicht berücksichtigt, da Ford zwar amtierender, aber nicht vom Volk gewählter Präsident war und nur gut zwei Jahre regierte.

42 Vgl. Clinton's Agenda, in: Business Week vom 2. September 1996, S. 30–38.

43 Zit. in: Beth Belton/Del Jones, Clinton Counts on Economy, in: USA Today vom 3. September 1996, S. 10B/9B.

39 Vgl. William Schneider, Edge to Clinton, For Better or Worse, in: NJ vom 27. April 1996, S. 966.

Michael Minkenberg

Die amerikanische konservative Revolution

Radikale Rechte und Republikanische Partei
am Ende des Jahrhunderts

I. Einleitung

Die US-amerikanischen Wahlen von 1994 wurden vielfach als „konservative Revolution“ charakterisiert. In ideologischer Hinsicht stehen sie durchaus in der Kontinuität der „Reagan Revolution“ und anderer Varianten eines konservativen Wandels in den USA¹. Trotz der inzwischen fast inflationären Verwendung dieser Bezeichnung ist sie angesichts der Tragweite der damit zusammengefaßten Veränderungen durchaus berechtigt. Denn mit diesem Begriff läßt sich, über die Tatsache einer historisch spektakulären konservativen Mehrheit im Kongreß hinaus, durchaus eine tiefgreifendere Entwicklung bezeichnen: das Voranschreiten einer nationalen rechtsradikalen Bewegung mit weitreichenden Folgen für den Parteienwettbewerb und für politische Optionen, die die „Reagan Revolution“ in den Schatten stellt.

Die republikanischen Vorwahlkämpfe von 1996 bestätigen diese Entwicklung sehr deutlich. Wie vor vier Jahren erzielte der rechtsradikale Kandidat Pat Buchanan durchschnittlich 22 Prozent aller Stimmen, anders als vor vier Jahren jedoch in einigen Staaten auch noch dann, als längst klar war, daß Bob Dole nominiert werden würde. Zwar lag Buchanan nur in zwei Staaten vor Dole (New Hampshire und Louisiana), aber mit drei Millionen Stimmen gegenüber Bob Doles acht Millionen konnte er seine Wählerbasis gegenüber den Vorwahlen von 1992 noch ausbauen. Darin manifestiert sich eine rechtsradikale Bewegung als nunmehr fester Bestandteil des politischen Spektrums in den USA. Offensichtlich stimmt heute mehr denn je, was Seymour M. Lipset und Earl Raab im Vergleich von rechts- und linksextremen Bewegungen in den USA festgestellt haben: „Extreme rightist movements have been more indigenous to

America and have left more of a mark on its history.“²

II. Kulturnation Amerika: Elemente der neurechten Agenda

1. Vom alten zum neuen Rassismus

Einer der grundlegenden Widersprüche in der amerikanischen politischen Kultur, die bei einer allzusehr auf liberale Tradition und die *civic culture* fixierten Sichtweise leicht aus dem Blick geraten, ist das „amerikanische Dilemma“ (Myrdal), d.h. die Diskrepanz zwischen den universalistischen Werten und Versprechen der amerikanischen Demokratie und den Institutionen und Praktiken des Rassismus. Die bis in die jüngste Gegenwart in den Südstaaten praktizierte Verweigerung elementarer Grundrechte gegenüber Schwarzen und die Fortführung der *white supremacy*, im biologischen Rassismus wissenschaftlich gerechtfertigt und so mit dem vorherrschenden Fortschritts- und Rationalitätsglauben kompatibel gemacht, wurde auch von den liberalen Reformen des New Deal stillschweigend übergangen. So stellte lange Zeit der Rassismus ein für weite Teile der Öffentlichkeit akzeptables Deutungsmuster mit breiter kultureller Resonanz dar. Als wichtigste Organisationen einer rassistischen Rechten sind vor allem zu nennen der *Ku Klux Klan*, der in den zwanziger Jahren vier bis fünf Millionen Mitglieder hatte und vor allem von christlichen Fundamentalisten unterstützt wurde³, die 1958 gegründete *John Birch Society*⁴ und die Bewegung des

2 Seymour M. Lipset/Earl Raab, *The Politics of Unreason. Right-wing extremism in America 1790–1977*, Chicago 1978, S. 3 u. 24–30.

3 Vgl. Michael Cox, *Beyond the Fringe. The Extreme Right in the United States of America*, in: Paul Hainsworth (Hrsg.), *The Extreme Right in Europe and the USA*, London 1992, S. 287–292; S. M. Lipset/E. Raab, ebd., S. 116–131.

4 Vgl. Benjamin Epstein/Arnold Forster, *The Radical Right. Report on the John Birch Society*, New York 1967; S. M. Lipset/E. Raab (Anm. 2), S. 248–337.

1 Vgl. Kurt Shell, *Der amerikanische Konservatismus*, Stuttgart 1986, S. 164–175; Michael Minkenberg, *Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA*, Baden-Baden 1990.

Südstaaten-Gouverneurs George Wallace in den sechziger Jahren, der den *white backlash* gegen die Reformen der Bürgerrechtsbewegung und gegen das liberale Washingtoner Polit-Establishment mobilisierte und in der Präsidentschaftswahl von 1968 fast zehn Millionen Wählerstimmen erhielt⁵. Jedoch entstand keine dem europäischen Faschismus vergleichbare nationale rechtsextreme Bewegung. So fristen die etwa fünfzig von der *Anti-Defamation League* in den achtziger Jahren gezählten, mehrere tausend „weiße Revolutionäre“ umfassenden Gruppen, die der Neonazi-Szene zugehören oder der antisemitischen *Christian Identity* Theologie verhaftet sind (*Aryan Nation, The Order, Posse Comitatus*), ein marginales Dasein ohne größere Resonanz ihrer Themen in der amerikanischen Öffentlichkeit⁶.

Wie in westeuropäischen Demokratien markiert auch in den USA das Jahr 1968 einen Wendepunkt in der Politik, an dem sich ein umfassender gesellschaftlicher Modernisierungsschub ablesen läßt. Dazu gehören neue emanzipatorische soziale Bewegungen (vor allem Bürgerrechts- und Frauenbewegung), eine Politik des Ausbaus des Sozialstaats (*Great Society*) und eine Reihe liberaler Reformen und Gerichtsurteile, insbesondere die *Voting Rights-* und *Civil Rights-Gesetze* 1964 und 1965, *affirmative action-* und *school busing-*Programme und die Entscheidungen des *Supreme Court* zur Abschaffung des Schulgebets in öffentlichen Schulen in *Engel v. Vitale* (1962) und zur Legalisierung von Abtreibung in *Roe v. Wade* (1973)⁷.

Für die Rechte in den USA, insbesondere den Rechtsextremismus, war „1968“ äußerst bedeutend. Denn die Einlösung der Menschenrechte und der amerikanischen Verfassung für die Schwarzen einhundert Jahre nach dem 14. Amendment hatte zur Folge, daß der institutionelle Rassismus auch im Süden abgebaut wurde. Die damit einhergehende Delegitimierung des ‚offenen Rassismus‘ entzog jeder zukünftigen Mobilisierung eines „*white backlash*“ à la George

Wallace den Boden. Rassistische Organisationen wie der *Ku Klux Klan*, der im Laufe der sechziger Jahre massiv gegen die Bürgerrechtsbewegung mobilisierte und noch einmal erheblichen Zulauf hatte – er verzeichnete 1967 mit 55 000 Mitgliedern den höchsten Stand seit den zwanziger Jahren und schreckte auch nicht vor der Ermordung von Schwarzen zurück –, erlebten in den siebziger und achtziger Jahren einen unaufhaltsamen Niedergang. So ist der *KKK* heute in fast zwanzig Gruppen mit insgesamt mehreren tausend Mitgliedern zersplittert⁸.

Diese Entwicklungen bedeuten allerdings keineswegs, daß der Rassismus in den USA überwunden ist und das „amerikanische Dilemma“ der Vergangenheit angehört⁹. Zum einen sind diskriminierende Praktiken weiterhin Bestandteil des Alltags in den ethnischen Beziehungen, und gelegentlich kommt es zu gewalttätigen Ausschreitungen als Folge der Spannungen (z. B. in Los Angeles 1992) oder zu gezielter Gewalt gegen Sachen oder Personen aus der schwarzen Gemeinschaft (z. B. die Kirchenbrände in den Südstaaten 1996). Zum anderen geht die allgemeine Akzeptanz der Integration und Gleichberechtigung der Schwarzen mit vehementer Ablehnung konkreter Programme zur Durchsetzung derselben (besonders *school busing* und *affirmative action*) einher¹⁰. Schließlich zeigt die Unterstützung für David Duke in der U. S.-Senatswahl in Louisiana von 1990 (40 Prozent) und in den *primaries* der Gouverneurswahlen von Louisiana 1991 (32 Prozent), daß eine Vergangenheit als Neonazi und Führer des *Klan* keine abschreckende Wirkung auf (weiße) Wähler hat. Zweifellos spielte dabei die besondere politische Situation in Louisiana eine Rolle. Aber die Stimmen für Duke waren auch ein Ausdruck eines vor allem im Süden verbreiteten neuen „symbolischen Rassismus“, dessen Vertreter nicht mehr biologisch argumentieren, sondern sich als Kritiker von staatlichen Programmen zur Integration der Schwarzen und den angeblich einer Integration im Wege stehenden Werten derselben zu erkennen geben¹¹.

5 Vgl. Thomas Herz, Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Meisenheim am Glan 1975; William Hixson, Search for the American Right Wing. An Analysis of the Social Science Record, Princeton 1992, S. 113–174.

6 Vgl. Leonard Weinberg, The American Radical Right: Exit, Voice and Violence, in: Peter Merkl/Leonard Weinberg (Hrsg.), Encounters with the Contemporary Radical Right, Boulder 1993, S. 185–203; M. Cox (Anm. 3), S. 286–305.

7 Vgl. Dieter Rucht, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt/M. 1994, S. 138–183; Theodore J. Lowi, The End of the Republican Era, Norman 1994, S. 176.

8 Vgl. M. Cox (Anm. 3), S. 290–294; L. Weinberg (Anm. 6), S. 187–190.

9 Vgl. Donald Kinder, The Continuing American Dilemma: White Resistance to Racial Change Forty Years after Myrdal, in: Journal of Social Issues, 42 (1986) 2, S. 151–171.

10 Vgl. William Mayer, The Changing American Mind. How and Why American Public Opinion Changed between 1960 and 1988, Ann Arbor 1992, S. 22–28.

11 Vgl. Douglas Rose (Hrsg.), The Emergence of David Duke and the Politics of Race, Chapel Hill 1992. Zum Konzept des neuen Rassismus vgl. Martin Barker, The New Racism. Conservatives and the Ideology of the Tribe, Frederick 1980. In jüngster Zeit machen, ausgelöst durch die Diskussion

2. Die kulturelle Gegenrevolution: eine christliche Idee von Amerika

Während „1968“ das Ende des alten Südens und des institutionellen Rassismus in den USA signalisiert, bedeutet es zugleich den Beginn der Mobilisierung einer neuen rechten Bewegung, die ein lange verborgenes zweites „amerikanisches Dilemma“ offenbart: die Unvereinbarkeit der universalistischen Prinzipien der amerikanischen Demokratie mit den Institutionen und Ideologien einer dogmatischen Religiosität. Wie die Sklavenhaltergesellschaft konnte sich das puritanische Staatsmodell eines *covenant* auf nationaler Ebene nicht durchsetzen, doch erlaubte es der amerikanische Föderalismus, daß es ebenso wie jene lange Zeit auf regionaler Ebene in einzelnen Staaten so lange fortbestand, wie es nicht direkt mit der liberalen, säkularen Republik kollidierte. Genau dies trat nach 1968 ein, denn mit dem Ausbau des Sozialstaates und der Kompetenzen des Bundes, mit wichtigen legislativen und judikativen Entscheidungen und mit den neuen sozialen Bewegungen wurde ein bislang verborgener Wertekonflikt auf nationaler Ebene offen ausgetragen¹². Eine genuin amerikanische Rechte, die sich als „Mischung aus Bibel und Edmund Burke“¹³ charakterisieren läßt, formierte sich zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte als nationale rechtsradikale Bewegung.

Die Neue Rechte, welche christlich-fundamentalistische Gruppen unter der Führung von Geistlichen wie Jerry Falwell von der *Moral Majority* und Pat Robertson von der *Christian Coalition*, antifeministische Aktivisten wie Phyllis Schlafly vom *Eagle Forum* sowie in Washington, D. C., operierende politische Unternehmer wie Paul Weyrich, Howard Phillips und Richard Viguerie umfaßt, vertritt eine radikale Variante des Projekts einer amerikanischen Kulturnation. Diese stellt in ihrer Konsequenz die Verfassungswirklichkeit der amerikanischen Demokratie zumindest teilweise in Frage und identifiziert als Hauptgegner einen in allen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft tätigen „*secular humanism*“ liberaler Kräfte¹⁴.

um das Buch *The Bell Curve* von Richard Herrnstein und Charles Murray (New York 1994) und die darin vertretene These von der genetisch bedingten niedrigeren Intelligenz der Schwarzen, allerdings wieder vermehrt die vertrauten biologischen Argumente die Runde.

12 Vgl. hierzu K. Shell (Anm. 1), Kap. 4.

13 Theodore J. Lowi, Das amerikanische Dilemma, in: Herbert Dittgen/Michael Minkenbergh (Hrsg.), Das amerikanische Dilemma. Die USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Paderborn 1996, S. 24.

14 Nicht nur diese „Feindbestimmung“ zeigt, daß die anfänglichen Trennungslinien zwischen Neokonservativen und

Im Mittelpunkt der Agenda der Neuen Rechten stehen die Bibel und eine sich daran orientierende Staatsphilosophie, die Etatismus und Populismus miteinander vermengt. Die radikale Kritik der Neuen Rechten am Kongreß, an der Parteienpolitik und den Bundesgerichten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Agenda eine etatistische Staatsphilosophie im Sinne eines Edmund Burke einschließt. Denn sie befürwortet eine Stärkung des Präsidenten gegenüber dem Kongreß, indem es ihm ermöglicht wird, sein Veto jetzt auch gegen einzelne Teile des Haushaltes einzulegen (*line item veto*), eine von gerichtlichen Interventionen möglichst freie Durchsetzungsfähigkeit der Administrationen sowie den Ausbau (einzel)staatlicher Kompetenzen, vor allem im Bereich von *law and order* (z. B. in der Anwendung der Todesstrafe), und des Militärs. Darüber hinaus akzeptiert die Neue Rechte auch den modernen Wohlfahrtsstaat, sofern er überwiegend in den Händen der Einzelstaaten bleibt¹⁵.

Die etatistische Ausrichtung der Neuen Rechten zeigt sich insbesondere, wenn man deren religiös-moralische Agenda in Betracht zieht. Wie der „Religionskrieg“ (Pat Buchanan auf dem Republikanischen Parteitag 1992) der Neuen Rechten um die Wiederzulassung des Schulgebets in öffentlichen Schulen, um das Verbot der Abtreibung und den Abbau staatlicher Förderung von Kunst zeigt, soll der Staat eine Wächterrolle zur Aufrechterhaltung einer öffentlichen Moral einnehmen, die den klassischen Vorstellungen des liberalen Nachwächterstaates entgegengesetzt ist. Diese Vorstellungen zielen auf die Aufwertung von „*family values*“, der Werte der traditionellen amerikanischen Mittelstandsfamilie, doch sie treffen auch den Nerv der amerikanischen Demokratie. Denn dahinter steht eine antimodernistische politische Konzeption: das Programm einer christlichen Demokratie, das sowohl den pluralistischen Verfassungsprinzipien, z. B. der Trennung von Staat und Kirche gemäß der gängigen Auslegung des *First Amendment*, als auch der multikulturellen Realität der amerikanischen Gesellschaft zuwiderläuft.

Ein zusätzliches Gewicht erhält dieser Antimodernismus mit dem spezifischen Nationalismus der Neuen Rechten, der sich in einer moralisch-religiösen Überhöhung der amerikanischen Nation und einem wachsenden Nativismus und Wohl-

Neuer Rechter im Laufe der achtziger Jahre als Folge einer organisatorischen Vernetzung und ideologischen Konvergenz, vor allem im Bereich der „Kulturkritik“ und der Außenpolitik, zunehmend verschwammen. Vgl. hierzu M. Minkenbergh (Anm. 1), S. 148–158.

15 Vgl. T. J. Lowi (Anm. 7), S. 197–208.

standschauvinismus bemerkbar machte. Neben der Ablehnung der amerikanischen Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und dem Widerstand gegen die zunehmende internationale Verflechtung der USA im North American Free Trade Agreement (NAFTA) verbreitet sich eine Gegnerschaft zur gegenwärtigen Einwanderung, die inzwischen von sechzig Prozent der Amerikaner als „schlecht für das Land“ eingestuft wird¹⁶. Wie besonders Pat Buchanans Wahlkämpfe 1992 und 1996 zeigen, verschmilzt die *America First*-Position umstandslos mit der kulturalistischen Agenda der christlichen Rechten¹⁷. Sie endet schließlich in der Konstruktion eines sehr europäisch anmutenden „neuen Rassismus“, der auf „kulturelle Homogenität“ der USA abzielt: „Immigration from countries and cultures that are incompatible with and indigestible to the Euro-American cultural core of the United States should be generally prohibited.“¹⁸

Das antipluralistische Verfassungsverständnis der Neuen Rechten tritt vor allem in moralischen Fragen, in der Frage der Trennung von Staat und Kirche und der Abtreibungsfrage, zutage, bei denen Individualrechte der Gemeinschaft (*family values*) untergeordnet werden. Mit ihrem rigiden Moralismus bildet die Neue Rechte eine ideologische Brücke zu eindeutig rechtsextremen Ideologien und Organisationen. Eine besonders militante Gegnerschaft zu liberalen Positionen ist bei neueren Anti-Abtreibungsorganisationen wie der *Operation Rescue* oder der *Army of God* anzutreffen, aus deren Reihen heraus Brand- und Bombenanschläge auf Abtreibungskliniken verübt und Morddrohungen gegenüber Ärzten und Klinikpersonal ausgesprochen werden¹⁹. Neben den gewalttätigen Abtreibungstätern ist auch *Christian Identity* zu nennen, die etwa 30 Gruppen umfaßt. Diese Organisation vertritt eine antisemitische Verschmelzung des christlichen Fundamentalismus mit einer arischen Rassenlehre und hat Kontakte zu David Duke, dessen politische Philosophie zweifellos völkische und rassistische Elemente enthält²⁰.

16 Newsweek vom 9. August 1993, S. 18 f.

17 Vgl. T. J. Lowi (Anm. 7), S. 211–215.

18 Buchanans Berater Samuel Francis, zit. in: Paul Starobin, *Right Fight*, in: *National Journal* vom 9. Dezember 1995, S. 3025.

19 Vgl. Dallas A. Blanchard/Terry J. Prewitt, *Religious Violence and Abortion. The Gideon Project*, Gainesville 1993. Zwischen 1992 und Anfang 1996 sind fünf Personen von Abtreibungsgegnern ermordet und 42 Kliniken durch Brandanschläge zerstört oder beschädigt worden.

20 Vgl. Lance Hill, *Nazi Race Doctrine in the Political Thought of David Duke*, in: Douglas Rose (Hrsg.), *The Emergence of David Duke and the Politics of Race*, Chapel

III. Die Neue Rechte im politischen Prozeß: Mobilisierung und Radikalisierung

1. Die Neue Rechte als Bewegung

In den USA ist immer wieder als länderspezifisches Merkmal sozialer Bewegungen ein historisches Interaktionsmuster von neuen (linken) Bewegungen und (rechten) Gegenbewegungen zu beobachten. Im Falle der Neuen Linken und Neuen Rechten zeichnet sich darüber hinaus eine fast spiegelbildliche Kooptation durch die beiden großen Parteien mit der Konsequenz zunehmender parteipolitischer Polarisierung ab²¹. Unter den rechten Gegenbewegungen im Mobilisierungszyklus der siebziger und achtziger Jahre ist die christlich-fundamentalistische Neue Rechte zweifellos der Hauptakteur. Im Gegensatz zu den neokonservativen Intellektuellen oder den Wahlkampforganisationen von Pat Buchanan oder Ross Perot treffen auf sie allgemeine Definitionskriterien einer sozialen Bewegung zu, wenn darunter etwa „ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilitierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen“ verstanden wird, „welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern, oder rückgängig machen wollen“²².

Gerade die Gründung von Organisationen wie der *Religious Roundtable* und der *Moral Majority* im Jahre 1979 durch dieselben Aktivisten verdeutlicht eine enge Vernetzung des Spektrums und die Rolle von Eliten. Viele Führungsfiguren waren bzw. sind Mitglieder in mehreren Organisationen

Hill 1992, S. 94–111; Michael Barkun, *Religion and the Racist Right. The Origins of the Christian Identity Movement*, Chapel Hill 1994, S. 209–212. Andere gewaltbereite Gruppen, die sich ebenfalls religiös legitimieren, sind die „compound dwellers“ und die Milizen, bei denen zudem eine militante Ablehnung der Bundesregierung anzutreffen ist. Unter den bekanntesten Beispielen hierfür finden sich die Sekte von David Koresh in Waco, Texas, und die Michigan Militia, zu der zeitweilig einer der Attentäter von Oklahoma City im April 1995 gehörte.

21 Vgl. Clarence Y. Lo, *Countermovements and Conservative Movements in the Contemporary USA*, in: *Annual Review of Sociology*, 8 (1982), S. 107–134; Benjamin Ginsberg/Martin Shefter, *A Critical Realignment? The New Politics and the Reconstituted Right*, in: Michael Nelson (Hrsg.), *The Elections of 1984*, Washington 1985, S. 1–21; Allen D. Hertzke, *Echoes of Discontent. Jesse Jackson, Pat Robertson and the Return of Populism*, Washington 1993.

22 D. Rucht (Anm. 7), S. 76–77.

der Neuen Rechten²³. Unter dem Einfluß der Washingtoner Aktivisten um Paul Weyrich und Geistlicher wie Jerry Falwell war die Neue Rechte stark auf die nationale Politik ausgerichtet. Mit dem äußerst knappen Scheitern des Ratifizierungsprozesses des *Equal Rights Amendment* im Jahre 1978, für das die Frauenbewegung und ihre Verbündeten in der Demokratischen Partei jahrelang gekämpft hatten, und mit den Wahlen von 1980, aus denen Ronald Reagan als Sieger und liberale Demokraten wie Senator George McGovern als Verlierer hervorgingen, feierte die Neue Rechte ihre größten nationalen Erfolge.

2. Die Unterstützung der Neuen Rechten in der Öffentlichkeit

In dieser Phase vollzog die Neue Rechte ihre erste folgenreiche strategische Anpassung an das politische System, indem sie ihre ursprüngliche überparteiliche Position zugunsten der Republikaner aufgab²⁴. Dies war ein bemerkenswerter Schritt, denn das Mobilisierungspotential der Neuen Rechten lag eher bei traditionellen Demokraten vor allem aus dem Umfeld der Wallace-Bewegung (in der ersten Hälfte der siebziger Jahre arbeitete Viguerie sogar mit George Wallace zusammen). Insbesondere die weißen fundamentalistischen Christen – die wichtigste Zielgruppe von *Moral Majority* und anderer religiös-politischer Gruppen der Neuen Rechten – hatten eine traditionelle Neigung zur Demokratischen Partei. Diese Gruppe macht etwa fünfzehn bis zwanzig Prozent der amerikanischen Bevölkerung aus und gehört zusammen mit den Charismatikern (oder *Pentecostals*) zu denjenigen unter den orthodoxen Protestanten in den USA, den Evangelikalen oder *Born-Again Christians*, die an die Unfehlbarkeit der Bibel glauben.

Verschiedene Untersuchungen zum Mobilisierungspotential der Neuen Rechten zeigen, daß entgegen deren Anspruch, die Durchschnittsamerikaner jeglicher Konfession und sozialer Herkunft zu repräsentieren, die Unterstützung begrenzt ist. Immerhin hatte in den achtziger Jahren ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung ein kohärentes Einstellungsmuster in zentralen Themen der neu-rechten Agenda (Rolle der Frau, Abtreibung, Schulgebet, Homosexualität). Doch war die direkte Unterstützung von Organisationen wie *Moral Majority* mit etwa fünfzehn Prozent weitaus

geringer²⁵. Das sollte sich auch auf Pat Robertsons Kandidatur in den republikanischen Vorwahlen des Präsidentschaftswahlkampfes von 1988 auswirken, denn er schaffte es nur einmal in den *primaries*, die Zwanzig-Prozent-Marke zu überspringen (Oklahoma), und kam auf insgesamt neun Prozent (1,1 Millionen Stimmen). Die sozialen Charakteristika dieses neu-rechten Potentials haben wenig scharfe Konturen. So handelt es sich dabei überwiegend um Angehörige der Arbeiterschaft und unteren Mittelschichten mit eher geringer formaler Bildung und starker Konzentration in den Südstaaten. Traditionelle Religiosität und antimoderne Werteorientierung wirken sich stärker auf die politische Orientierung aus als soziale Charakteristika²⁶.

3. Reorganisation und Radikalisierung der Neuen Rechten in der Reagan-Ära

Ende der siebziger Jahre trafen die Führer der Neuen Rechten die strategische Entscheidung, sich auf die Republikanische Partei zu konzentrieren und Druck auf sie auszuüben, zumal Reagan 1980 mit großen Chancen auf Nominierung und Gewinn der Präsidentschaftswahlen kandidierte. Allerdings wurde gerade der Wahlsieg Reagans zu einem Pyrrhussieg der Neuen Rechten. Denn trotz der rhetorischen Unterstützung durch das Weiße Haus, der personellen Einbindung einiger ihrer Aktivisten in die Administration und einiger Gesetzesvorstöße im Kongreß geschah wenig, um die kulturelle Agenda der Neuen Rechten umzusetzen. Gemessen an den Erwartungen der Neuen Rechten bedeutete Reagans Amtszeit zweifellos einen Mißerfolg, und die neu aufkommenden Spekulationen über die Gründung einer dritten Partei sowie die Auflösung von Organisationen wie *Moral Majority* (1986) wurden in den Medien und der Wissenschaft bereits als Ende der Neuen Rechten interpretiert. Doch trat diese in den achtziger Jahren keineswegs den Rückzug an. Vielmehr zeichnete sich eine Reaktion auf das Reagan-Regime auf verschiedenen Ebenen ab: Radikalisierung des Abtreibungskonflikts, Reorganisation des Netzwerks der Neuen Rechten und Revision der Strategie. Im Zusammenwirken mündeten diese Reaktionen in einem Prozeß des fortschreitenden Eindringens der Neuen Rechten in

25 Vgl. ebd., S. 85–89; M. Minkenberg (Anm. 1), S. 142–148.

26 Vgl. M. Minkenberg (Anm. 1), S. 231–258; Clyde Wilcox, Religion and Politics among White Evangelicals: the Impact of Religious Variables on Political Attitudes, in: Review of Religions Research, 32 (Sep. 1990) 1, S. 27–41; A. D. Hertzke (Anm. 21), S. 211–230.

23 Vgl. Matthew Moen, The Transformation of the Christian Right, Tuscaloosa 1992, S. 70.

24 Vgl. Steve Bruce, The Rise and Fall of the New Christian Right, Oxford 1988, S. 56–58.

die Republikanische Partei, in einer Symbiose von Bewegung und Partei.

Aufgrund der mangelnden Responsivität des Weißen Hauses in zentralen Themen der Neuen Rechten fand ab Mitte der achtziger Jahre die Radikalisierung einiger Konflikte, insbesondere des Abtreibungskonflikts, statt. So gründete Randall Terry 1987 die militante Anti-Abtreibungsorganisation *Operation Rescue*, deren Mitglieder meist fundamentalistische Christen sind und die, wie ähnliche Organisationen, Blockaden vor Abtreibungskliniken durchführt, Psychoterror auf Personal und betroffene Frauen ausübt²⁷. Die Radikalisierung des Abtreibungskonflikts in der breiten Öffentlichkeit schlägt sich auch darin nieder, daß bei keinem anderen Thema der Neuen Rechten sich Befürworter und Gegner in etwa gleichgroße Blöcke polarisiert gegenüberstehen, wobei die Ablehnung einer *Pro-choice*-Haltung 1987 mit 55 Prozent ihren bisherigen Spitzenwert erreichte²⁸.

IV. Der neue Marsch durch die Institutionen: Bewegung und Republikanische Partei

1. Die organisatorische und strategische Erneuerung der Neuen Rechten

Die Reorganisation der Neuen Rechten läßt sich zuerst am Verschwinden alter und der Gründung neuer Organisationen mit weiterhin starker Vernetzung ablesen. Zu den neuen Gruppen gehören Pat Robertsons *American Freedom Council* (gegründet 1985), Gary Jarmins *American Freedom Coalition* (1987) und Gary Bauers *Family Research Council* (1988)²⁹. Auf der strategischen Ebene fand neben einer „Säkularisierung“ des Vokabulars vor allem eine Abwendung von der Lobbytätigkeit in Washington und eine Konzentration auf die *grass roots* in den Einzelstaaten und lokalen Arenen (Parteien, Gerichte, Schulbehörden usw.) statt. Insbesondere die Unterwanderung

27 Vgl. Anti-Defamation League, *The Religious Right: Assault on Tolerance and Pluralism in America*, New York 1994, S. 113; Dallas A. Blanchard, *The Anti-Abortion Movement and the Rise of the Religious Right*, New York 1994, S. 61–72.

28 Vgl. Michael Minkenberg, *Das Ende der konservativen Ära? Öffentliche Meinung und amerikanische Wählerschaft in den neunziger Jahren*, in: H. Dittgen/M. Minkenberg, (Anm. 13), S. 168 f.

29 Vgl. M. Moen (Anm. 23), S. 42–72.

lokaler und einzelstaatlicher Parteiorganisationen der Republikaner mit dem Personal der Neuen Rechten sollte das Verhältnis zwischen Neuen Rechten und Partei völlig verändern.

Hierbei war Pat Robertsons Kandidatur 1988 ein entscheidender Schritt. Mit der Rekrutierung traditionalistischer Christen per Fernsehen und der Hilfe eines Netzwerks von Abtreibungsgegnern und lokalen Pastoren baute er eine schlagkräftige Wahlkampforganisation auf³⁰. Zwar hatte er gegen den Amtsinhaber George Bush, der zudem von Falwell unterstützt wurde, keine Chance. Doch gelang es ihm, auf dem republikanischen Parteitag in New Orleans den Ton anzugeben und dazu beizutragen, daß die Themen der Neuen Rechten (Steuersenkungen, Abtreibung, Schulgebet, Militärausgaben und SDI) in der Wahlplattform voll berücksichtigt wurden³¹. Zwei Jahre nach der Wahl nutzte Robertson das aus der Wahlkampforganisation hervorgehende organisatorische Netzwerk, um die *Christian Coalition* zu gründen. Diese wird von Ralph Reed geleitet und hat sich in der Nachfolge der *Moral Majority*, zur wichtigsten Organisation der Neuen Rechten in den neunziger Jahren mit nach eigenen Angaben zirka einer Million Mitgliedern entwickelt³². Die Strategie, Amerika wieder zur „christlichen Nation“ zu machen, umreißt Reed folgendermaßen: „What Christians have got to do is to take back this country, one precinct at a time, one neighborhood at a time and one state at a time.“³³ Gemäß der neuen *Grass-roots*-Strategie gingen zahlreiche Aktivisten der Neuen Rechten in die Ortsverbände der Republikanischen Partei und ließen sich dort in die einzelstaatlichen Parteiversammlungen und Parteiorganisationen wählen. Die Früchte dieser Strategie sind an den Wahlen von 1992 und 1994 und am Zustand der Republikanischen Partei abzulesen.

Das Zusammenspiel von Neuer Rechten und Republikanischer Partei in der Nominierungskampagne der Präsidentschaftswahlen von 1992 ähnelte dem von 1988 mit einigen kleinen Unterschieden. Im Jahr seiner Abwahl fand sich Bush gleich zweimal von rechtsaußen herausgefordert:

30 Vgl. A. D. Hertzke (Anm. 21), S. 135–150.

31 Vgl. John Green/James Guth, *The Christian Right in the Republican Party*, in: *Journal of Politics*, 50 – (1988) 1, S. 150–165; Gerald Pomper, *The Presidential Nomination*, in: ders. (Hrsg.), *The Elections of 1988*, Chatham House 1989, S. 65.

32 Vgl. John Green, *The Christian Right and the 1994 Elections: An Overview*, in: Mark J. Rozell/Clyde Wilcox (Hrsg.), *God at the Grassroots. (The Christian Right in the 1994 Elections)*, Lanham 1995, S. 8.

33 Zit. in: Anti-Defamation League (Anm. 27), S. 27; vgl. auch ebd., S. 155–162.

Von der extremen Rechten meldete sich David Duke und ließ den anderen Herausforderer auf der Rechten, Pat Buchanan, fast moderat erscheinen. In mehreren Staaten erhielt Buchanan ein Drittel der *primary*-Stimmen, und insgesamt konnte er 2,5 Millionen Wähler oder 23 Prozent mobilisieren, doch reichte dies nicht, den Amtsinhaber ernsthaft zu gefährden. Seine ultranationalistische, rassistische und religiöse Botschaft an die Wähler brachten ihm Zulauf vor allem unter denjenigen, denen George Bush zu moderat war und die 1988 Robertson unterstützt hatten³⁴. Um seine Nominierung nicht durch Angriffe von rechts zu gefährden, überließ Bush die Organisation des Parteitags in Houston der Neuen Rechten und ihren Aktivisten in der Partei, die etwa 300 der 2000 Delegierten stellten³⁵. Der Konvent stand unter dem Motto „*family values*“, und die Öffentlichkeit erfuhr vom *keynote speaker* Buchanan sowie von Pat Robertson, Ronald Reagan und anderen, daß im Lande ein religiöser Krieg um die Seele Amerikas herrschte³⁶.

2. Eine Symbiose von Bewegung und Partei

Ein Rechtsruck der Republikaner in Richtung der Agenda der Neuen Rechten läßt sich nicht nur am Parteitag von Houston, sondern auch aus einer kombinierten Sichtweise der Wahlen von 1992 und 1994 herauslesen. Zwar hatte George Bush 1992 in allen Wählergruppen einen Einbruch erlitten. Doch setzte sich zugleich ein Trend fort, demzufolge die wirtschaftlich Bessergestellten und diejenigen, die als Anhänger der Neuen Rechten gelten, d. h. weiße *Born-again*-Christen bzw. Fundamentalisten, weiter überdurchschnittlich für die Republikaner stimmten³⁷. Das heißt, der weiße Süden und insbesondere die Anhänger der Neuen Rechten bilden in den neunziger Jahren die Grundlage einer jeglichen republikanischen Wahlkoalition. Eingehende Datenanalysen³⁸ belegen, daß es der Neuen Rechten gelang, die Mehrheit dieser ursprünglich eher zu den Demokraten nei-

genden Wähler für die Republikanische Partei zu mobilisieren und damit zu einem gruppenspezifischen *realignment* beizutragen. Offensichtlich war die Mobilisierung der Fundamentalisten nicht an die Person Reagans gebunden, denn sie setzte sich auch nach dessen Abgang und unter dem für jene wenig attraktiven Bush fort.

Der Prozeß der wachsenden Einflußnahme auf die Republikanische Partei kam mit der Kontroverse um die Rolle der Neuen Rechten im Wahlkampf von 1992 und dem Ausgang der Wahlen keineswegs zu einem Ende. Die strategische Umorientierung der Neuen Rechten auf die lokale und einzelstaatliche Ebene trug erheblich dazu bei, daß sie 1994 achtzehn einzelstaatliche Organisationen der Republikaner kontrollierte, während sie in dreizehn weiteren Fällen einen gewichtigen Einfluß geltend machen konnte³⁹. In einigen besonders aufmerksam verfolgten Wahlkämpfen von 1994 scheiterten zwar die Rechtsaußenkandidaten bei der Nominierung (Paul Quist in Minnesotas Gouverneurswahlen) oder bei der eigentlichen Wahl (Oliver North in den U.S.-Senatswahlen in Virginia). Wichtiger noch waren jedoch die weniger beachteten Erfolge derartiger Kandidaten, z. B. in den Gouverneurswahlen von South Carolina und Iowa oder den U.S. Senatswahlen in Oklahoma und Minnesota⁴⁰. Die historische Bedeutung der Wahlen von 1994 erschließt sich mithin erst aus der Kombination von zwei verschiedenen Umständen, und zwar daß erstens die Republikaner zum ersten Mal in 42 Jahren als Mehrheitspartei in *beiden* Häusern des Kongresses aus den Wahlen hervorgingen und dazu auch noch 30 der 50 Gouverneursposten besetzen und daß dies zweitens einer Partei gelang, in der die Neue Rechte eine größere Rolle spielt als je zuvor.

Im Kongreß werden nun wichtige Senatsausschüsse von wohlbekannten Rechtsaußen wie Senator Jesse Helms und Senator Orrin Hatch geleitet, deren Aufstieg in den siebziger Jahren untrennbar mit dem der Neuen Rechten verknüpft ist. Mehrere der elf neuen Senatoren vertreten Positionen der Neuen Rechten in Themen wie verschärfte Verbrechensbekämpfung und Todesstrafe, Gegnerschaft zur Abtreibung, Kampf jeglicher Kontrolle des Schußwaffenmarktes und Wiedereinführung des Schulgebets in öffentlichen Schu-

34 Vgl. A. D. Hertzke (Anm. 21), S. 239.

35 Vgl. Matthew Fuscus, *Inside the Christian Coalition: A Republican Trojan Horse?*, in: *The Ripon Forum*, (Nov./Dez. 1992).

36 Vgl. Gary Wills, *The Born-Again Republicans*, in: *The New York Review of Books*, 39 (24. Sep. 1992), S. 9–14; Ross Baker, *Sorting Out and Suing Up: The Presidential Nominations*, in: Gerald Pomper (Hrsg.), *The Elections of 1992*, Chatham House, London 1993, S. 63–68.

37 Vgl. Gerald Pomper, *The Presidential Election*, in: G. Pomper, ebd., S. 135–140; Paul Quirk/Jon Dalager, *The Election: A 'New Democrat' and New Kind of Presidential Campaign*, in: Michael Nelson (Hrsg.), *The Elections of 1992*, Washington, D. C. 1993, S. 75–83.

38 Vgl. hierzu M. Minkenberg (Anm. 28), bes. Tabellen 4 und 5; Bruce Nesmith, *The New Republican Coalition*, New York 1994.

39 Vgl. John Persinos, *Has the Christian Rights Taken Over the Republican Party?*, in: *Campaigns and Elections*, (September 1994), S. 21–29.

40 Vgl. M. J. Rozell/C. Wilcox (Anm. 32).

len⁴¹. Der neue Sprecher des Abgeordnetenhauses, Newt Gingrich, hat sich seit seinem Einzug in den Kongreß 1978 als Verbündeter der Neuen Rechten hervorgetan und gehörte zusammen mit Vin Weber, mit dem er in den achtziger Jahren die ultrarechte *Conservative Opportunity Society* gründete, zu den Wortführern der Rechtsaußen im Abgeordnetenhaus. Im von ihm wesentlich mitformulierten *Contract with America* der Republikanischen Partei findet sich die politische Philosophie der Neuen Rechten sowie eine Reihe der von ihr vertretenen Positionen wieder⁴². Der Rechtsruck im *House of Representatives* ist um so bemerkenswerter, als die Republikaner unter der Führung von Newt Gingrich in einer beispiellosen Parteidisziplin abstimmten⁴³.

3. Die radikale Rechte im Wahljahr 1996

Einhundert Jahre nach der Richtungswahl von 1896 hat sich wieder eine starke populistische Strömung in den USA etabliert, die die Parteienlandschaft nachhaltig verändert. Aber anders als zu den Zeiten von William Jennings Bryan steht sie diesmal für eine ultranationalistische und fundamentalistische Politik am rechten Rand des Spektrums. In den republikanischen Vorwahlkämpfen von 1996 haben sich dementsprechend mehrere Kandidaten gemeldet, um dieses Potential zu mobilisieren, aber nur zweien von ihnen, Phil Gramm und Pat Buchanan, wurden Chancen eingeräumt. Während Gramms Wahlkampf sehr bald endete, konnte Buchanan an seine Erfolge von 1992 anknüpfen und sich damit als Wortführer der radikalen Rechten etablieren. Seine Höchstwerte von mehr als 30 Prozent der Stimmen erhielt er in New Hampshire, Louisiana, Michigan und Wisconsin, in mehreren Staaten des Ostens, Südens und Mittleren Westens lag er bei weit über 20 Prozent.

Die christliche Rechte legt sich auf keinen Kandidaten offiziell fest, aber *Christian Coalition* ver-

41 Vgl. Richard E. Cohen, No More Nice Guys, in: National Journal vom 12. November 1994, S. 2634–2647.

42 Vgl. James Fallows, The Republican Promise, in: The New York Review of Books, 42 (12. Januar 1995) 1, S. 3–6. Vgl. auch Newt Gingrich, To Renew America, New York 1995.

43 Im Jahr 1995 erreichte die Parteidisziplin im Abstimmungsverhalten in beiden Häusern des Kongresses das höchste Ausmaß, seit Congressional Quarterly 1954 mit der Auswertung diesbezüglicher Daten begann. Dabei lagen die Republikaner im Abgeordnetenhaus mit 91 % (Senat: 89 %) der Abstimmungen, in denen sie geschlossen votierten, deutlich vor den Demokraten (80 % bzw. 81 %). Vgl. Dan Carney, As Hostilities Rage on the Hill, Partisan-Vote Rate Soars, in: Congressional Quarterly Weekly Report, (27. Januar 1996), S. 199.

schickte ihre „voter guides“, in denen sowohl Gramm als auch Buchanan Bestnoten erhielten, während Dole nur mäßig abschnitt⁴⁴. Dennoch zog Dole viele Anhänger der christlichen Rechten an, die sicherstellen wollten, daß Steve Forbes nicht nominiert und der republikanische Kandidat im Herbst eine Chance gegen Clinton haben würde. Insgesamt, das zeigen mehrere *exit polls* in den Vorwahlen, teilten Dole und Buchanan das rechte Potential unter sich zu fast gleich großen Teilen auf. Von den durchschnittlich 30 Prozent der Wähler, die sich in den Umfragen der religiösen Rechten zurechneten, gaben im Osten 36 Prozent, in Michigan 44 Prozent, in South Carolina 40 Prozent und im Westen 53 Prozent an, für Dole gestimmt zu haben. Die entsprechenden Werte für Buchanan waren 43 Prozent im Osten, 47 Prozent in Michigan, 40 Prozent in South Carolina und 35 Prozent im Westen⁴⁵. Wie diese Umfragen zeigen, erhielt Buchanan nicht nur bei den religiösen Rechten, und hier vor allem bei den Abtreibungsgegnern, überdurchschnittliche Unterstützung, sondern auch von protektionistischen Wohlstandschauvinisten, für die der Außenhandel oder die Einwanderung die Stimmabgabe beeinflussten, und bei denen, die 1992 für Perot stimmten.

Auf dem Parteitag in San Diego wurde Pat Buchanan ein prominenter Auftritt wie 1992 in Houston, als er in der Eröffnungrede den Ton angab, verwehrt. Aber verschiedene Vertreter der radikalen Rechten wie Buchanans Schwester Angela, Ralph Reed, Gary Bauer und Phyllis Schlafly machten ihren Einfluß auf die ideologische Ausrichtung der Partei geltend und trugen z.B. in einer Programmkommission dazu bei, daß sich wie auch in den vorangegangenen Wahlkämpfen seit Ronald Reagan die kulturell-nationalistische Agenda der radikalen Rechten im offiziellen Parteiprogramm wiederfindet (darunter die Forderungen nach strafrechtlicher Verfolgung von Frauen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, und einschneidende Restriktionen im Staatsbürgerschaftsrecht, die auf eine Aufhebung des *ius soli* hinauslaufen). Dagegen wurden moderaten Prominenten wie den Gouverneuren von Kalifornien und Massachusetts nur zweitrangige Auftritte auf dem Parteitag zugestanden, woraufhin diese ihre Reden ganz absagten⁴⁶. Schließlich hat Bob

44 Vgl. Newsweek vom 12. Februar 1996, S. 22.

45 Die Daten entstammen den Umfragen des *Voter News Service*, wiedergegeben in: USA Today vom 3., 6., 20. und 27. März 1996.

46 Vgl. Michael Schwelien, Partei ohne Vision, Kandidat ohne Leidenschaft, in: Die Zeit vom 16. August 1996, S. 2.

Dole selbst einen deutlichen Rechtsruck vollzogen, indem er sich Positionen der radikalen Rechten (darunter vor allem die Gegnerschaft zur Abtreibung, aber auch die Forderungen nach Steuerensenkungen) zu eigen machte und damit seine frühere, bis vor kurzem noch im Senat vertretene Agenda aufgab⁴⁷. Insgesamt geht aus Verlauf und Ergebnis der republikanischen Vorwahlkämpfe hervor, daß die Position der radikalen Rechten und besonders diejenige Pat Buchanans in der Partei und unter ihren Wählern keineswegs so marginal ist, wie dessen offizielle Rolle auf dem Parteitag nahelegt, und daß es mittlerweile vielfältige ideologische und personelle Berührungspunkte zwischen Buchanan und der christlich-fundamentalistischen Rechten gibt, die aus den Mobilisierungsprozessen der achtziger Jahre herrühren⁴⁸.

V. Fazit

„Although *radical* in the United States came to mean extremism bordering on violence, radical is a suitable adjective for conservatism in the United States, not because all conservatives are extremists

47 Vgl. James A. Barnes, Dole's Difficult Transition from Senator to Presidential Candidate, in: National Journal vom 2. Juni 1996, S. 1384–1385. Zur Rolle dieser Themen in Doles *acceptance speech* auf dem Parteitag vgl. TIME Magazine vom 26. August 1996, S. 16–19.

48 Es ist daher nicht ganz zutreffend, Buchanans Rolle in der Partei als „Größe einer Fünfzehn-Tage-Berühmtheit“ zu charakterisieren und sein Programm auf eine Ideologie der „radikalen Entstaatlichung“ und einen paranoiden politischen Stil zu reduzieren. Vgl. Claus Leggewie, USA: Konservative Revolution oder neue Reform-Ära?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, (1996) 3, S. 229–236.

but because the tendency of conservatives to introduce morality into political discourse radicalizes the discourse. Thus, conservative, Right..., and radical Right are as natural to the American ideological terrain as is liberalism, and far more solidly grounded in American territory than the Left and the radical Left.“⁴⁹

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, daß mit der Neuen Rechten eine nationale rechtsradikale Bewegung in den USA entstanden ist und sich mit beispiellosem Erfolg im amerikanischen politischen System etabliert hat. Ihre Führer haben es verstanden, durch strategische Anpassungen an veränderte Bedingungen im politischen Prozeß die Bewegung in die Republikanische Partei hineinzutragen und einen wichtigen, ideologisch relativ homogenen Teil der amerikanischen Wählerschaft für diese zu mobilisieren. Mit dieser Symbiose von Bewegung und Partei hatte die Neue Rechte entscheidenden Anteil daran, daß die Republikaner von heute in Ideologie, Personal und Wählerkoalitionen eine radikal andere Partei sind als vor zwanzig Jahren und sich weit vom Image der *Grand Old Party* entfernt haben. Damit ist die antipluralistische kulturnationalistische Agenda der Neuen Rechten in der Öffentlichkeit aufgewertet und der nationale Diskurs im Sinne dieser Agenda nach rechts verschoben worden. Zugleich haben sich aber innerhalb der Republikanischen Partei die Spannungen zwischen den Strömungen soweit verschärft, daß eine Spaltung der Partei oder eine Abwanderung vieler Anhänger zu einer anderen Partei wie etwa Ross Perots *Reform Party* wahrscheinlicher ist als je zuvor in diesem Jahrhundert.

49 T. J. Lowi (Anm. 7), S. 122.

Hartmut Wasser: Befindlichkeit amerikanischer Politik im Präsidentschaftswahljahr 1996

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/96, S. 3–13

„Politikverdrossenheit“ kennzeichnet den Stimmungshintergrund der amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1996. Sie richtet sich zum einen auf die Politikerklasse, die Amerika laut demoskopischen Befunden mehr schlecht als recht regiert, zum zweiten auf das Treiben der politischen Parteien und zum dritten schließlich auf das politische System generell, das unter Effizienz- wie Legitimitätsaspekten zunehmend Defizite aufweist.

Das Unbehagen am etablierten Parteiensystem wird mittelfristig „Realignment“-Tendenzen verstärken, zieht aber seit geraumer Zeit „Dealignment“-Prozesse nach sich und wirkt sich auch in jener Drittparteien-Euphorie aus, die möglicherweise den Texaner Ross Perot zu einer neuerlichen Kandidatur für das Weiße Haus veranlassen wird.

Schließlich zeitigt die eskalierende Politikverdrossenheit auch erste Anzeichen politischer Systemreformen. Wo das „Federal Government“ offenkundig seine Funktionen nur noch defizitär erfüllt, politische Blockaden zwischen Exekutive und Legislative sowohl im Zeichen von „Divided Government“ wie von „Unified Government“ an der Tagesordnung sind, mag die „Verschlankung“ des Staates, die „Privatisierung“ mancher staatlichen Aufgaben, verstärktes Bemühen um eine Revitalisierung des „Civil Society“-Modells oder erweiterte Partizipation des Volkssouveräns auch auf nationaler Ebene Auswege aus der Krise weisen. Daß letztere de facto schon angesichts stetig expandierender Telekommunikationstechniken und permanenter „Volksbefragungen“ auf dem Wege ist, mag über kurz oder lang in die „elektronische Republik“ führen, deren Auswirkungen auf das überkommene Herrschaftssystem der USA schwer abzuschätzen sind, insgesamt aber sehr ernst genommen werden müssen.

Martin Thunert: Regieren als permanente Kampagne. Stil, Strategien und Inhalte der amerikanischen Innenpolitik unter Präsident Clinton

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/96, S. 14–24

Der Beitrag untersucht zentrale Fragen des innenpolitischen Geschehens in den USA während der Clinton-Präsidentschaft. Neben der kursorischen Behandlung ausgewählter Einzelthemen gilt die Hauptaufmerksamkeit den politischen Konzeptionen und Strategien, mit denen die innenpolitischen Hauptakteure der vergangenen vier Jahre, Präsident Clinton auf der einen und der von Speaker Newt Gingrich und Senator Bob Dole geführte 104. Kongreß auf der anderen Seite, ihre politischen Vorhaben begründeten bzw. umsetzten. Mit lediglich 43 Prozent der abgegebenen Stimmen besaß Präsident Clinton ein vergleichsweise schwaches Wählermandat für die von ihm angestrebte Erneuerung Amerikas. Nach einer Reihe beachtlicher legislativer Anfangserfolge in der Wirtschafts-, Bildungs- und Handelspolitik wich Clinton, der das Regieren als permanenten Wahlkampf betrieb, während der beiden ersten Amtsjahre signifikant von der 1992 eingeschlagenen, in die politische Mitte zielenden Programmatik eines „New Democrat“ ab und wurde bei den Zwischenwahlen von 1994 mit dem Verlust der politischen Mehrheit im Kongreß bestraft.

Nach furiosem Auftakt blieb die Kongreß-Revolution der Gingrich-Republikaner, symbolisiert im „Vertrag mit Amerika“, aufgrund grober Fehleinschätzungen und schwerer taktischer Fehler Ende 1995 im Getriebe des auf Machtausgleich bedachten Regierungssystems der USA stecken. Politisch zunächst abgeschrieben, kehrte Präsident Clinton im Wahljahr ins Zentrum der amerikanischen Politik zurück, indem er sich den Gemäßigten aller Schichten und Hautfarben als moderater Reformierender der politischen Mitte und als Staatsmann von internationalem Format präsentierte, der sich in gleichem Maße als Garant gesellschaftlichen Ausgleichs und staatlicher Verantwortung für Schwächere sowie als entschlossener Ausgabenkürzer und familienfreundlicher Neuerer empfahl.

Ernst-Otto Czempiel: Rückkehr in die Hegemonie. Zur Weltpolitik der USA unter Präsident Clinton

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/96, S. 25–33

Präsident Bill Clinton, der sich in den ersten beiden Jahren seiner Administration, wie er es als Kandidat versprochen hatte, der Innen- und Wirtschaftspolitik zugewandt hatte, warf im Sommer 1994 das Ruder seiner Politik herum. Bedrängt von der energischen Opposition der Republikaner und geleitet von der Tradition seiner Vorgänger und der Struktur der Ministerialbürokratie, nahm Clinton die Zügel der Weltführungspolitik wieder auf. Er entschied sich für die Osterweiterung der NATO, intervenierte in Haiti und veranlaßte die kriegführenden Parteien in Bosnien-Herzegowina zum Frieden von Dayton. Fortschritte beim Friedensprozeß im Nahen Osten fielen ihm, wenn auch nicht unverdientermaßen, in den Schoß.

In Asien und im Pazifik ist Clinton ebenfalls von dem von ihm zu Anfang propagierten Multilateralismus abgerückt und zu den bilateralen Verabredungen zurückgekehrt. Die mit Japan und Australien stehen dabei im Vordergrund, weil sich die sicherheitspolitischen Besorgnisse zunehmend auf China richten. Die Taiwan-Krise im Frühjahr 1996 haben die USA kooperativ entschärft, ebenso die Krise um die nuklearen Ambitionen Nordkoreas. Clinton hat auch seine China-Politik, jedenfalls im Sommer 1996, auf Kooperation umgestellt, behält aber das Aufrüstungspotential der Volksrepublik im Auge.

Die derzeitige Rüstungspolitik der USA kann nicht durch das Ziel der Verteidigungsvorsorge, sondern nur durch das der globalen Hegemonie erklärt werden. Weil die USA verhindern wollen, daß regionale Vormächte als Rivalen entstehen, müssen sie erneut die Rolle des Weltpolizisten übernehmen, der die Sicherheit aller Regionen gewährleistet. Clinton ist daher zu einer Regionalpolitik zurückgekehrt, die er als unzeitgemäß eigentlich hatte aufgeben wollen.

Stephan Bierling: Die amerikanische Wirtschaft unter Bill Clinton

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/96, S. 35–43

1992 wurde Bill Clinton auf einer Welle der Frustration über die wirtschaftliche Entwicklung ins Weiße Haus getragen. Vier Jahre später brüstet sich der Präsident, die Vereinigten Staaten seien ökonomisch in einem besseren Zustand als zu jedem anderen Zeitpunkt der vergangenen zwanzig Jahre. In der Tat ist der *Misery-Index*, die Kombination aus Arbeitslosen- und Inflationsrate, auf dem niedrigsten Stand seit dem letzten Amtsjahr des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson. Trotzdem erklärten 46 Prozent der Amerikaner im März 1996, das Land befinde sich in einem langfristigen ökonomischen Abstieg. 57 Prozent stimmten der Aussage zu, die Wirtschaftslage verschlechtere sich.

Dieser Beitrag argumentiert, daß die makroökonomische Entwicklung in den letzten vier Jahren zwar sehr positiv verlief, die „Clintonomics“ aber dafür nicht verantwortlich sind. Ebenso wenig ist es der Wirtschaftspolitik der amtierenden Administration gelungen, langfristige Trends wie die stagnierenden Familieneinkommen, die wachsende Ungleichheit und das „Downsizing“ der Großkonzerne zu beeinflussen. Auch wenn diese Entwicklungen mit sozialen Kosten und individuellen Härten verbunden sind, so haben sie doch gesamtwirtschaftlich positive Effekte, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie erhöhen, die Schaffung von Arbeitsplätzen erleichtern und den Strukturwandel unterstützen. Angesichts des insgesamt guten Zustands der amerikanischen Wirtschaft ist die Wiederwahl Clintons nicht gefährdet.

Michael Minkenberg: Die amerikanische konservative Revolution. Radikale Rechte und Republikanische Partei am Ende des Jahrhunderts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/96, S. 45–53

Die US-amerikanischen Wahlen von 1994 wurden vielfach als „konservative Revolution“ charakterisiert. In ideologischer Hinsicht stehen sie durchaus in der Kontinuität der „Reagan Revolution“ und anderer Varianten eines konservativen Wandels in den USA. In diesem Beitrag wird die These vertreten, daß sich in den USA ein Voranschreiten einer nationalen rechtsradikalen Bewegung mit weitreichenden Folgen für den Parteienwettbewerb und für politische Optionen vollzieht, die die „Reagan Revolution“ in den Schatten stellen.

Der Beitrag beschreibt das Entstehen der Neuen Rechten, deren Koalitionspartner und ihre Ideologie. Sie bedient sich insbesondere der Republikanischen Partei, um ihre Ziele zu erreichen. Es wird gezeigt, daß mit der Neuen Rechten eine nationale rechtsradikale Bewegung in den USA entstanden ist und sich mit beispiellosem Erfolg im amerikanischen politischen System etabliert hat.